

**Eine experimentelle Überprüfung
der Aussagen der Freiwirtschaftstheorie**

Diplomarbeit

zur Erlangung des Grades „Diplom-Wirtschaftsinformatiker“

an der Fakultät Wirtschaftswissenschaften

an der Technischen Universität Dresden

vorgelegt von

Norbert Rost

Matr. Nr.: 2492540

bei Prof. Dr. habil. Lehmann-Waffenschmidt

Lehrstuhl für Managerial Economics

Dresden, den 30.09.2003

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbständig und ohne unzulässige bzw. nicht ausdrücklich in der Arbeit genannte fremde Hilfe verfasst habe und dass alle wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen entnommenen Stellen dieser Arbeit unter Quellenangabe einzeln kenntlich gemacht sind.

Diese Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen.

Dresden, den 30.09.2003

**Erst wenn der letzte Baum gerodet,
der letzte Fluss vergiftet,
der letzte Fisch gefangen ist,
werdet ihr feststellen,
dass man Geld nicht essen kann.**

(Eine Weisheit der Cree-Indianer)

1	EINLEITUNG UND HISTORISCHER ÜBERBLICK.....	10
1.1	HISTORISCHER ÜBERBLICK ÜBER DIE FREIWIRTSCHAFTSTHEORIE.....	11
1.2	AKTUELLE ENTWICKLUNGEN.....	13
2	AUSSAGEN DER FREIWIRTSCHAFTSTHEORIE.....	15
2.1	GELD UND DER GELD-GÜTER-KREISLAUF	15
2.1.1	<i>Funktionen von Geld und die Kritik der Freiwirtschaftstheorie.....</i>	<i>16</i>
2.1.1.1	Geld als Wertmaßstab.....	16
2.1.1.2	Widerspruch zwischen Wertaufbewahrungsfunktion und Tauschmittelfunktion des Geldes	17
2.1.1.3	Nicht-Neutralität des Geldes	18
2.1.2	<i>Zins.....</i>	<i>19</i>
2.1.3	<i>Preisniveau, Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit.....</i>	<i>20</i>
2.1.4	<i>Deflation.....</i>	<i>21</i>
2.1.5	<i>Der Zins als Resultat des Widerspruchs der Geldfunktionen.....</i>	<i>21</i>
2.1.6	<i>Abgrenzung „Zins“</i>	<i>22</i>
2.1.7	<i>Urzins oder Sockelzins</i>	<i>23</i>
2.1.8	<i>Spielt Geldhortung heute noch eine Rolle?</i>	<i>25</i>
2.2	AUSWIRKUNGEN DES ZINSES.....	27
2.2.1	<i>Exponentielles Wachstum</i>	<i>27</i>
2.2.1.1	Exponentielles Wachstum von Geldvermögen und Schulden durch Zinseszins	27
2.2.1.2	Entwicklung und Verteilung der Geldvermögen in Deutschland.....	31
2.2.1.3	Exponentielles Wachstum wirtschaftlicher Größen eingebettet in die Natur.....	33
2.2.2	<i>Renditezwang von Investitionen.....</i>	<i>34</i>
2.2.3	<i>Zinsanteile in den Preisen</i>	<i>35</i>
2.2.4	<i>Soziale Dimension der Umverteilung mittels Zins und Umverteilung von Arm zu Reich</i>	<i>38</i>
2.2.5	<i>Wirtschaftliche Dimension der Umverteilung mittels Zins</i>	<i>39</i>
2.2.6	<i>Entstehung von Wirtschaftskrisen und ihre mögliche Auflösung nach Keynes</i>	<i>40</i>
2.2.7	<i>Wirtschaftswachstumswang</i>	<i>41</i>

2.2.8	<i>Drohender zyklischer Kollaps des Wirtschaftssystems</i>	42
2.2.9	<i>Das Geldsystem als Ursache von Spekulationsgeschäften</i>	44
2.2.10	<i>Ökologische Folgen</i>	45
2.2.11	<i>Zusammenfassung</i>	46
2.3	LÖSUNGSVORSCHLAG DER FREIWIRTSCHAFTSTHEORIE	49
2.3.1	<i>Freigeld</i>	49
2.3.1.1	Die Höhe des Wertverlustes	51
2.3.1.2	Realisierung der Umlaufsicherung.....	51
2.3.1.3	Mögliche Verantwortlichkeiten	54
2.3.1.4	Wie stichhaltig sind die Einwände von Keynes?	55
2.3.1.5	Unterschied zwischen Umlaufsicherungsgebühr und Inflation	56
2.3.1.6	Realisierung der Kaufkraftstabilität durch eine Indexwährung	58
2.3.1.7	Junge und reife Volkswirtschaften und die Höhe der Umlaufsicherungsgebühr	58
2.3.2	<i>Freiland</i>	59
2.4	GEGENÜBERSTELLUNG VON GELDSYSTEMEN MIT UND OHNE UMLAUSFISCHERUNGSFEBÜHR AUF GELD	61
2.4.1	<i>Umlaufgeschwindigkeit des Geldes</i>	61
2.4.2	<i>Kostenverteilung und Investitionsbereitschaft</i>	61
2.4.3	<i>Gesamtwirtschaftliche Umverteilung durch Umlaufsicherungsgebühr bzw. Zins</i>	62
3	FREIWIRTSCHAFTLICHE EXPERIMENTE	64
3.1	FREIWIRTSCHAFTLICHE EXPERIMENTE IN DER VERGANGENHEIT UND GEGENWART	64
3.1.1	<i>Freiwirtschaftliche Experimente in der Vergangenheit</i>	64
3.1.1.1	Die „Wära“	64
3.1.1.2	Das Experiment von Wörgl	65
3.1.2	<i>Freiwirtschaftliche Experimente in der Gegenwart</i>	66
3.1.2.1	„Bremer Roland“	67
3.1.2.2	„Chiemgauer“	68
3.1.2.3	Der „Gogo“ und andere Experimente	69
3.1.3	<i>Technische Gründe des Scheiterns</i>	71
3.1.4	<i>Juristische Gründe des Scheiterns</i>	72

3.2	ÜBERLEGUNGEN FÜR KÜNFTIGE EXPERIMENTE	73
3.2.1	<i>Empfehlung einer technischen Umsetzung</i>	76
3.2.2	<i>Empfehlung einer juristischen Umsetzung</i>	79
3.2.3	<i>Anreiz für die Teilnahme am Experiment</i>	80
3.2.4	<i>Steuerliche Aspekte des Einsatzes einer Komplementärwährung in Deutschland</i>	81
3.2.5	<i>Sonstige Probleme bei einem Experiment</i>	81
3.2.6	<i>Strukturierung eines Experiments</i>	82
3.2.7	<i>Bildung von lokalen Geld-Güter-Kreisläufen</i>	84
3.2.8	<i>Informationspolitik im Experimentalgebiet</i>	86
3.2.9	<i>Zu beobachtende Parameter und Datenerfassung</i>	88
3.2.10	<i>Erwartete Ergebnisse</i>	90
3.3	ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	90
Literaturverzeichnis		93
Anhang		99

ABBILDUNG 1: EXPONENTIELLE ENTWICKLUNGEN BEI WACHSTUMSRATEN VON 1, 3, 6, 8 UND 12% P.A.	28
ABBILDUNG 2: DER JOSEPHSPFENNIG	30
ABBILDUNG 3: ENTWICKLUNG DER PRIVATEN GELDVERMÖGEN IN DEUTSCHLAND	32
ABBILDUNG 4: SICH KUMULIERENDE ZINSANTEILE IN DEN PREISEN	36
ABBILDUNG 5: BEISPIELE FÜR ZINSANTEILE IN DEN PREISEN.....	37
ABBILDUNG 6: LANGFRISTIGE ZINSSÄTZE (SCHWARZ) UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM (ROT) IN DEUTSCHLAND VON 1960 BIS 2000.....	43
ABBILDUNG 7: ÜBERSICHT ÜBER DIE ZUSAMMENHÄNGE DER AUSWIRKUNGEN DES HEUTIGEN GELDSYSTEMS.....	48
ABBILDUNG 8: EXISTIERENDE BZW. ERWARTETE „ZINSTREPPE“ MIT UND OHNE UMLAUFSICHERUNG.....	52
ABBILDUNG 9: FREIGELD NACH SILVIO GESELL MIT WÖCHENTLICHER GEBÜHRENERHEBUNG IN HÖHE VON 0,1% UND MARKEN BIS ZUR 2. AUGUSTWOCHE	53
ABBILDUNG 10: „KLEINGELDZETTEL“ MIT ABREIßBAREN MARKEN IN WERT VON 1 UND 10 PFENNIG NACH SILVIO GESELL.....	54
ABBILDUNG 11: ARBEITSWERTSCHEIN DER GEMEINDE WÖRGL.....	65
ABBILDUNG 12: BREMER ROLAND, ENTNOMMEN GELLERI/MAYER 2003, S. 1	67
ABBILDUNG 13: 1 CHIEMGAUER MIT PLATZ FÜR MARKEN IM WERT VON 0,02 CHIEMGAUER FÜR JEWEILS 1 QUARTAL.....	68
ABBILDUNG 14: ENTWURF VON 1 GOGO NACH DEM KONZEPT VON HANS EISENKOLB.....	71
ABBILDUNG 15: ARBEITSLOSENRATE IN DEUTSCHLAND, AUGUST 2003 NACH ARBEITSAMTSBEZIRKEN.....	74
ABBILDUNG 16: BEISPIELE FÜR LOKALE GELDKREISLÄUFE	76

1 Einleitung und historischer Überblick

Im Jahr 2003 befindet sich nicht nur Deutschland, sondern der Großteil der Weltwirtschaft in einer Krise. Der Verschuldungsstand der Staaten, Unternehmen aber auch Privatpersonen erreicht besorgniserregende Höhen, auch die Anzahl der Unternehmenspleiten steigt drastisch. Als Grund wird mangelndes Wirtschaftswachstum genannt (vgl. [Wel02]). Bereits 1972 wies der Club of Rome auf die Grenzen des Wachstums hin [Mea72], doch scheint die Wirtschaft ohne Wachstum in Krisen zu verfallen. Die Hauptauswirkung Massenarbeitslosigkeit betrifft Millionen Menschen. Aber warum muss die Wirtschaft wachsen, selbst wenn sie so weit entwickelt ist, dass sie, wie in Deutschland, bei einer Bevölkerung von 82.540.000 (Stand Dezember 2002) ein Bruttoinlandsprodukt von 1989,7 Mrd. Euro, also 24.100 Euro pro Kopf, erwirtschaftet ([Sta03a] und [Sta03b])?

Die derzeit vorherrschenden Erklärungen für die genannten Probleme führten bislang nicht zu ihrer Lösung. Deshalb ist es nötig, neue Ansätze zu finden. Die in der vorliegenden Arbeit vorgestellten Thesen der Freiwirtschaftstheorie bieten eine neue Sicht auf verschiedene wirtschaftliche Probleme. Die Freiwirtschaftstheorie, welche die Ursache der Krisen in der Zirkulationssphäre des Geldes sieht, bietet zudem innovative Lösungsvorschläge. Bislang wurden diese jedoch noch nicht in einem wissenschaftlich begleiteten Experiment überprüft. Ein solches wäre jedoch wichtig, um den Lösungsvorschlag der Freiwirtschaftstheorie und dessen erwartete Auswirkungen zu untermauern oder zu widerlegen.

Der erste Teil der Arbeit bietet neben dieser Einleitung einen historischen Überblick über die Freiwirtschaftstheorie, ihre politische Bewegung sowie deren derzeitige Entwicklungen.

Das zweite Kapitel befasst sich mit den theoretischen Grundlagen der Freiwirtschaftstheorie. Diese legt den Schwerpunkt ihrer Betrachtung auf die Zirkulationssphäre des Geldes. Es wird gezeigt, welche weitreichenden Auswirkungen das heutige Geldsystems nach Aussage der Freiwirtschaftstheorie hat.

Im dritten Teil der Arbeit wird auf vergangene und aktuelle Experimente eingegangen, denen die Freiwirtschaftstheorie zugrunde liegt. Anhand der bei diesen Experimenten

gemachten Erfahrungen werden Vorschläge für ein neues, wissenschaftlich begleitetes Experiment gemacht, welches die Aussagen der Freiwirtschaftstheorie überprüfen soll.

1.1 Historischer Überblick über die Freiwirtschaftstheorie

Die Freiwirtschaftstheorie geht auf den Unternehmer und Wirtschaftsforscher Silvio Gesell (1862-1930) zurück. Er baute seine Theorie auf den Überlegungen von Pierre Joseph Proudhon (1809-1865) und Henry George (1839-1897) auf. Proudhons Ziel war es, die Überlegenheit des Geldes über die Waren aufzuheben. Dazu gründete er Tauschbanken, denen jedoch kein Erfolg beschieden war (vgl. [Ges49, S. 37]). Henry George gehörte zu den Bodenreformern, die für eine Vergesellschaftung des Bodens eintraten.

Silvio Gesell veröffentlichte sein Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ 1916 [Ges49]. Er trat damals für eine Abkehr von der Golddeckung des Geldes ein und war damit seiner Zeit voraus. Durch den Bruch des Abkommens von Bretton Woods durch Richard Nixon 1971 wurden die Währungen der großen Industrienationen vom Gold gelöst (vgl. [Lie02, S. 450]). „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ wurde in mehr als zehn Auflagen 50.000 mal gedruckt und später auch in Englisch, Spanisch und Französisch aufgelegt (vgl. [Onk99, S. 10]).

Viele Konsequenzen des Geldsystems, die heute nachvollziehbar sind, waren zu Gesells Zeiten noch nicht sichtbar. Gesell befasste sich vor allem mit den monetären Auswirkungen auf eine Wirtschaft und stellte dabei den Zins in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Er erklärte mit seiner Kapitaltheorie, wie Wirtschaftskrisen entstehen und wie diese mit Hilfe von „Freigeld“ zu verhindern seien [Ges49, S. 199f.]. John Maynard Keynes, der aber nicht als Vertreter der Freiwirtschaftstheorie anzusehen ist, machte später in vielen Punkten dieselben Erkenntnisse und verbreitete sie. Keynes' Theorien wurden von der Wissenschaft anerkannt. Bereits im Hauptwerk von Keynes „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ von 1936 sind wichtige Kernpunkte wie das Wissen über den Zinsfuß [Key94, S. 139ff.] und dessen Auswirkungen auf den Konjunkturzyklus [Key 94, S. 266ff.] nachzulesen.

Nach dem ersten Weltkrieg bis zur Machtergreifung Hitlers war die Freiwirtschaftsbewegung vor allem im deutschsprachigen Raum sehr aktiv, konnte jedoch keinen bedeutsamen politischen Einfluss gewinnen (vgl. [Bar94, S. 324ff.]).

Stattdessen ergaben sich zwei wichtige Experimente, deren Initiatoren die Situation während der Weltwirtschaftskrise ausnutzten, um Freigeld auszuprobieren. Dazu gehört die Ausgabe der „Wära“, die in Schwanenkirchen zu einem lokalen Wirtschaftsaufschwung führte (siehe Kapitel 3.1.1.1) und die Ausgabe von „Arbeitsbestätigungsscheinen“ im österreichischen Wörgl (siehe Kapitel 3.1.1.2). Das Experiment von Wörgl lief von 1932 bis 1933, die „Wära“ existierte von 1929 bis 1931. Beide Experimente wurden durch behördliche Anordnungen abgebrochen.

Während der Zeit des Nationalsozialismus zersplitterte die Freiwirtschaftsbewegung und ging zum Teil in den Widerstand, zum Teil bündelte sie sich bei den herrschenden Nationalsozialisten an (vgl. [Bar94, S. 93ff.]). Dies und die Prägung Gesells durch die damals herrschenden Ansichten ist sicherlich mit ein Grund, weshalb Unterstützern der Freiwirtschaftstheorie heute noch von verschiedenen Seiten Antisemitismus unterstellt wird (vgl. [Kir00a]).

Nach dem 2. Weltkrieg fanden sich keine Notwendigkeiten, sich mit dem Thema zu befassen. Dies könnte daran liegen, dass das zerstörte Deutschland mit hohen Wachstumsraten aufwartete und die durch das Geldsystem bedingten Probleme, die in Kapitel 2.2 genauer erläutert werden, zu diesem Zeitpunkt nicht auftraten (vgl. [Sen96]). Die Freiwirtschaftsbewegung zersplitterte auch aufgrund der Verfolgung während des Nationalsozialismus und nur sporadisch tauchten ihre Gedanken zum Beispiel im Umfeld der Grünen auf. Die Freisoziale Union (FSU), die 2001 in Humanwirtschaftspartei umbenannt wurde, vertritt seit 1950 die Thesen der Freiwirtschaftstheorie. Allerdings geschieht dies zusammen mit Thesen, die der Partei häufig den Vorwurf des Rechtsextremismus einbrachten (vgl. [Kir00b]).

Eine Wiederauferstehung der freiwirtschaftlichen Ideen in Deutschland geschah vor allem nach der Veröffentlichung des Buches „Das Geld-Syndrom“ von Helmut Creutz 1993 [Cre01a]. Wichtige Vertreter, die sich heutzutage mit den freiwirtschaftlichen Ideen befassen sind unter anderem Margrit Kennedy, Autorin des Buches „Geld ohne Zinsen und Inflation“ [Ken94], der deutsche Verfassungsrechtler Dieter Suhr und der ehemalige belgische Zentralbankier Bernhard Lietaer. Christian Gelleri ist als Initiator

der umlaufgesicherten Regionalwährung „Chiemgauer“ zu nennen (siehe Kapitel 3.1.2.2).

Der für die Einführung der direkten Demokratie eintretende Verein „Mehr Demokratie e.V.“ unterstützt ebenfalls die Etablierung von Regionalwährungen nach Gesellschaftlichem Vorbild. Die Künstler Joseph Beuys und Michael Ende („Momo“) haben sich z.T. in ihren Werken auf freiwirtschaftliche Ideen bezogen. Die Problematik des exponentiellen Vermögenswachstums durch Zinseszins hat durch den Roman „Eine Billion Dollar“ von Andreas Eschbach Eingang in die Literatur gefunden [Esc01].

1.2 Aktuelle Entwicklungen

Die aktuellen Entwicklungen und Diskussionen zur Freiwirtschaftstheorie gehen vor allem auf die verstärkte Verfügbarkeit der Informationen und Vernetzungsmöglichkeiten durch das Internet zurück. Im deutschsprachigen Raum werben die „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung“ (INWO)¹, die „Partei für Humanwirtschaft“², das „Seminar für freiheitliche Ordnung der Kultur der Wirtschaft und des Staates e.V.“³, der „Equilibrismus e.V.“⁴ und die „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung“⁵ für eine verstärkte Erforschung der freiwirtschaftlichen Aussagen und Theorien sowie für deren Umsetzung. Unter neu gegründeten Parteien, wie dem „Bündnis für Zukunft“⁶, ist die Umsetzung der Vorschläge der Freiwirtschaftstheorie Teil des Parteiprogramms.

Ein weitgehend unabhängiges, öffentliches Diskussionsforum befindet sich auf www.systemfehler.de. Auch auf der Internetseite www.geldcrash.de fließen freiwirtschaftliche Ideen in die Diskussion ein. Betrieben wird diese Website von

¹ Im Internet unter <http://www.inwo.de>

² Im Internet unter <http://www.humanwirtschaft.de>

³ Im Internet unter <http://www.sffo.de>

⁴ Im Internet unter <http://www.equilibrismus.de>

⁵ Im Internet unter <http://www.cgw.de>

⁶ Im Internet unter <http://www.buendnis-zukunft.de>

Günter Hannich, der auf diesem Wege seine Bücher bewirbt und vertreibt, die sich vor allem mit den Crash-Gefahren befassen, die das herrschende Geldsystem birgt.

Die Internetseite www.Geldreform.de bietet ein sehr umfangreiches Archiv mit Materialien zur Freiwirtschaftstheorie.

Vor allem im Internet lassen sich die Entwicklungen in anderen Ländern verfolgen. Informationen für italienisch-sprachige Interessenten werden auf www.open-economy.org angeboten. Diese Website ist nach dem aus der Informatik stammenden Konzepts der Open Source⁷ aufgebaut, bei dem jeder Teilnehmer seine eigenen Verbesserungsvorschläge in eine entstehende Software einbringen kann. Auf www.open-economy.org soll das gleiche Konzept auf wirtschaftliche Entwicklungen angewandt werden.

Spanischsprachige Texte finden sich auf www.dineroneutral.org. Für eine Geldreform in Kanada wirbt die Website www.monetary-reform.on.ca.

Evan F. Koenig und Jim Dolmas des Research Department der Federal Reserve Bank of Dallas befassten sich mit Überlegungen zu dem Thema „Monetary Policy in an Zero-Interest-Rate Economy“. Sie bemerken, dass in einer Phase niedriger Zinsen die Instrumente der Geldpolitik versagen. Eine Lösung können die von Irving Fisher in den 1930ern vorgeschlagene „carry tax“ auf Geld sein [KoD03], also genau das Instrument, welches Silvio Gesell 1916 darlegte und welches in Kapitel 2.3.1 beschrieben wird.

⁷ Das Betriebssystem Linux ist zum Beispiel als Open-Source-Projekt entstanden. Heute arbeiten weltweit tausende Freiwillige an der Weiterentwicklung des Systems, sowie an der Fehlerbehebung vorheriger Versionen.

2 Aussagen der Freiwirtschaftstheorie

2.1 Geld und der Geld-Güter-Kreislauf

Geld hat in einer arbeitsteiligen Wirtschaftsordnung eine besondere Bedeutung. Ohne Geld müssten die Hersteller von Waren und Dienstleistungen genau den Nachfrager für ihre Angebote finden, der seinerseits genau die Waren anbietet, welche die Hersteller benötigen. Tut er das nicht, so kommt es nicht zu einem Warenaustausch (vgl. [Cre01a, S. 28]).

Diesen Schwierigkeiten kann man durch die Benutzung von Geld begegnen. Geld ist dabei universal einsetzbares Tauschmittel, da es allgemein anerkannt und zum Tausch jeder Ware benutzt werden kann.

Geld erhöht die Informationsmöglichkeiten und senkt die Informationskosten indem die Werte von Gütern über ihren Preis vergleichbar werden. Es senkt die Transaktionskosten des Austausches von Gütern und Dienstleistungen indem es als allgemeines Tauschmittel genutzt wird die Möglichkeit der gegenseitigen Verrechnung bietet. Geld erhöht den Freiheitsgrad ökonomischer Konsum- und Investitionsentscheidungen durch die Möglichkeiten des Konsumverzichts und der Kreditfinanzierung (vgl. [Olt98, S. 193]).

Der Käufer einer Ware zahlt mit Geld, für welches der Verkäufer dieser Ware auf dem Markt ein Produkt seiner Wahl kaufen kann. Jedem Warenkauf steht somit ein in entgegengesetzter Richtung fließender Geldstrom gegenüber. Fließt kein Geld, kommt es auch nicht zu einem Warenfluss. Letzterer ist aber nötig, um in einer arbeitsteiligen Wirtschaft die hergestellten Produkte dorthin zu bringen, wo Bedarf nach ihnen vorhanden ist, also um Angebot und Nachfrage zusammenzubringen. Dieser Austausch von Gütern mit Hilfe von Geld sei als Geld-Güter-Kreislauf bezeichnet.

Geld stellt dabei einen Anspruch auf ein Stück Sozialprodukt dar (vgl. [Olt98, S. 193]).

2.1.1 Funktionen von Geld und die Kritik der Freiwirtschaftstheorie

In der herrschenden Wirtschaftstheorie werden Geld folgende Funktionen zugerechnet:

- Tauschmittel: Mit Hilfe von Geld werden Waren und Dienstleistungen zwischen den Marktteilnehmern getauscht (Wertübertragungsfunktion)
- Wertaufbewahrungsmittel: Geld kann gespart und erst in der Zukunft ein Kauf getätigt werden (Wertaufbewahrungsfunktion)
- Wertmaßstab: Mit Hilfe der Preisbildung können die Werte von Gütern miteinander verglichen werden (Wertausdrucksfunktion)

(vgl. [Olt98, S. 194])

Die Freiwirtschaftstheorie kritisiert diese Zuordnung der Funktionen, da sie Widersprüche enthält bzw. auf die Realität nur begrenzt zutrifft. Diese Widersprüche und deren Auswirkungen sollen im folgenden dargelegt werden.

2.1.1.1 Geld als Wertmaßstab

Güter sind über ihren in Geld gemessenen Preis wertmäßig vergleichbar. Zu einem konkreten Zeitpunkt ermöglicht Geld somit einen Vergleich der Werte zweier Güter. Bei einem Vergleich der Preise über die Zeit hinweg ist jedoch festzustellen, dass der Anspruch der Geldpolitik, Währungen in ihrem Wert stabil zu halten, nicht mit der Realität übereinstimmt. Exemplarisch sei auf die Deutsche Mark verwiesen, die von 1971 bis 1996 57,72% ihres Wertes durch Inflation verlor (vgl. [Lie02, S. 75]).

Creutz verweist darauf, dass andere Wertmaßstäbe, wie z.B. das Meter oder das Gramm, keiner solcher Veränderung über die Zeit unterliegen. Dabei ist Geld jedoch der wichtigste Wertmaßstab für wirtschaftliche Vorgänge (vgl. [Cre01a, S. 182f.]). Dieser Vergleich scheint auf den ersten Blick unangemessen zu sein, aber macht er deutlich, dass Geld als Wertmaßstab über die Zeit hinweg nur begrenzt anwendbar ist. Es zeigt

zudem wie sehr die Veränderung von Geld als Wertmaßstab in Form von Inflation trotz ihrer negativen Nebenwirkungen als „normaler Vorgang“ betrachtet wird.

Der Wertverlust des Geldes geht einher mit einer schleichenden Entwertung von Geldvermögen. Dies geschieht durch allgemeine Preissteigerungen. Inflation behindert Geld somit nicht nur in seiner Funktion als Wertmaßstab, sondern auch als Wertaufbewahrungsmittel.

2.1.1.2 Widerspruch zwischen Wertaufbewahrungsfunktion und Tauschmittelfunktion des Geldes

Nach Creutz erfüllt Geld als Tauschmittel eine *öffentliche Funktion*, indem es Angebot und Nachfrage vermittelt. Die Wertaufbewahrungsfunktion ist jedoch eine rein *private Funktion*, die jedem Geldbesitzer das Recht zugesteht, „sein Geld“ beliebig dem Geld-Güter-Kreislauf zu entziehen, es also zu horten (vgl. [Cre01a, S. 51]). Unter Geldhortung sei der physische Entzug von Bargeld verstanden.

Geld ermöglicht in unserer heutigen Wirtschaft als Tauschmittel das Zusammenkommen von Angebot und Nachfrage. Geld als Wertaufbewahrungsmittel wird jedoch gerade nicht getauscht, sondern aufbewahrt (gespart). Geld kann also nur entweder Tauschmittel oder Wertaufbewahrungsmittel zur gleichen Zeit sein.

Geld, welches somit als Sparmittel dem Geld-Güter-Kreislauf entzogen wird, unterbricht diesen. Ist weniger Geld im Umlauf bzw. wird Geld seltener als Tauschmittel benutzt, so können entsprechend seltener Güteraus-tausche in einer Volkswirtschaft vorgenommen werden. Geld, welches nicht umläuft, verhält sich für die Wirtschaft, als sei es nicht existent [Pro98, S. 7].

Die Möglichkeit, mit Hilfe von Geld „Wert aufzubewahren“, behindert Geld also zugleich in seiner Funktion, den Güteraus-tausch zwischen Marktteilnehmern zu ermöglichen.

2.1.1.3 Nicht-Neutralität des Geldes

Geld wird von vielen Wirtschaftstheoretikern wie Adam Smith und Walras als neutrales Tauschmittel betrachtet. Neutral bedeutet hierbei, dass es den Gütern gegenüber, bei deren Austausch es Hilfsmittel ist, gleichgestellt ist und das Geld keinen Einfluss auf den Tauschvorgang an sich hat (vgl. [Sen02, S. 153]).

Güter und Dienstleistungen unterliegen jedoch einem Verfall oder einer technischen Veralterung. Zudem müssen Güter gelagert werden, so lange sie nicht verkauft werden. Entsprechend fallen Lagerkosten an, was den Druck auf den Produzenten erhöht, seine Güter auf dem Markt anzubieten. Silvio Gesell entwarf dazu als wirtschaftliches Gleichnis die Robinsonade⁸ (vgl. [Ges49, S. 309ff.]). In dieser beschreibt er, wie Robinson auf einer einsamen Insel seine Güter einem neuen Bewohner der Insel nur gegen Zins verleihen möchte. Der neue Bewohner macht Robinson deutlich, dass dieser durch den Verfall der Waren einen Verlust erleidet. Würde Robinson sie jedoch verleihen, so könne er sie nach Ablauf der Verleihfrist frisch und ohne Verlust zurückerwarten.

Dienstleistungen sind die am schnellsten verfallenden Güter, da eine Dienstleistung direkt mit der Zeit verbunden ist, in der sie erbracht wird. Vergeht Zeit, ohne dass eine Dienstleistung erbracht werden kann, so kommt dies dem kompletten Verlust der während dieser Zeit erzielbaren Einnahmen durch einen Verkauf der Dienstleistung gleich.

Dienstleistungen und Güter zu horten ist somit mit Kosten verbunden, weshalb sie einem Angebotszwang unterliegen.

Die Lagerkosten von Geld sind jedoch nahezu vernachlässigbar. Es unterliegt somit keinem Angebotszwang und kann grundsätzlich beliebig lange dem Markt entzogen

⁸ Die Robinsonade Silvio Gesells findet sich auch im Anhang dieser Arbeit oder im Internet: http://www.geldreform.de/gesell/nwo/5_1.htm. Ebenfalls im Internet ist die Robinsonade in der japanischen Form der Bildergeschichte, genannt Manga: <http://www.systemfehler.de/comix/rob/index.htm>

werden, um z.B. auf ein Absinken der Güterpreise zu spekulieren, die ihrerseits einem Angebotszwang unterliegen.

Der für die Menschen höhere Wert von Geld verglichen mit Gütern wird in der Realität daran deutlich, dass die Menschen „Geld verdienen“ gehen anstatt z.B. „Essen verdienen“ oder „Urlaub verdienen“ usw.

Für Silvio Gesell ergab sich daraus die Frage, ob nicht erst die Möglichkeit des verlustlosen Hortens von Geld dem Zins zu seiner Existenz verhilft (vgl. [Sen02, S. 161f.]).

Olah bezeichnet die Annahme der Neutralität des Geldes als „die Lebenslüge der Volkswirtschaftslehre“. Er argumentiert, dass ein Geld, welches zum Beispiel einen ständigen Zinsfluss von der Arbeit zum Besitz zulässt, nicht verteilungsneutral sein kann [Ola01].

2.1.2 Zins

In der herrschenden Volkswirtschaftstheorie existieren drei Zinstheorien, die Liquiditätstheorie, die Kredittheorie, die Eigentumstheorie. Die Freiwirtschaftstheorie ergänzt diese um eine weitere. Alle diese Theorien schließen sich nicht gegenseitig aus.

Nach der Kredittheorie ist der Zins der Preis für die befristete Überlassung von Kredit. Die Liquiditätstheorie nach Keynes versteht den Zins als den Preis für die Überlassung von Liquidität (vgl. [Olt98, S. 207]). Die Eigentumstheorie nach Heinson/Steiger sieht den Zins als Kompensation der aufgegebenen Prämie auf Gläubigereigentum [HeS96, S. 177].

Dem Zins werden dabei folgende volkswirtschaftliche Funktionen zugeordnet:

1. Koordinationsfunktion: Der Zins vermittelt Angebot und Nachfrage von Liquidität bzw. Kredit auf den Märkten.
2. Allokationsfunktion: Der Zins lenkt das Geldkapital in bestimmte alternative Verwendungszwecke.
3. Distributionsfunktion: Der Zins beeinflusst als Einkommenselement die Vermögensverteilung in einer Volkswirtschaft.
4. Bewertungsfunktion: Der zukünftige Wert von Gegenwartswerten kann durch Aufzinsen, der Gegenwartswert durch Abzinsen von erwarteten Vermögens- oder Einkommenswerten ermittelt werden.
5. Stabilisierungsfunktion: Durch geldpolitische Maßnahmen der Zentralbanken kann der Zins zur Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses eingesetzt werden.

(vgl. [Olt98, S. 207])

Die auf Silvio Gesell zurückgehende Zinstheorie der Freiwirtschaftstheorie sieht den Zins als Ergebnis der Blockierung des Geld-Güter-Kreislaufes durch Entzug und Hortung von Geld. Diese Theorie soll im Folgenden erläutert werden.

2.1.3 Preisniveau, Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit

Die Bildung eines Preisniveaus Q in einer Volkswirtschaft hängt nach der Quantitätstheorie des Geldes von der in der Volkswirtschaft vorhandenen Geldmenge M , von deren Umlaufgeschwindigkeit (Einsatzhäufigkeit) V und dem Realwert aller Transaktionen X ab (vgl. [Blu87, S. 242]):

$$M \cdot V = Q \cdot X$$

Hat sich ein Preisniveau gebildet und machen später Marktteilnehmer (Geldbesitzer) verstärkt Gebrauch von der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes, so sinkt die

Umlaufgeschwindigkeit bzw. die zu Tauschzwecken real vorhandene Geldmenge. Damit muss entweder die Menge der Transaktionen, also die Menge der vermittelten Tauschvorgänge, sinken oder das Preisniveau der Volkswirtschaft.

Wenn die Anzahl der Tauschvorgänge sinkt, so bedeutet das, dass innerhalb der Volkswirtschaft weniger Produkte abgesetzt werden, als zuvor. Daraus resultieren Absatzstockungen im Wirtschaftskreislauf. Sinkt jedoch das Preisniveau, kann dies zu einer Deflationsspirale führen.

2.1.4 Deflation

Beim Sinken des allgemeinen Preisniveaus spricht man von Deflation (vgl. [Blu87, S. 163]). Sinkende Preise lassen die Marktteilnehmer ihre Käufe oder Investitionen in der Spekulation auf noch weitere Preissenkungen in die Zukunft verschieben. Sinkende Preise und rückgehende Umsätze durch verschobene Käufe verstärken den Kostendruck auf Unternehmerseite und führen zu Liquiditätsengpässen (vgl. [Cre01a, S. 197]). Die Gefahr weiterer Umsatzeinbrüche zwingt zu Rationalisierungen und Entlassungen, was die allgemeine Kaufkraft schwächt. Diese Entwicklung kann zum „Angstsparen“ führen. Als „Angstsparen“ wird der Verzicht auf Konsum in Zeiten unsicherer Wirtschaftslage bezeichnet (vgl. [Stu03]). Weiterer Konsumverzicht wirkt sich erneut auf die Ertragslage der Unternehmen aus. Konsumverzicht bedeutet aber auch, dass noch mehr Geld nicht als Tausch- sondern als Wertaufbewahrungsmittel genutzt wird. Eine Deflation kann sich also zu einer sich selbst beschleunigenden Spirale aus sinkenden Preisen, geringeren Einnahmen und Arbeitslosigkeit ausweiten.

Diese Symptome sind zusammen mit stagnierendem oder sogar sinkendem Wirtschaftswachstum auch Teil einer Rezession (vgl. [Olt98, S. 294f.]).

2.1.5 Der Zins als Resultat des Widerspruchs der Geldfunktionen

Volkswirtschaftlich ist ein Sinken des allgemeinen Preisniveaus somit nicht wünschenswert. Um das Sinken des Preisniveaus zu verhindern, muss somit das Horten

von Geld verhindert werden. Der Zins ist ein Mittel, um gehortetes Geld in Form von Krediten wieder in den Geld-Güter-Kreislauf „zu locken“, wo es als Tauschmittel dem Austausch der produzierten Waren und Dienstleistungen dient. Die Höhe des Zinses ist zugleich ein Indikator für die Knappheit des Geldes (vgl. [Cre01a, S. 116]).

Die Existenz des Zinses ist nach der Freiwirtschaftstheorie somit Resultat des Widerspruchs der Geldfunktionen: Geld wird eigentlich als Hilfsmittel zum Warenaustausch benötigt, doch kann durch verstärktes Zurückhalten des Geldes der Warenaustausch unterbrochen werden, was den Geldbesitzern die Möglichkeit gibt, „Zinsen zu erpressen“ (vgl. [Cre01a, S. 124]).

2.1.6 Abgrenzung „Zins“

Der Zins, der am Geldmarkt für Kredite gezahlt wird, setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen:

- Die Kosten der vermittelnden Bank sind die *Bankmarge*
- Die *Risikoprämie* deckt das Risiko eines Ausfalls des Kredits durch Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers ab
- *Inflationsausgleich* in Höhe der Inflationsrate
- *Zinsfuß*

Bankmarge und Risikoprämie stellen bei ordnungsgemäßer Berechnung der Bank Einnahmen für zu erwartende Kosten oder Kreditausfälle dar. Beide Komponenten fließen somit nicht dem Geldbesitzer zu und steigern auch nicht dessen Geldvermögen. Der Inflationsausgleich fließt zwar dem Geldbesitzer zu, stellt dort aber nur einen Ausgleich für den durch die Inflation erlittenen Wertverlust des verliehenen Geldes dar.

Der Zinsfuß ergibt sich aus der Prämie für die Aufgabe der Liquidität (Liquiditätsverzichtsprämie) sowie einem Knappheitsaufschlag. Letzterer schwankt je nach Marktlage aus Angebot von und Nachfrage nach Kapital. Die

Liquiditätsverzichtsprämie unterliegt nach den Annahmen der Vertreter der Freiwirtschaftstheorie jedoch einer Untergrenze (vgl. [Cre01a, S. 126ff.]). Diese Untergrenze, die Gesell Urzins nennt, wird im folgenden Kapitel erläutert.

Der Zins ist im Allgemeinen eine relative Größe, angegeben in Prozent der verliehenen Summe.

Für die folgenden Überlegungen ist nur der Zinsfuß die ausschlaggebende Komponente, welche verkürzt mit Zins bezeichnet wird. Nur diese Teilkomponente des Zinses steigert die Geldvermögen, während die anderen Zinskomponenten einen Ausgleich für real entstehende Kosten darstellen.

2.1.7 Urzins oder Sockelzins

Nach Keynes ist „der Zinsfuß die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität für einen bestimmten Zeitabschnitt“ [Key94, S. 140]. Der Zinsfuß ist „somit jederzeit ein Maß für die Abneigung derer, die Geld besitzen, sich von der liquiden Verfügung darüber zu trennen“ [Key94, S. 141] oder „die Belohnung für die Nichthortung“ von Geld [Key94, S. 146]. Der Zinsfuß schwankt, je nachdem wie hoch die Nachfrage und das Angebot von Geld sind und schlägt sich in den auf dem Geldmarkt real erzielbaren Zinsen nieder.

Nach Gesell sinkt der Zinsfuß langfristig nicht unter den *Urzins*, den er aus Erfahrungswerten und verschiedener Literatur bei etwa 3% sieht (vgl. [Ges49, S. 359]).

Nach Lutz ist dem Geldmarktzins ebenfalls eine Untergrenze gesetzt, die er *Normalzins* nennt und die er bei etwa 3% sieht [Lut73, S. 10].

Die Freiwirtschaftstheorie begründet diesen Urzins damit, dass Geld ohne bedeutsame Lagerkosten gehortet werden kann. Deshalb wird es dem Markt entzogen, sobald die erzielbaren Zinsen unter den Urzins sinkt. Es ist für den Geldbesitzer dann vorteilhafter, liquide zu sein, anstatt die geringen Zinsen zu kassieren. Der Urzins ist also hauptsächlich psychologischer Natur. Er ist die Mindestprämie, die Geldbesitzer davon abhält, Geld zu horten und sie dazu bringt, ihr Geld auf dem Markt anzubieten. Wird Geld jedoch dem Markt entzogen, so steht es als Tauschmittel zur Vermittlung von

Gütern und Dienstleistungen im Geld-Güter-Kreislauf nicht mehr zur Verfügung. Deshalb können dann weniger Güter getauscht werden, als zuvor. Eine Krise entsteht.

Bei Keynes sind ähnliche Zusammenhänge zu finden. Er sieht die Ursache von Wirtschaftskrisen darin, dass die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (das Verhältnis zusätzlicher Gewinne zu zusätzlichen Investitionen) unter den Zinsfuß sinkt. Damit unterbleiben Investitionen bzw. werden vorhandenen Investitionen aufgelöst. Es kommt zu Stockungen in der Wirtschaft (vgl. [Key94, S. 266ff.]).

Probst nennt die Untergrenze des Zinses *Sockelzins*: „Sinkt der Zins bis an diese Grenze, so steigt die sogenannte Liquiditätspräferenz. Langfristige Geldanlagen werden auf immer kurzfristigere umgeschichtet, Sichtguthaben werden aufgebläht und sogar die Bargeldhaltung steigt an. Aktien- und Devisenspekulationen nehmen zu. Es wird immer rentabler, die Vorteile der Liquidität wahrzunehmen anstatt zu geringe Zinsen zu kassieren. Die Tauschgeldmenge wird zunehmend blockiert, und das Angebot an Liquidität verringert sich. Das Sinken der Zinsen wird dadurch gestoppt und schlägt irgendwann wieder in einen Anstieg um.“ [Pro98, S. 13]

Die Europäische Zentralbank EZB senkte im Juni 2003 den Leitzinssatz auf 2%, also unterhalb der durch den Urzins vorgegebenen Untergrenze von etwa 3%. Damit können sich die Banken günstig bei der EZB mit zusätzlicher Liquidität versorgen, die psychologische Untergrenze auf dem Markt wird dadurch jedoch nicht beeinflusst. Nach der Theorie vom Urzins hat somit eine Zinssenkung der Notenbanken unter 3% keine Auswirkungen mehr auf die Geldbesitzer. Untermauert wird dies durch den Anstieg der Geldmenge M3 im Juli 2003 [Sue03]. Ein Anstieg der Geldmenge M3 bedeutet, dass die Geldbesitzer ihr Geld kurzfristiger halten, also es zu den derzeitigen Zinssätzen ungern langfristig abgeben. Die Zinssenkung der EZB erfolgte jedoch gerade aus dem Grund, dem Markt möglichst viel billige Liquidität zukommen zu lassen, um Investitionen zu fördern. Somit können die Banken sich zwar bei der EZB mit billigem Geld versorgen, auf dem Geldmarkt, der viel größere Geldreserven zur Verfügung hat, verknappt sich aber das Angebot, da bei nach der Theorie des Urzinses die Marktteilnehmer nicht bereit sind, ihr Geld zu diesem Zinssatz anzubieten.

Das verknappende Angebot auf dem Markt sorgt nach der Freiwirtschaftstheorie dann für eine Anhebung des Zinssatzes, bis dieser wieder über dem Urzins liegt. Die Möglichkeit, Geld straffrei dem Geld-Güter-Kreislauf zu entziehen, ist somit Grund

dafür, dass der Zinssatz nicht auf Null sinken kann, ohne Probleme für die Volkswirtschaft in Form von Kapitalrückzug und Stockungen im Wirtschaftskreislauf auszulösen.

2.1.8 Spielt Geldhortung heute noch eine Rolle?

„Als empirische Beobachtung ist es richtig, dass Zinsen erst gezahlt werden können, wenn Sparen nicht in der Form von gehaltenem, sondern in der Form von aufgegebenem Geld stattfindet.“ [HeS96, S. 188] Heinson/Steiger verweisen also darauf, dass der Zins eine Prämie für die *Aufgabe von Liquidität* ist. Um aber etwas aufgeben zu können, muss man es zuvor besitzen. Um auf die Liquidität von Geld zu verzichten, muss Geld somit zuvor dem Kreislauf entzogen, also gehortet, worden sein. Auch wenn Heinson/Steiger die Existenz des Zinses als Eigentumsprämie ansehen, erkennen auch sie, dass der Zins in der Realität erst dann gezahlt wird, wenn Liquidität aufgegeben und damit zuvor dem Kreislauf entzogen wird.

Es gibt verschiedene Stufen an Liquidität die unterschiedliche Geldhortung bedingen. „Banknoten unter der Matratze“ sind heutzutage eher ungewöhnlich. Bargeldhortung ist hauptsächlich in Form von größeren Kassenbeständen zu finden. Das Sparen von Geld auf einem Giro-Konto fördert ebenfalls die Geldhortung. Die Bank muss eine entsprechende Sicherheitsmenge an Bargeld vorrätig halten, da Giralgeld jederzeit vom Kontoinhaber abgerufen werden kann. Je liquider die Geldderivate sind, die vorgehalten werden, desto größer sind die Auswirkungen der Geldhortung.

Geld, welches die Wirtschaftszone verlässt, für welche es geschaffen wurde, muss aus Sicht der Wirtschaftsteilnehmer in dieser Zone ebenfalls der gehorteten Geldmenge zugerechnet werden. Es steht dieser Wirtschaftszone nicht mehr als Tauschmittel zur Verfügung. Dazu gehört die Hortung von Hartwährungen in Weichwährungsländern (vgl. [Cre01a, S. 199ff.]).

Besonders im Umfeld spekulativer Investitionen (z.B. am Aktienmarkt) müssen Investoren eine bedeutende Menge Geld besonders liquide halten, um sich die Möglichkeit offen zu halten, jederzeit auf günstige Angebote reagieren zu können.

Wenn von Geldhortung die Rede ist, muss also nicht zwangsläufig vom konkreten Entzug von Geld aus dem Geld-Güter-Kreislauf ausgegangen werden. Aus der Quantitätstheorie lässt sich folgendes ableiten: Wenn die (zweifelloso vorhandene) Geldmenge langsamer umläuft als zuvor, also die Zeiträume, in denen Geld nicht ausgegeben, sondern zurückgehalten wird, sich vergrößern, so sinkt die Anzahl der vermittelten Warenaustausche. Die Wirtschaftsleistung geht also zurück, weil das vermittelnde Geld seltener eingesetzt wird (vgl. [Ges49, S. 368]).

Eine schlechte Zahlungsmoral der Wirtschaftsteilnehmer deutet somit auf einen langsamere Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und damit auf verstärkte Geldzurückhaltung hin. Gerade in den letzten Jahren ließen sich der Presse sehr viele Berichte über die schlechte Zahlungsmoral in der deutschen Wirtschaft (vgl. [Kre03]) und der Behörden (vgl. [Ple03]) entnehmen.

2.2 Auswirkungen des Zinses

2.2.1 Exponentielles Wachstum

2.2.1.1 Exponentielles Wachstum von Geldvermögen und Schulden durch Zinseszins

Das Bezahlen von Zinsen stellt einen Zahlungsfluss vom Schuldner zum Gläubiger dar. Entsprechend steigert eine Zinszahlung das Geldvermögen der Geldbesitzer. Dieser kann sein zusätzliches Vermögen verkonsumieren, er kann es investieren oder erneut als Kredit zur Verfügung stellen. Werden die Zinsen nicht verkonsumiert, sondern als den Vermögen zugeschlagen und erneut als Kredit in die Wirtschaft zurückgeführt, so werfen auch sie erneut Zinsen ab. Diese Zinsen auf Zinsen führen somit zum Zinseszinseffekt. Er sorgt langfristig für exponentielles Wachstum von Geldvermögen und Schulden.

Von exponentiellem Wachstum kann man dann sprechen, wenn die relative Steigerungsrate pro Zeitperiode größer als 0% ist. Der absolute Zuwachs wird dann von Zeitperiode zu Zeitperiode immer größer. Das absolute Wachstum eines Prozesses, der exponentiell wächst, beschleunigt sich immer weiter, je älter der Prozess ist.

Bei einem konstanten Zinssatz verdoppeln sich Vermögen mittels Zinseszins innerhalb eines festen Zeitraumes. Tabelle 1 zeigt dafür ein Beispiel:

Tabelle 1: Beispiel für das Wachstum von Geldvermögen durch Zinseszins

<u>Zinssatz in %</u>	<u>Verdopplung alle x Jahre</u> <u>(gerundet)</u>	<u>Aus 1 Euro werden in 300</u> <u>Jahren (in Euro gerundet)</u>
3	24	7100
5	14	2,3 Mio.
8	9	10,6 Mrd.
10	7,5	2,6 Billionen

Der scheinbar lange Zeitraum von 300 Jahren soll zeigen, dass zum einen der Zinssatz aber zum anderen auch die Zeit einen enormen Einfluss auf die exponentielle Entwicklung von Geldvermögen haben.

Bei einem Zinssatz von 10% wächst ein Vermögen beispielhaft ausgehend von 1 Euro um 0,1 Euro im ersten Jahr, um 0,26 Euro im 10. Jahr und um ca. 19 Millionen Euro im 200. Jahr. Nach dem 200. Jahr beträgt das Geldvermögen 189.905.276,46 Euro.

Dieser Zinseszinsseffekt kommt nur dann zum Tragen, wenn die in einem Jahr erzielten Zinsen dem Vermögen zugeschlagen und selbst als Kredit für die darauffolgenden Jahre vergeben werden (vgl. [Sen02, S. 170]). Daraus wird ersichtlich, dass mit wachsenden Vermögen auf der einen Seite, die Schulden auf der anderen Seite ebenfalls wachsen müssen, um für die Zinszahlungen der Vermögen aufzukommen. Volkswirtschaftlich gesehen besteht also ein Verschuldungszwang.

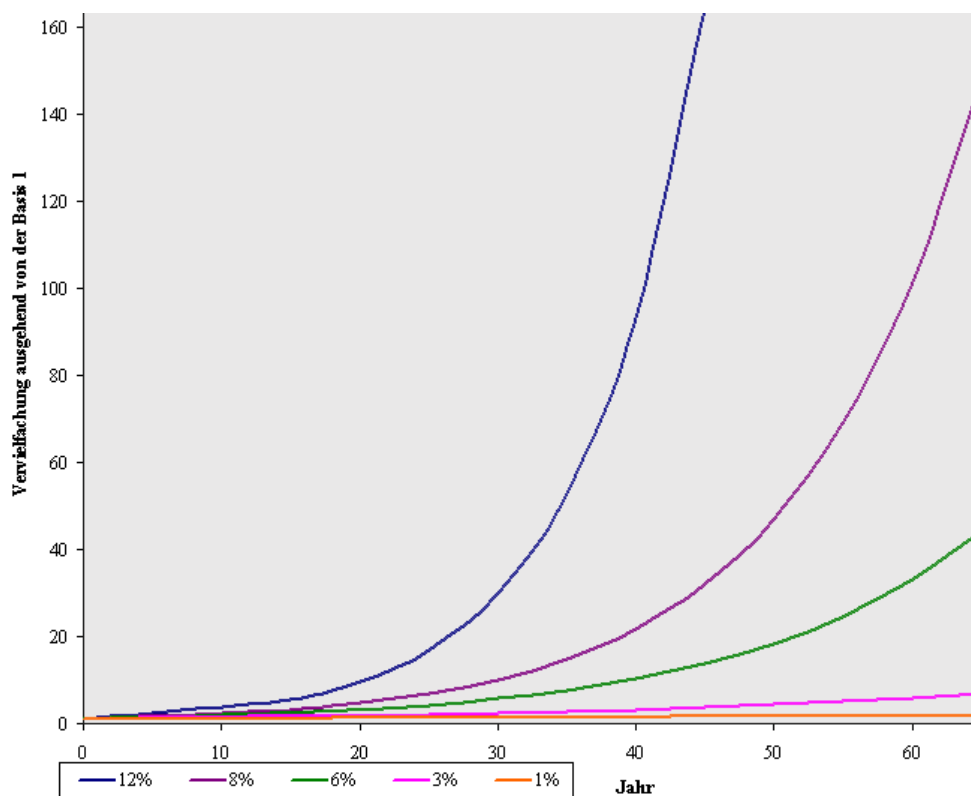


Abbildung 1: Exponentielle Entwicklungen bei Wachstumsraten von 1, 3, 6, 8 und 12% p.a.

Je geringer die Zinssätze und je niedriger die Ausgangshöhe der Vermögen ist, desto langsamer verläuft die Entwicklung aufgrund der längeren Verdopplungszeiten und der

anfängliche geringen Basis. Je länger der Prozess jedoch läuft, desto größer werden die absoluten Zuwächse, die pro Jahr dem Geldvermögen in Form von Zinsen zufließen und die von den Schuldnern erbracht werden müssen (siehe auch Abbildung 1).

Da diese immer größer werdenden Zinszahlungen aus dem Volkseinkommen einer Volkswirtschaft erbracht werden müssen, kann es ab einer bestimmten Höhe der leistungslosen Zinseinkommen zu wirtschaftlichen Problemen kommen, auf die noch eingegangen werden soll.

Auf die Unmöglichkeit langfristigen exponentiellen Wachstums deutet folgendes Gleichnis hin, welches „Der Josephpfennig“ genannt wird: Hätte Joseph zur Geburt seines Sohnes Jesus diesem ein Sparbuch mit einem Pfennig und 5% Verzinsung angelegt, dann wäre daraus geworden:

- im Jahr 100: 1,31 DM
- im Jahr 142: 10,20 DM
- im Jahr 236: 1001,55 DM
- im Jahr 1466: Gegenwert vom Gewicht der Erde in Gold
- im Jahr 1990: Gold im Wert von 134 Milliarden Mal dem Gewicht der Erde (Abbildung 2).

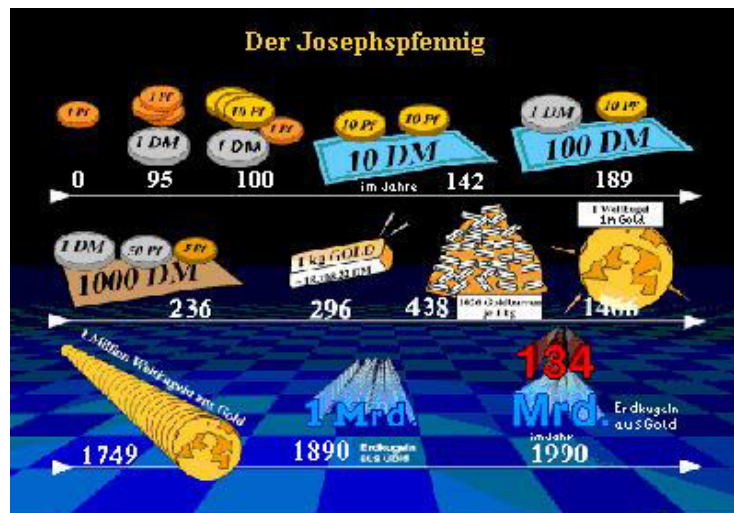


Abbildung 2: Der Josephspfennig⁹

Dieses Beispiel ist offensichtlich unreal. Es zeigt aber, dass ein Prozess wie der des exponentiellen Wachstums von Geldvermögen durch Zinseszins nicht ohne Unterbrechung ablaufen kann (vgl. [Sen02, S. 172]). Eine Unterbrechung dieses Prozesses ist durch mehrere Möglichkeiten denkbar:

- Hyperinflation, die den Preis von Gold enorm anhebt, so dass der Gegenwart des Geldvermögens eben keine unrealen Werte annehmen kann
- Geldreform, bei der die angehäuften Geldvermögen vernichtet werden.

Mit diesem Beispiel wird deutlich, dass ein auf Zinseszins beruhendes Geldsystem nicht langfristig existieren kann, ohne Zusammenbrüche bzw. Störungen zu provozieren. Ein Zusammenbruch bereinigt zwar das Überwachstum der Geldvermögen, führt aber zugleich zu tiefgreifenden wirtschaftlichen und damit gesellschaftlichen Störungen (vgl. [Sen02, S. 179] sowie [Pro98, S. 31f.]). Dieser Verantwortung muss sich die Wirtschaftswissenschaft bewusst sein, wenn sie ein zinsbehaftetes Geldsystem akzeptiert.

In diesem Zusammenhang kann eine schleichende Inflation als resultierende Störung dieser Entwicklung betrachtet werden, da sie dem Überwachstums der Geldvermögen entgegensteht und damit den drohenden Zusammenbruch des Finanzsystems (siehe

⁹ [Enn03]

Kapitel 2.2.8) verzögert. Eine schleichende Inflation ist somit eine Vorwegnahme der drohenden Hyperinflation.

2.2.1.2 Entwicklung und Verteilung der Geldvermögen in Deutschland

Lässt sich das exponentielle Wachstum der Geldvermögen auch in der Realität ablesen? Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der privaten Geldvermögen in Deutschland von 1991 bis 2002. Dabei ist ein rapider Anstieg dieser seit 1991 zu beobachten.

Durch das Platzen der Spekulationsblase am Aktienmarkt ist der Anteil der Aktienwerte an den privaten Geldvermögen seit 1999 zurückgegangen. Alle anderen Arten von Geldvermögen, wie Bargeld, Bankeinlagen, Versicherungseinlagen, Pensionsansprüche und Zertifikate wachsen jedoch weiter.

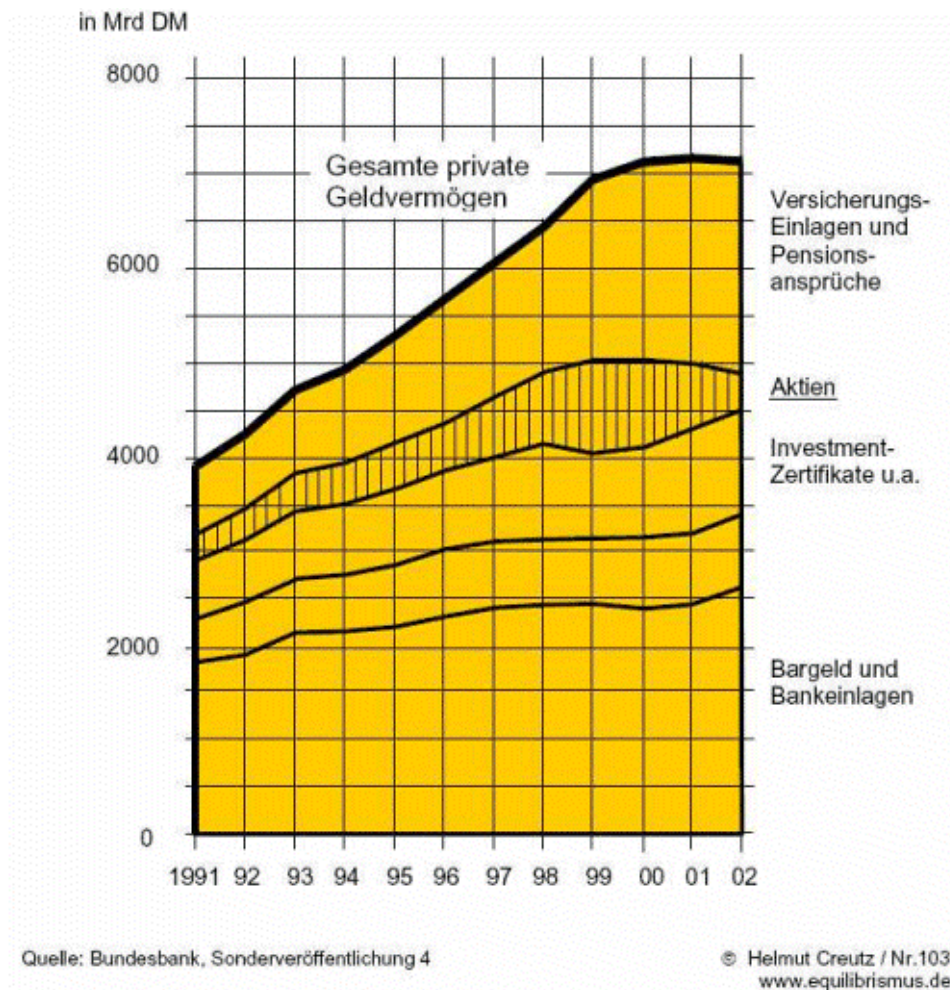


Abbildung 3: Entwicklung der privaten Geldvermögen in Deutschland¹⁰

Aus den folgenden statistischen Daten lässt sich zudem zeigen, dass das Geldvermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt ist. Eine kleine Gruppe sehr Vermögender steht einer großen Masse mit relativ geringen Vermögen gegenüber. Da große Geldvermögen absolut größere Steigerungen erfahren als kleinere Geldvermögen, profitiert die kleine vermögende Gruppe überproportional:

Das Statistische Bundesamt erhebt alle 5 Jahre die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (ESV). Die letzten offiziellen Daten liegen damit für 1998 vor. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat auf Basis dieser Daten zusammenfassend festgestellt, dass etwa 50% der deutschen Haushalte 11% (in

¹⁰ [Equ02]

Westdeutschland) bzw. 15% (in Ostdeutschland) der vorhandenen Geldvermögen besitzen. Dagegen besitzen die reichsten 5% der Haushalte 28% (West) bzw. 29% (Ost) der Geldvermögen. Das DIW bemerkt, dass die Disparität der Vermögensverteilung größer sein muss, als von der ESV erfasst, da Haushalte mit besonders hohem Geldvermögensbestand aufgrund der niedrigen Fallzahlen in der Stichprobe außer Betracht gelassen werden. Das DIW verweist deshalb auf die letztmalig 1993 erhobenen Vermögenssteuerstatistik, laut der ca. 1% der Steuerpflichtigen 26% der Geldvermögen besaßen (vgl. [Bed99]).

Auch stellt das DIW fest, dass in den Jahren bis 1998 die Bildung von neuem Geldvermögen überwiegend aus Zinserträgen resultiert. Das heißt, dass Bezieher von Zinseinkommen aus Geldvermögen diese nur zu einem geringen Anteil verkonsumieren, sondern vielmehr dem Geldvermögen zuschlagen. Diese Entwicklung entspricht somit weitgehend dem oben skizzierten Szenario exponentiellen Wachstums der Geldvermögen.

Die Stagnation der Geldvermögen seit 1999 sowie der derzeitige Rückgang dieser (siehe Abbildung 3) könnte auf einen bevorstehenden bzw. bereits laufenden Kollaps der Finanzsysteme hindeuten, wie er in Kapitel 2.2.8 erklärt wird.

2.2.1.3 Exponentielles Wachstum wirtschaftlicher Größen eingebettet in die Natur

In der Natur gibt es exponentielles Wachstum, jedoch immer nur über einen gewissen Zeitraum, danach kommt es entweder zu einer Stagnation oder zu einem Absterben. Krebs verläuft in einem typisch exponentiell verlaufenden Wachstumsprozess, führt jedoch zu einem Absterben des Wirts, wenn das Wachstum nicht gestoppt wird.

Exponentielles Wachstum von Populationen gibt es allenfalls in der Anfangsphase. Danach sorgen verschiedene Begrenzungsfaktoren dafür, dass sich die Population auf einem konstanten Wert reguliert. Im Idealfall nähert sich die Wachstumskurve diesem Wert asymptotisch (logistisches Wachstum) (vgl. [Gan02]).

Exponentielles Wachstum ist also möglich - in einem begrenzten Raum aber nur über begrenzte Zeit. Kann man wirtschaftliche Kenngrößen losgelöst von der Natur, in der

sie existieren, betrachten? Die Naturwissenschaftler, die dies bezweifeln, begründen es damit, dass alles, was in die Natur eingebettet ist, sich auch an die Naturgesetze (in dem Fall die Gesetze der Thermodynamik) halten muss (vgl. [Ken94, S.168ff.] und [Sch03a, S. 2f.]).

Der Raum, dem sich die Wirtschaft unterzuordnen hat ist zumindest der Planet Erde. Da Geld einen Anspruch auf ein Stück Sozialprodukt darstellt, muss bei einem exponentiellen Wachstum der Geldvermögen auch das Sozialprodukt exponentiell wachsen, also die Menge der für das Geld kaufbaren Güter. Da aber die Ressourcen der Erde begrenzt sind, ist auch die Menge der produzierbaren Güter begrenzt. Die Möglichkeit ewigen exponentiellen Wachstums der Geldvermögen muss somit bezweifelt werden.

Bezugnehmend auf das exponentielle Wachstum der Volkswirtschaften und dem gleichzeitigen Ziel einer nachhaltigen Umweltpolitik meint Schneider: „Es muß begriffen werden, was exponentielles Wachstum ist und das dies nicht nachhaltig ist“ [Sch03a, S. 2].

2.2.2 Renditezwang von Investitionen

Ein Geldbesitzer, der sein Geldvermögen möglichst gewinnbringend anlegen möchte, hat immer zwei Möglichkeiten. Er kann eine Investition vornehmen, die ihm eine bestimmte erwartete Rendite verspricht oder er kann sein Vermögen zinsbringend auf dem Geldmarkt anbieten (oder dies durch eine Bank als Vermittler tun lassen). Rational handelt er nach dem Opportunitätskostenprinzip dann, wenn er sich für die für ihn vorteilhafteste Variante entscheidet. Die Renditen jeglicher Investitionen und damit jeglicher Realkapitalien müssen sich somit mit dem auf dem Geldmarkt erzielbaren Zinssatz messen lassen (vgl. [Suh83, S. 20]).

Der Zins auf dem Geldmarkt unterliegt jedoch der Untergrenze des Urzinses, die er nicht ohne wirtschaftliche Probleme auszulösen, unterschreiten kann. Der Urzins des Geldes gibt somit die Untergrenze *jeder* Investition auf *allen* Märkten vor. Investitionen, die eine geringere Rendite als den Urzins abwerfen, finden nicht statt: Es herrscht Renditezwang.

Investitionen, die gesellschaftlich sinnvoll und wünschenswert sind (z.B. umweltschonende Technologien), finden also nicht statt, wenn sie keine mit dem Geldmarktzins vergleichbare Rendite abwerfen. Zugleich müssen die durch Zinsen entstandenen Kapitalkosten der Investitionen, die getätigt werden, auf die Preise der durch die Investitionen hergestellten Güter umgelegt werden.

2.2.3 Zinsanteile in den Preisen

Zinsen stellen für einen Schuldner Kosten dar, die er auf die Preise seiner verkauften Produkte umlegt. Bei durch **Fremdkapital** finanzierten Investitionen sind die entsprechenden Zahlungsströme und darauf folgenden Zinsanteile in den Preisen recht offensichtlich. Die Fremdkapitalkosten sind in den Bilanzen der Unternehmen ausgewiesen.

Doch auch durch **Eigenkapital** finanzierte Investitionen müssen Zinsen abwerfen, denn die Alternative für den Geldbesitzer wäre immer ein Verleihen gegen Zins gewesen. Hier sind also die kalkulatorischen Zinsen auf das Eigenkapital als Kosten in den Preisen versteckt. Wenn demnach von zu zahlenden Zinsen die Rede ist, müssen demnach nicht nur die real als Zinsen auf Fremdkapital fließenden Zahlungsströme betrachtet werden, sondern auch die in den Unternehmensgewinnen versteckten Zinsen auf investiertes Eigenkapital (vgl. [Cre01a, S. 331f.]).

Da diese Annahme für alle Unternehmen gemacht werden kann, bedeutet sie, dass auch in den Preisen von Zulieferunternehmen eines Unternehmens Zinsanteile enthalten sind. Diese gehen unsichtbar als Kosten in die Produktpreise des Unternehmens selbst ein. Da Zulieferprodukte oft selbst aus Teilprodukten bestehen, die ihrerseits erneut Zinsanteile in den Preisen enthalten, entsteht eine *Kette an sich addierenden Zinsanteilen* in den Preisen des Endprodukts (vgl. [Cre97]). Diesen Zusammenhang verdeutlicht Abbildung 4.

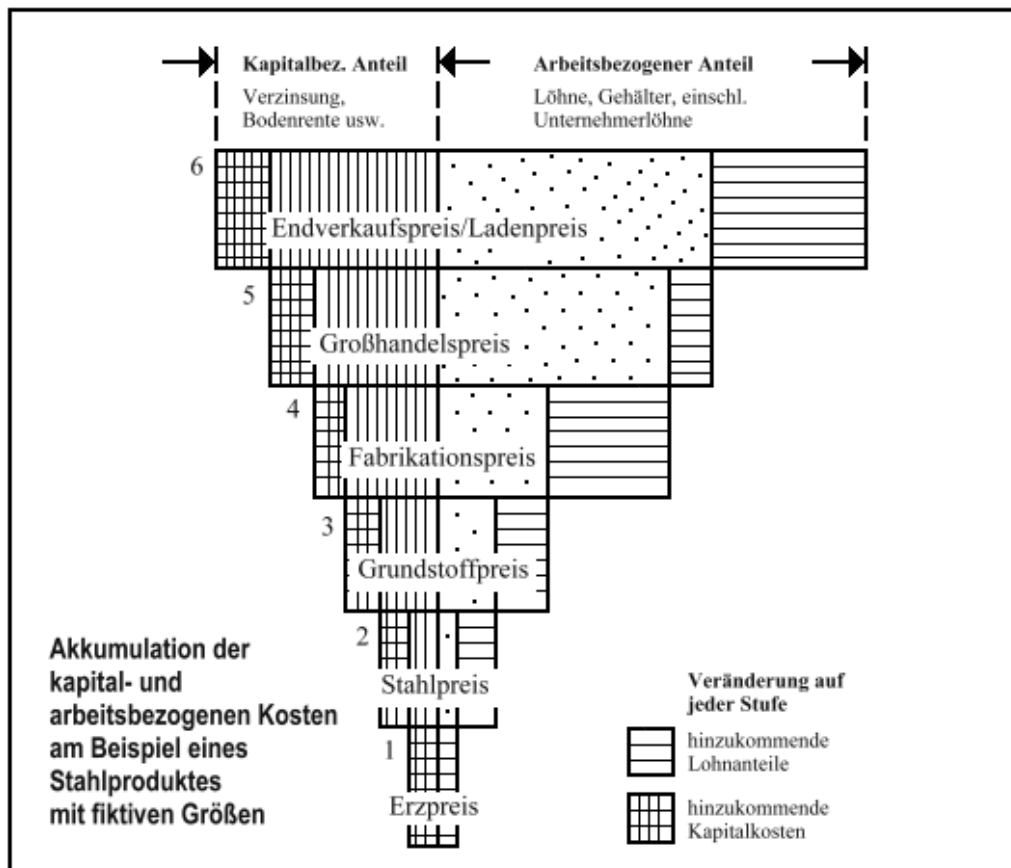


Abbildung 4: Sich kumulierende Zinsanteile in den Preisen¹¹

Hinzu kommen die in den Steuern und Abgaben an den Staat enthaltenen Zinsanteile. Je höher die Verschuldung des Staates und die dadurch zu zahlenden Zinslasten, desto höher die Zinsanteile in den staatlichen Abgaben und desto höher die Zinsanteile im Verkaufspreis in einem Produkt. Dies gilt auch für die *indirekt* gezahlten Abgaben und Steuern an den Staat, wie z.B. die über die Löhne gezahlten Lohnsteuern, da auch diese zuvor vom Unternehmen über die Preise erzielt werden müssen.

Weiterhin gilt: Je kapitalintensiver die Produktion eines Produktes, desto höher der Zinsanteil in seinem Preis (vgl. [Sen02, S. 180]). Besonders kapitalintensiv ist zum Beispiel der Wohnungsbau. Eine Wohnung zum Preis von 100.000 Euro muss bei einem angenommenen Zinssatz von 3% demnach 3000 Euro jährlich, also 250 Euro monatlich, an Zinsen erzielen. Der in diesem Beispiel angenommene Wert der Wohnung ist jedoch gerade für größere Städte zu niedrig bemessen, genau wie der angenommene Zinssatz von 3%. Bei einer angenommenen Wohnungsmiete von 400 Euro beträgt bei diesem

Beispiel der Zinsanteil in der Miete 62,5%. Ähnliche Werte bestätigt die Bauwirtschaft selbst. Die Grether Ost GmbH gibt für ein Projekt des sozialen Wohnungsbaus einen Zinsanteil in der Miete von 60% an (vgl. [Gre]). Auf dem freien Wohnungsmarkt dürften die Zinsanteile damit noch höher liegen, Creutz nennt Werte von 70 bis 80% [Cre01a, S. 329].

Kennedy liefert konkrete Beispiele für Zinsanteile in den Preisen (Abbildung 5):

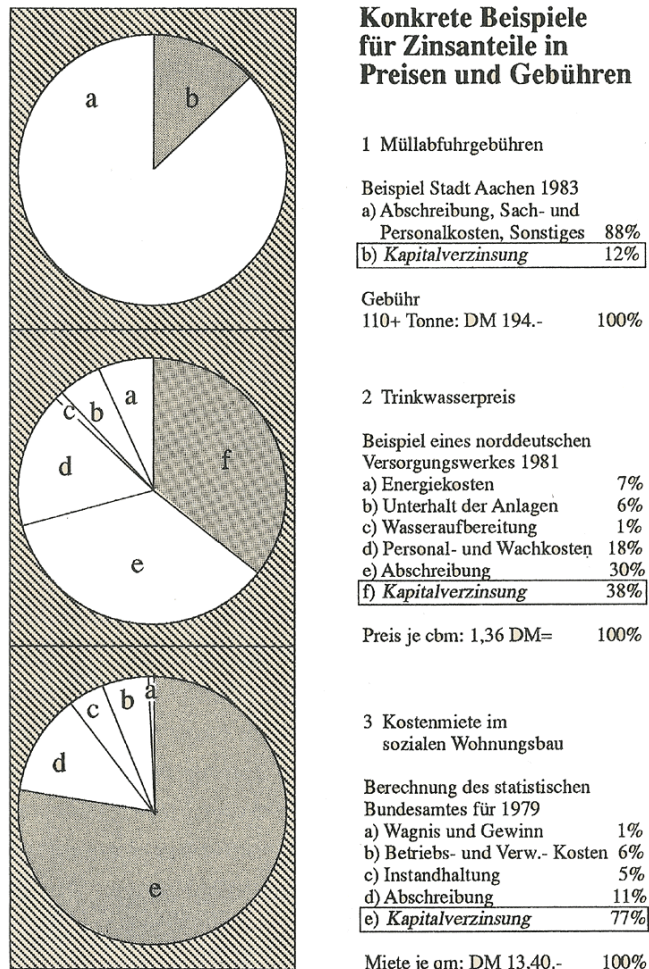


Abbildung 5: Beispiele für Zinsanteile in den Preisen¹²

Die Güterpreise werden vom Käufer der Produkte gezahlt. Obwohl er selbst also keine Schulden haben muss, zahlt er über die Preise indirekt und für ihn unsichtbar Zinsen für die Investitionen der am Produktionsprozess direkt und indirekt beteiligten Gläubiger.

¹¹ vgl. [Cre97]

¹² [Ken94, S. 27]

Helmut Creutz berechnet die durchschnittlichen Zinsanteile in den Preisen in Deutschland bezogen auf die gesamte Volkswirtschaft je nach Berechnungsmethode mit 26% bis 40% (vgl. [Cre01a, S. 333ff.] und [Cre97]). Jeder Wirtschaftsteilnehmer gibt also einen sehr großen Teil seines Einkommens für die aus dem Zins resultierenden Kapitalkosten aus. Kein Wirtschaftsteilnehmer, der mit Geld zahlt, kann sich diesem Vorgang entziehen. Ein Wegfall dieser Kapitalkosten würde demnach die Kaufkraft der breiten Bevölkerung stärken.

2.2.4 Soziale Dimension der Umverteilung mittels Zins und Umverteilung von Arm zu Reich

Es handelt sich bei der indirekten Zinszahlung über die Preise um eine versteckte Umverteilung hin zu den Geldbesitzern. Netto-Verlierer dieser Umverteilung sind all jene Wirtschaftsteilnehmer, die über ihre Produktkäufe mehr Zinsen zahlen, als sie für ihre Vermögen erhalten. Netto-Gewinner all jene, die für ihre Geldvermögen mehr Zinsen erhalten, als sie durch Konsum bezahlen.

Formell lässt sich dies wie folgt ausdrücken: z sei der erzielbare Geldmarktzinssatz, E das Jahreseinkommen eines Marktteilnehmers, welches von ihm vollständig verkonsumiert wird, V sein Vermögen und z_a der durchschnittliche Zinsanteil in den Preisen.

Die über die Preise zu zahlenden Zinsen x belaufen sich auf $x = z_a * E$.

Die für das Vermögen erzielten Zinsen y belaufen sich auf $y = z * V$

Ist $x > y$, so zahlt der Marktteilnehmer mehr Zinsen als er erhält. Er ist Verlierer der Umverteilung mittels Zins.

Ist $x < y$, so erhält der Marktteilnehmer mehr Zinsen als er zahlt. Er ist Gewinner der Umverteilung mittels Zins.

Ist $x = y$, so halten sich Zinseinnahmen und Zinsausgaben die Waage. Der Marktteilnehmer ist von der Umverteilung mittels Zins nicht betroffen.

Keller nennt diese Formel die „Schmarotzer-Formel“ und den Zinsanteil in den Preisen die „Wirtschaftsschädigung“ [Kel98, 2. Band, S. 56ff.].

Kennedy schätzt, dass 80% der Bevölkerung in Deutschland mehr Zinsen zahlen, als sie erhalten (Zinsverlierer), 10% nicht oder nur geringfügig von der Umverteilung betroffen sind und 10% Zinsüberschüsse erhalten. Diese Überschüsse sind genau der Anteil, welchen die Zinsverlierer zahlen müssen (vgl. [Ken94, S. 28]). Je vermögender Marktteilnehmer sind, desto höher sind ihre Kapitaleinkommen durch diesen Umverteilungsmechanismus. Je weniger verzinstes Vermögen die Marktteilnehmer besitzen, umso mehr wird von ihnen zu den Vermögenden umverteilt.

Der Zins sorgt dabei für beständige Zahlungsströme von den Schuldern zu den Gläubigern, also von jenen, die arm sind und sich Geld geliehen haben zu denen, die Geld übrig haben, um es zu verleihen. Diese Umverteilung hat jedoch sehr viel größere gesellschaftliche Auswirkungen als nur den Zinsstrom vom Schuldner zum Gläubiger, denn sie betrifft über die unsichtbaren Zinsanteile in den Preisen jeden, der als Käufer auf dem Markt auftritt. Diesem Umverteilungsmechanismus kann niemand entgehen, der am Wirtschaftsleben teilnimmt.

Senf bezeichnet die Abgabenlast im Feudalismus verglichen mit der im Zinssystem als „relativ harmlos“ [Sen02, S. 182].

2.2.5 Wirtschaftliche Dimension der Umverteilung mittels Zins

Erst nach der Befriedigung der absolut nötigen Bedürfnisse setzt der Hang zum Sparen ein. Deshalb verkonsumieren Bezieher hoher Einkommen diese nicht nur absolut, sondern auch relativ in einem geringeren Maße als Bezieher niedriger Einkommen. Bezieher hoher Einkommen können somit mehr sparen als Bezieher niedriger Einkommen. Jeder Transfer von Zahlungen von Beziehern niedriger Einkommen hin zu Beziehern hoher Einkommen schlägt sich somit negativ auf den Gesamtkonsum in einer Volkswirtschaft nieder. Die nicht verkonsumierten Einnahmen werden gespart und als Kredite oder Investitionen erneut in die Wirtschaft zurückgeführt (vgl. [Sen02, S. 205]). Das erhöht die Gesamtinvestitionen und damit die zu leistenden Zinszahlungen. Bei dem dadurch einem immer größer werdenden Kapitalangebot der Zinsbezieher sinkt der

Zins. Fällt er aber unter den Urzins, so unterbleiben weitere Investitionen und es kommt verstärkt zu Geldhortungen. Dies führt zu Unterbrechungen des Geld-Güter-Kreislaufs, in deren Folge eine „Investitionslücke“, das heißt ein gesamtwirtschaftlicher Nachfragemangel, entsteht (vgl. [Sen02, S. 208 f.]). In der entstehenden Krise kommt es verstärkt zu Firmenpleiten wodurch die Rendite der übriggebliebenen Firmen steigt, bis der gesamtwirtschaftlich erzielbare Zinssatz wieder über dem Urzins liegt. Daraus folgt ein Konzentrationsprozess, da vor allem große Firmen solche Krisen besser überstehen.

Mit der Umverteilung durch ein zinsbehaftetes Geldsystem kann demnach nicht nur die Entstehung der Konjunkturzyklen erklärt werden, sondern auch die fortschreitende Oligopol- und Monopolbildung. 19200 Unternehmensinsolvenzen gab es im ersten Halbjahr 2003 in Deutschland, dies sind 4,6% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (vgl. [Wel02]). Durch besonders viele Insolvenzen kleiner und mittelständischer Unternehmen nimmt der Konzentrationsprozess der Unternehmen immer weiter zu.

2.2.6 Entstehung von Wirtschaftskrisen und ihre mögliche Auflösung nach Keynes

Keynes behauptet, dass eine Erklärung von Wirtschaftskrisen darin besteht, dass ein plötzlicher Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals geschieht. Die dadurch eintretende Verunsicherung über die Zukunft lässt die Vorliebe für Liquidität steigen, beschleunigt also den Entzug von Geld aus dem Geld-Güter-Kreislauf und verzögert Investitionen (vgl. [Key94, S. 267]).

Keynes sieht die theoretische Lösungsmöglichkeit der Krise, aber er sieht keine praktische Umsetzungsmöglichkeit. Bezugnehmend auf einen Anstieg der Konjunktur meint er: „Wenn eine Senkung des Zinsfußes an sich ein wirksames Heilmittel sein könnte, wäre es möglich, einen Anstieg ohne beträchtlichen Zeitverlust und durch mehr oder weniger unmittelbar unter der Leitung der geldlichen Behörde stehende Mittel zu vollbringen. Tatsächlich ist dies aber gewöhnlich nicht der Fall; und es ist nicht so leicht, die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu beleben, die nun einmal durch die

unlenkbare und unfügsame Psychologie der Geschäftswelt bestimmt wird.“ [Key94, S. 268]

Deshalb schlägt Keynes staatliche Interventionen zur Anhebung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals vor, die in der Politik unter dem Stichwort „deficit spending“¹³ umgesetzt werden. Keynes hat den Lösungsansatz der Freiwirtschaftstheorie um den Zinsfuß abzusenken (siehe Kapitel 2.3.1) theoretisch zwar für funktionierend befunden, sah aber keine praktikablen Umsetzungsmöglichkeiten. Auf die Stichhaltigkeit der Einwände Keynes' wird in Kapitel 2.3.1.4 genauer eingegangen.

2.2.7 Wirtschaftswachstumszwang

Das Volkseinkommen einer Volkswirtschaft teilt sich auf in die Einkommen für Arbeit (Arbeitseinkommen) und die Einkommen für die Bereitstellung von Kapital (Kapitaleinkommen). Werden die Einkommen nicht vollständig verkonsumiert, sondern zumindest zu einem Teil investiert, so steigt das gesamte in die Volkswirtschaft investierte Kapital. Die langfristige Verzinsung dieses Kapitals kann die durch den Urzins definierte Grenze nicht unterschreiten. Dies gilt für die Verzinsung von Fremdkapital ebenso wie die Verzinsung von Eigenkapital (siehe Kapitel 2.2.2 „Renditezwang von Investitionen“). Entsprechend müssen bei höheren Kapitalinvestitionen die Kapitaleinkommen steigen. Ändert sich das Volkseinkommen jedoch nicht, so bedeutet ein Anstieg der Kapitaleinkommen ein Verringern der Arbeitseinkommen, was steigende Arbeitslosigkeit und/oder geringere Löhne bedeutet. Ein geringeres Arbeitseinkommen bedeutet geringeren Wohlstand für die, die nicht auf die steigenden Kapitaleinkommen zurückgreifen können. Es bedeutet zudem weniger Konsum und entsprechend Wirtschaftskrisen (vgl. [Glö97]).

¹³ Unter „deficit spending“ wird die Intervention des Staates in Zeiten von Wirtschaftskrisen durch Investitionsprojekte verstanden. Der Staat tätigt Investitionen, um damit die Konjunktur zu beleben. Anfang September 2003 haben der französische Ministerpräsident Jacques Chirac und der deutsche Kanzler Gerhard Schröder einen gemeinsamen „Wachstumspakt“ nach diesem Konzept ins Leben gerufen.

Um ein Sinken der Arbeitseinkommen durch den Anstieg der Kapitaleinkommen zu verhindern, muss das gesamte Volkseinkommen wachsen. Unabhängig davon, ob die Wirtschaftssubjekte einer Volkswirtschaft ein weiteres Wirtschaftswachstum wünschen oder ob es umweltpolitisch sinnvoll ist, ist die Volkswirtschaft aufgrund des ewig positiven Zinssatzes, der durch den Urzins vorgegeben ist, somit zu einem Wachstum gezwungen (vgl. [Cre01a, S. 424f.]).

Die langfristige Wachstumsrate einer Volkswirtschaft muss dabei mindestens so hoch sein, wie der langfristig auf Geld erzielbare Zinssatz. Wachsen die Geldvermögen (und damit die Investitionen) langfristig mit einer größeren Rate als das gesamte Volkseinkommen, so übersteigen die absoluten Zuwächse der Kapitaleinkommen irgendwann die absoluten Zuwächse des gesamten Volkseinkommens und entsprechend müssen die Arbeitseinkommen sinken.

Die derzeitige Diskussion um die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland könnte auf diesen Effekt zurückzuführen sein. Eine Verlängerung der Arbeitszeit würde das Volkseinkommen vergrößern. Geschieht dies bei gleichem Lohn stagnieren jedoch gleichzeitig die Arbeitseinkommen, während die Kapitaleinkommen wachsen können.

2.2.8 Drohender zyklischer Kollaps des Wirtschaftssystems

Die Grundlage jeglichen Wirtschaftens in arbeitsteiligen Volkswirtschaften ist Geld. Ohne Geld wird der Warenaustausch erheblich verkompliziert und verlangsamt. Das Funktionieren des Geldes und damit des Finanzsystems ist somit unabdingbar für das Funktionieren des Wirtschaftssystems. Probleme des Geldes oder des Finanzsystems wirken sich demzufolge auf das Wirtschaftssystem aus.

Das durch Zins und Zinseszins existierende exponentielle Wachstum von Geldvermögen und Schulden führt beide Größen langfristig in für eine Volkswirtschaft problematische Bereiche. „Überschuldung beginnt, sobald die Schulden schneller steigen als das, woraus sie bedient werden“ [Mar97, S. 152]. Die Schulden einer Volkswirtschaft werden aus dem Volkseinkommen bedient. Exponentiell wachsende Schulden benötigen ein mindestens in gleichem Maße exponentiell wachsendes Volkseinkommen. Kommt es zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums unter die Wachstumsrate des

Kapitals, so ist eine Wirtschaftskrise vorprogrammiert (vgl. [Sen02, S. 173f.]). Wirtschaftskrisen zeigen sich derzeit nicht nur in Deutschland sondern in den meisten westlichen Industrienationen.

Durch Innovationen und die Ausbreitung auf neue Märkte kann ein Kollaps zwar verzögert werden, langfristig werden die Probleme aber immer gravierender und die nötigen Wachstumsraten der Volkswirtschaft sind dann nicht mehr erzielbar. Der Staat muss in der Folge seine Aufgaben immer weiter zurückführen. Senf sieht darin sogar eine Gefahr für die Demokratie (vgl. [Sen02, S. 178]).

Zinssätze und Wirtschaftswachstumsrate in Deutschland

Die langfristigen Zinssätze in Deutschland lagen in den letzten Jahrzehnten fast immer über den Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes. Langfristig wächst somit das Kapital stärker als das Bruttoinlandsprodukt, aus dem es bedient wird. (siehe Abbildung 6 und Tabelle 2)

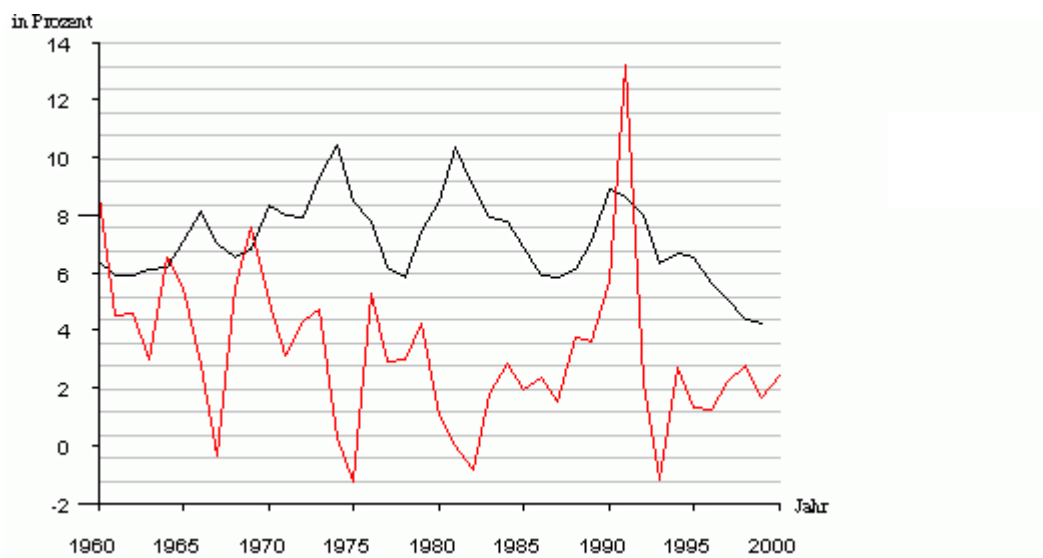


Abbildung 6: Langfristige Zinssätze (schwarz) und Wirtschaftswachstum (rot) in Deutschland von 1960 bis 2000¹⁴

¹⁴ [Eur]

Tabelle 2: Wirtschaftswachstumsraten und Geldmarktzinssätze in Deutschland¹⁵

Jahr	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Geldmarktzinssatz bei 1-jährigen Anleihen in % p.a.	3,41	3,20	2,44	3,45	3,49	2,80
Wirtschaftswachstum in Deutschland in % p.a.	1,4	2,0	2,0	2,9	0,6	0,2

Eine Erhöhung der Wachstumsraten, wie es in der Politik aber auch von vielen Wirtschaftlern gefordert wird, könnte zwar die drohenden Wirtschaftskrisen abwenden, beendet aber nicht die gesellschaftliche Umverteilung von Arm zu Reich. Der durch höhere Wachstumsraten erzielte zusätzliche Reichtum kommt überproportional denen zugute, die bereits Kapitaleinkommen erzielen – also mehr sparen konnten, als sie zum Leben brauchen. Höhere Wachstumsraten dienen somit in erster Linie nicht der breiten Bevölkerung, sondern einer kleinen vermögenden Gruppe, da das Wirtschaftswachstum dazu genutzt wird, deren steigende Ansprüche zu befriedigen. Dass in Deutschland diese kleine, besonders vermögende Gruppe existiert, wurde in Kapitel 2.2.1.2 gezeigt.

2.2.9 Das Geldsystem als Ursache von Spekulationsgeschäften

Bereits zur Weltwirtschaftskrise 1929-1933 kam es zu einer aus heutiger Sicht rational nicht begründbarer Euphorie an den Aktienbörsen. Immer mehr Geld floss aus der Real- in die Spekulationswirtschaft und heizte die Spekulation an. Das Szenario seit Mitte der 1990er Jahre ähnelt den Vorgängen zur Weltwirtschaftskrise sehr.

Die bislang genannten Auswirkungen unseres Geldsystems müssen deshalb erweitert werden. Geht man von der Annahme aus, dass sich Geld vom Markt zurückzieht, sobald

¹⁵ [Bun00], [Bun03a], [Sta03c]

es unterhalb des Urzinseszinses verzinst wird und der Markt versucht, diesem Absinken gegenzusteuern, so ist die Spekulation eine Gegensteuermaßnahme des Marktes. Durch die spekulative Steigerung der Kurse rechnen sich die Börsenteilnehmer reicher, obwohl dies durch Realdaten nicht erklärbar ist. Durch die Wertsteigerungen der an Börsen in Aktien angelegten Vermögen lassen sich gesamtwirtschaftlich höhere Gesamterrenditen erzielen. Sobald in der Realwirtschaft keine Renditen, die höher als der Zinsfuß liegen, mehr erzielbar sind, sorgt die Spekulation für virtuelle Wertsteigerungen, die das Absinken des Marktzinseszinses verzögern (vgl. [Cre99, S. 51]).

Optionsscheine, wie sie vor allem in den letzten Jahren verstärkt gehandelt werden, stellen eine Spekulation auf die Aktienspekulation dar. Man kann die vermehrte Spekulation mit Optionsscheinen deshalb als Reaktion darauf sehen, dass die Wertsteigerungen am Aktienmarkt nicht mehr ausreichen, ein Absinken des Marktzinseszinses zu verhindern.

2.2.10 Ökologische Folgen

Die ökologisch orientierte Bewegung, die inzwischen weltweit aktiv ist, fordert eine nachhaltige Wirtschaftspolitik. Unter Nachhaltigkeit wird dabei die langfristige Orientierung der wirtschaftlichen Vorgänge, unter Einbeziehung von Natur und Umwelt und ohne künftige Generationen zu benachteiligen, verstanden. Dabei wird auch darauf gedrungen, weiteres unbedingtes Wirtschaftswachstum vor allem in den Industrienationen zu verhindern.

Geht man aber davon aus, dass Wirtschaftswachstum keine freiwillig von der Wirtschaft, Politikern und Konsumenten gewählte Zielstellung ist, sondern die zwangsläufige Folge des existierenden Geldsystems, so kann die ökologische Bewegung ihre Zielstellung nie erreichen, ohne die Fehler im Geldsystem zu beheben. Creutz zitiert dazu Hans-Christoph Binswanger mit den Worten „Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine wirkliche ökologische Wende möglich.“ [Cre01a, S. 434] Demnach muss jede ökologisch orientierte Arbeit nur als das Bekämpfen von Symptomen angesehen werden, welche durch den Druck des Geldsystems langfristig zunichte gemacht wird.

Investitionen in Natur und Umwelt sind nicht rentabel, da sich diese nur selten mit den auf dem Geldmarkt erzielbaren Zinsen messen lassen können. Entsprechend entfallen solche Investitionen allein aufgrund des Renditezwangs (vgl. [Ken94, S. 98f.]). Der Renditezwang sorgt auch dafür, dass Betriebe sich in erster Linie an der Bedienung der Kapitalkosten orientieren müssen und erst danach sekundäre Ziele, wie zum Beispiel umweltpolitische oder soziale, in Betracht ziehen können.

Eine permanente Umverteilung von Arm zu Reich verhindert politische Diskussionen über Umweltthemen auch deshalb, weil das kurzfristige Wohl der Menschen über dem langfristigen der Natur steht. Die politischen Entscheidungsträger sind somit mit der Suche nach Möglichkeiten zur Rück-Umverteilung von Reich zu Arm sowie der Linderung der Wirtschaftskrisen ausgelastet und stellen die scheinbar weniger wichtigen Themen, wie umweltpolitische, hinten an (vgl. [Pro98, S. 25]).

2.2.11 Zusammenfassung

Geld kann ohne bedeutende Lagerkosten dem Geld-Güter-Kreislauf entzogen und gehortet werden. Dies verhindert einen stetigen Austausch der produzierten Güter und Dienstleistungen. Es führt zu Deflation und damit Wirtschaftskrisen.

Der Zins ist Resultat des heutigen Geldwesens, da er gezahlt wird, um gehortetes Geld wieder dem Kreislauf zuzuführen. Er führt zu einem exponentiellen Wachstum von Geldvermögen und Schulden. Der durch die straflose Hortbarkeit von Geld existierende Urzins verhindert ein krisenloses Absinken des Zinsniveaus auch dann, wenn das Geldkapitalangebot die Nachfrage übersteigt. Die Zinsströme von Schuldnern zu Gläubigern werden kontinuierlich größer. Sie müssen aus den in einer Volkswirtschaft produzierten Werten bedient werden. Die Volkswirtschaften unterliegen deshalb einem Wachstumszwang, um die steigenden Zins-Ansprüche des Kapitals bedienen zu können.

Die Zinskosten werden von den Schuldnern auf die Preise der zu verkaufenden Güter und Dienstleistungen umgelegt. Auf diesem Wege zahlen die Käufer der Waren Zinsen, obwohl sie keine Schulden haben müssen. Man kann von einer versteckten Umverteilung von Arm zu Reich sprechen.

Verstärkte Finanzspekulationen, vor allem an den Aktienmärkten, können als Versuch gewertet werden, das Absinken der gesamtwirtschaftlichen Renditen unter den Zinsfuß zu verhindern.

Ist eine Volkswirtschaft z.B. aufgrund des hohen erreichten Produktions- und Wohlstandsniveaus nicht mehr in der Lage, Wachstumsraten zu erreichen, die mindestens den durch den Urzins vorgegebenen Wachstumsraten des Kapitals entsprechen, so kommt es zu einem Absinken der Arbeitseinkommen zugunsten der Kapitaleinkommen. Dies provoziert soziale Unruhen. Die Krise kann nur gelöst werden, indem entweder die Wachstumsraten der Volkswirtschaft angehoben oder Vermögenswerte vernichtet werden („Reinigungskrise“). Im schlimmsten Fall kann dies durch die Zerstörung von Sachkapital, also Krieg geschehen (vgl. [Cre01b]).

Eine nachhaltige, Natur und Umwelt einbeziehende Wirtschaftspolitik ist unter dem Druck exponentiell wachsender Geldvermögen und Schulden sowie Wirtschaftswachstums- und Renditezwang kurz- bis mittelfristig nur sehr schwer möglich, langfristig jedoch unmöglich.

Abbildung 7 stellt diese Zusammenhänge grafisch dar.

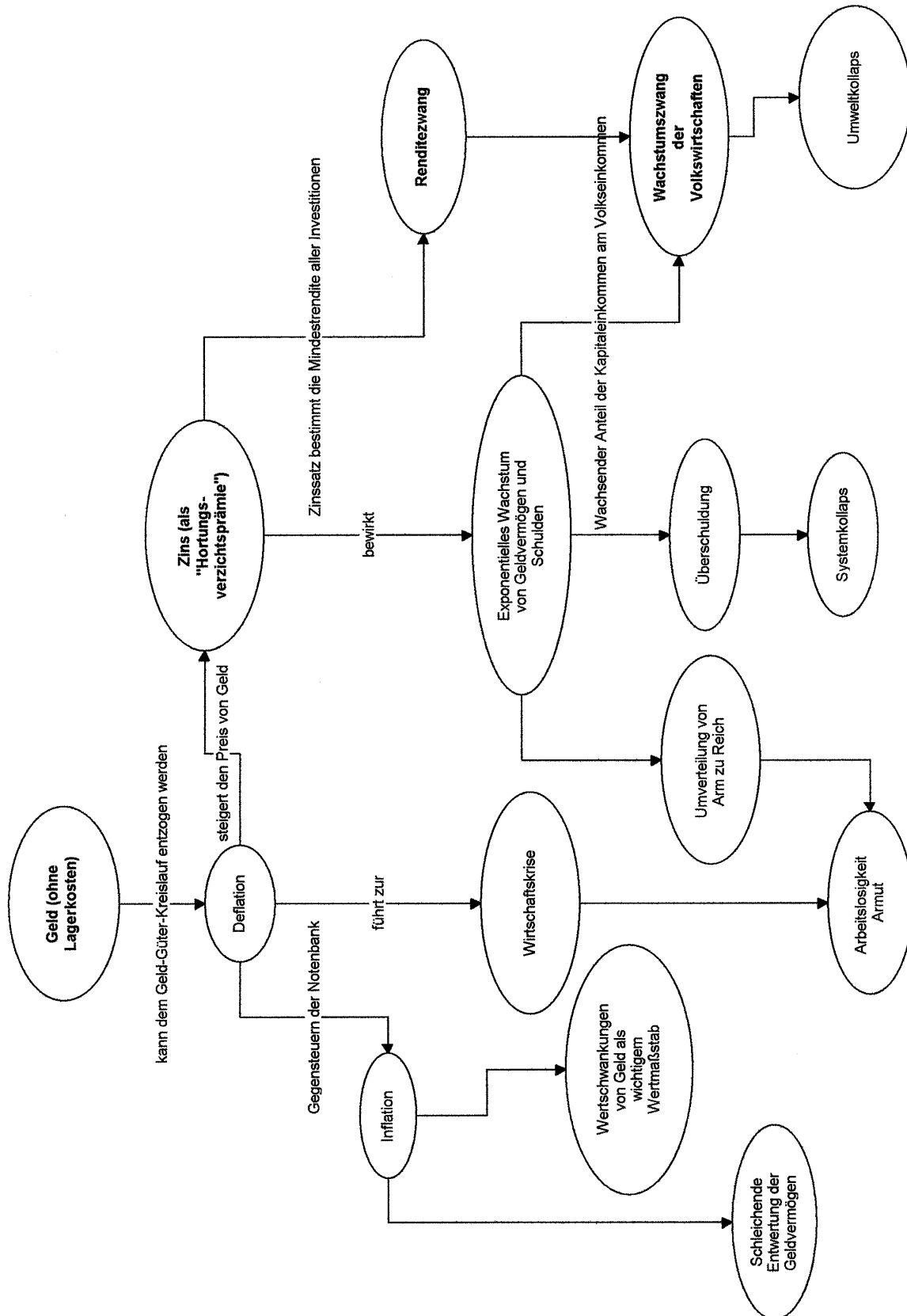


Abbildung 7: Übersicht über die Zusammenhänge der Auswirkungen des heutigen Geldsystems

2.3 Lösungsvorschlag der Freiwirtschaftstheorie

Der Lösungsvorschlag der Freiwirtschaftstheorie besteht darin, das Geldsystem so zu ändern, dass der Zins des Geldes bei 0% liegt und ein Horten des Geldes nicht straflos möglich ist. Dazu wird folgend das Konzept des „Freigeld“ vorgestellt.

Flankierend zu der Einführung dieses Geldes ist eine Bodenreform nötig. „Freiland“ soll das Ergebnis der Verstaatlichung des Bodens sein.

2.3.1 Freigeld

Für die Vertreter der Freiwirtschaftstheorie liegt der Grund für die Kette an Krisen und deren Symptomen an der Überlegenheit des Geldes den Waren gegenüber.

Eine Lösung des Problems wäre somit, Geld den Waren gleichzustellen. Während Waren altern, an Wert verlieren und damit einem Angebotszwang unterliegen (vgl. „Robinsonade“ im Anhang bzw. [Ges49, S. 309ff.]), kann Geld nahezu beliebig gehortet werden. Demnach soll auch Geld entsprechend dem Durchschnitt der Waren altern, also an Wert verlieren (vgl. [Suh83, S.26]).

Geld, welches an Wert verliert, wenn man es hortet, würde wie die Güter, die man damit kauft, einem Angebotszwang unterliegen. Es wäre also nicht möglich, Geld längere Zeit dem Geld-Güter-Kreislauf zu entziehen, ohne Verluste zu realisieren. Ein Wertverlust von Geld würde also als Umlaufsicherung wirken und gehortetes Geld zurück in den Geld-Güter-Kreislauf zwingen.

Es wird erwartet, dass dies zu einer wesentlich *stetigeren* (gleichmäßigeren) Umlaufgeschwindigkeit des Geldes führt, als dies bisher der Fall ist (vgl. [Sen02, S. 192], [Pro98, S. 34]). *Stetig umlaufendes Geld* bedeutet für die Marktteilnehmer eine höhere Erwartungs- und Planungssicherheit für die Zukunft. Eine stetige Umlaufgeschwindigkeit bei gleichbleibender Geldmenge bedeutet zudem ein stabiles Preisniveau. Die Vertreter der Freiwirtschaftstheorie sehen Deflation und Inflation somit als Symptome des heutigen, fehlerbehafteten Geldsystems an, welche mit einem anderen Geldsystem vermeidbar wären.

Auch bei Geld, welches an Wert verliert, gäbe es eine Nachfrage nach Krediten für Investitionen auf der einen Seite und einem Bedarf nach Spartätigkeit für die Zukunft auf der anderen Seite. Muss ein Geldbesitzer beim Horten seines Geldes damit rechnen, dass es an Wert verliert, so wäre er bereit, sein Geld *werterhaltend* zu verleihen. Da die Alternative für den Geldbesitzer immer die verlustreiche Hortung des Geldes bedeutet, wird erwartet, dass er sein Geld auch noch zu einem Zinssatz von 0% verleiht. Er würde in diesem Fall nach Ablauf des Kreditvertrages genau die Summe zurückerhalten, die er verliehen hat.

Bei einem Zinssatz um 0% gäbe es keine auf die Existenz des Zinses zurückzuführende exponentielle Entwicklung der Geldvermögen und Schulden. Die durch den Zins vorgegebene Mindestrendite aller Investitionen (Renditezwang) würde nicht mehr künstlich hochgehalten werden. Dies betrifft sowohl Investitionen, die mit Fremdkapital als auch solche die mit Eigenkapital getätigt werden. Die Zinsanteile in den Preisen gingen zurück, was eine höhere Kaufkraft der breiten Bevölkerung bedeutet (vgl. [Pro98, S. 39]). Eine wesentlich niedrigere, am Zins gemessene, Mindestrendite begünstigt Investitionen, gleichzeitig ist der durch den Zins bedingte Zwang zum Wirtschaftswachstum hinfällig.

Ein Wertverlust von Geld, jedoch nicht von Vermögen, käme einer Verlagerung der Zahlung der Liquiditätsprämie weg von den Schuldner, hin zu den Geldhaltern gleich.

Durch Zinsen werden die Kreditnehmer belastet. Diese nehmen in einer gesunden Wirtschaft deshalb Kredit, um Investitionen zu tätigen. Investitionen sind wirtschaftlich und gesellschaftlich wünschenswert. Zinszahlungen stellen somit eine Belastung der Investitionstätigkeit dar und wirken deshalb investitionshemmend.

Marktteilnehmer, die den Geld-Güter-Kreislauf durch den Entzug von Liquidität unterbrechen, werden durch den Zins für die Aufgabe dieser Blockade belohnt. Nach dem Verursacherprinzip ist dies ungerechtfertigt, werden doch damit gerade die potentiellen Unterbrecher des Geld-Güter-Kreislaufs für ihr gesellschaftlich schädigendes Vorgehen durch Zinszahlungen belohnt.

2.3.1.1 Die Höhe des Wertverlustes

Geld den Waren gleichzustellen bedeutet, den höheren Wert des Geldes zu neutralisieren. Der Vorteil des Geldes ist nach Keynes die Liquidität, der höhere Wert des Geldes ist entsprechend gleichzusetzen mit der Liquiditätsprämie, die dem Urzins, also etwa 3% pro Jahr, entspricht.

Um diesen Liquiditätsvorteil des Geldes auszugleichen müsste der Wertverlust des Geldes entsprechend mindestens in dieser Höhe angesetzt werden. In der freiwirtschaftlichen Literatur sind jedoch verschiedene Werte zu finden: Probst spricht von 3% bis 6% [Pro98, S. 34], Gesell empfahl 5,2% [Ges49, S. 239], Creutz 6% bis 12% [Cre01a, S. 559]. Die optimale Höhe des Wertverlustes, um einen möglichst stetigen Geldumlauf zu erreichen, müsste experimentell festgestellt werden.

2.3.1.2 Realisierung der Umlaufsicherung

Für die Realisierung der Umlaufsicherung gibt es unterschiedliche Vorschläge. Sie konzentrieren sich alle auf Bargeld, mit der Begründung, dass nur Bargeld gesetzliches Zahlungsmittel ist, alle anderen Geldformen ihrerseits nur Anspruch auf Bargeld sind. Eine Eigenschaft, die Bargeld hat, würde sich somit auf die anderen Geldformen vererben, da die Banken ein Interesse daran haben, die auf sie zukommenden Kosten der Umlaufsicherung für die Bargeldhaltung auf die Verursacher, also die Kunden, umzulegen (vgl. [Ges49, S. 369f.]). Hierbei wird deutlich, dass kurzfristige Geldanlagen stärker von der Umlaufsicherung betroffen sind als langfristige Geldanlagen, da die Banken für kurzfristige Geldanlagen mehr Bargeld vorrätig halten müssen als für langfristige. Je langfristiger eine Geldanlage, desto geringer der auf sie entfallende Verlust durch die Umlaufsicherung. In einer Volkswirtschaft, in der Geldnachfrage und Geldangebot einander entsprechen, sollte der langfristige Zinssatz um 0% liegen. Abbildung 8 stellt die Zinssätze heutiger Geldanlageformen denen gegenüber, die bei der Erhebung einer Umlaufsicherungsgebühr auf Geld erwartet werden.

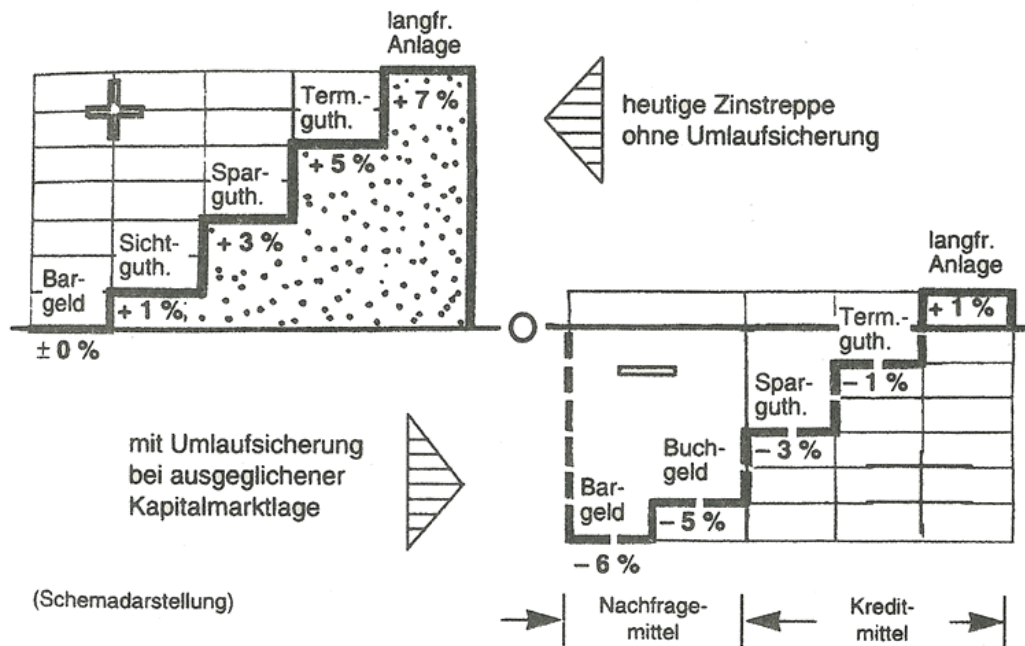


Abbildung 8: Existierende bzw. erwartete „Zinstreppe“ mit und ohne Umlaufsicherung¹⁶

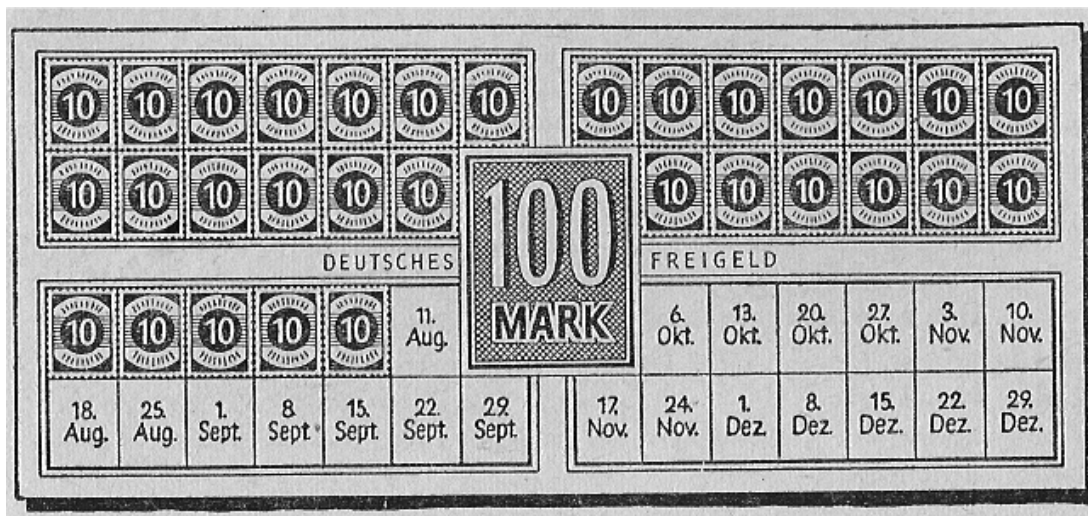
Ist die Nachfrage nach Geld höher, so steigt auch der langfristige Zinssatz. Ist die Nachfrage nach Geld geringer, so kann es dazu führen, dass auch langfristige Geldanlagen an Wert verlieren. Das volkswirtschaftliche Signal an den Sparer ist dann: Arbeit lohnt weniger, weil die durch zusätzliche Arbeit erbrachten Werte von niemandem gekauft werden wollen (vgl. [Pro98, S.39]). Eine Substitution von Arbeitszeit durch Freizeit wäre die Folge, die jedoch durch vertragliche (Tarifverträge) und politische Rahmenbedingungen ermöglicht werden müsste.

Eine Möglichkeit zur Realisierung einer Umlaufsicherung wäre, bestimmte Serien von Banknoten zu einem bestimmten Zeitpunkt für ungültig zu erklären und kostenpflichtig umzutauschen. Dies könnte z.B. bestimmte Serien (alle 100-Euro-Scheine) betreffen oder bestimmte Seriennummern (z.B. alle Banknoten mit einer 5 als letzter Ziffer der Seriennummer). Probst bezeichnet dieses Konzept als „Seriengeld“ (vgl. [Pro98, S. 35]).

Dieses Verfahren unterläge aber Manipulationsgefahren, da Geldbesitzer Druck ausüben könnten, bestimmte Banknoten zu bestimmten Zeitpunkten von einer Entwertung

¹⁶ [Cre01a, S.557]

Der Vorschlag von Silvio Gesell ist, dass Banknoten zu bestimmten Zeitpunkten, zum Beispiel wöchentlich, an Wert verlieren. Dieser Wertverlust ist eine Vereinbarung zwischen den Geldnutzern, genau wie es heute eine Vereinbarung zwischen ihnen ist, Geld in Form von bedrucktem Papier als Zahlungsmittel anzuerkennen. Um den Wertverlust auszugleichen, muss eine Marke gekauft und auf die Banknote geklebt werden (siehe Abbildung 9). Dies kommt einer **Umlaufsicherungsgebühr auf Geld** gleich („carry tax“, vgl. [KoD03]). Die aufgeklebte Marke signalisiert, dass der Geldschein seinen vollen Nennwert besitzt. Der Kaufpreis der Marke korreliert mit dem Nennwert des Geldscheines. Bei einer Umlaufsicherungsgebühr von 3% im Jahr kosten alle Marken eines Jahres zusammen 3% des Nennwerts der Banknote. Lietaer nennt dieses Geld „Liegegeld“ (vgl. [Lie02, S. 263]).



Die Vorteile dieses Vorgehens zu anderen Arten des Wertverlustes sind eine rein wertmäßige Umlage der Geldkosten auf die Geldhalter sowie fehlende Möglichkeiten

¹⁷ [Ges49, S.241]

für Manipulationsversuche. Die Transparenz, mit welchen Kosten Geldbesitzer zu rechnen haben, ist zudem vorteilhaft für das Ziel eines stetigen Geldumlaufs.

Markenverkäufer könnte jede Bank oder sogar jedes Einzelhandelsgeschäft sein. Marken könnten zudem gleichzeitig als Kleingeld fungieren (siehe Abbildung 10), wie Silvio Gesell dies vorschlug [Ges49, S. 239]. Um ein Horten in Marken zu verhindern, könnten diese nur einen bestimmten Zeitraum (z.B. 1 Jahr) gültig sein, was durch Aufdrucke oder Farbgebung kenntlich gemacht werden könnte.

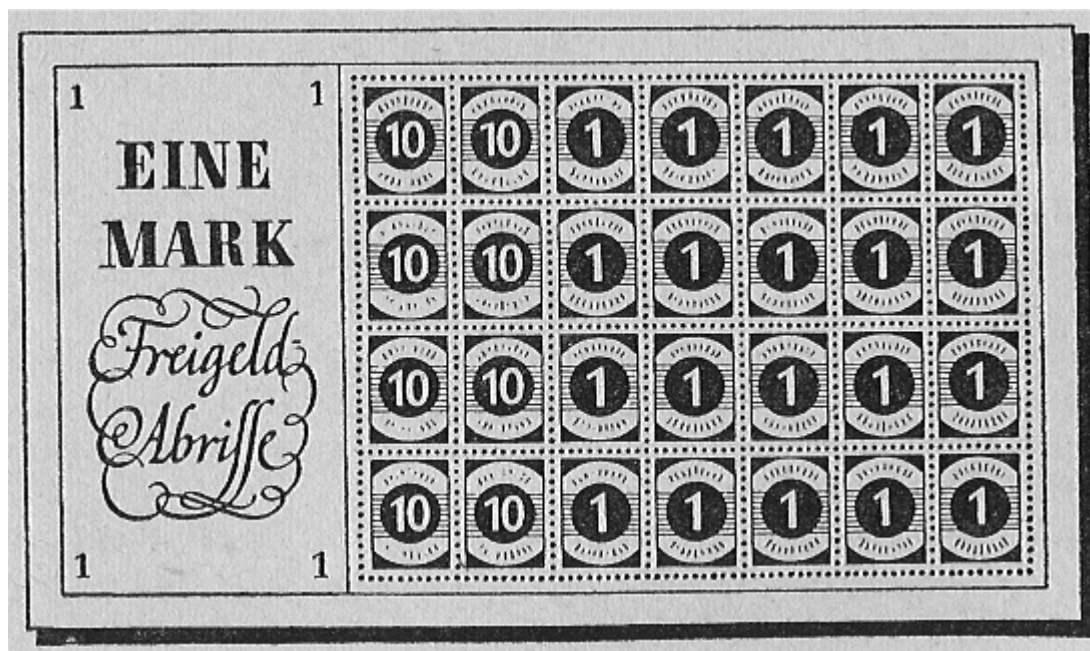


Abbildung 10: „Kleingeldzettel“ mit abreißbaren Marken in Wert von 1 und 10 Pfennig nach Silvio Gesell¹⁸

2.3.1.3 Mögliche Verantwortlichkeiten

In der Freiwirtschaftsbewegung gibt es zwei grundlegende Tendenzen, was die Verantwortlichkeit der Erhebung des „Wertverlustes“ betrifft. Dabei steht das Geldmonopol, welches aktuell durch die Notenbanken gehalten wird, in Frage. Vorstellbar ist eine generelle Aufhebung des Geldmonopols, so dass private

¹⁸ [Ges49, S. 241]

Geldemittenten eigene Währungen in eigener Verantwortlichkeit ausgeben. Der „Wertverlust des Geldes“ würde somit als Einnahme dieser privaten Emittenten anfallen. Ein Beispiel ist der Ansatz des „Gogo“ nach Hans Eisenkolb (siehe Kapitel 3.1.2.3).

Die andere Möglichkeit ist die Errichtung eines Währungsamtes (vgl. [Ges49, S. 243ff.]), welches in öffentlicher Hand betrieben wird und die Höhe der Umlaufsicherungsgebühr festlegt und die Gebühren erhebt. Der Vorteil dieser Vorgehensweise wäre die Verhinderung der Gefahr einer generellen Zersplitterung des Geldwesens. Die erhobenen Gebühren würden zudem dem Gemeinwesen und nicht Privatinstituten zugute kommen. Die Gebühr könnte als Steuer auf Geld betrachtet werden, deren Erhebung durch ein Absenken anderer Steuern kompensiert werden könnte.

Eine Mischform könnte eine Realisierung ähnlich der des Chiemgauer Regional e.V. darstellen. Dort tritt ein gemeinnütziger Verein als Geldemittent auf, dem die erhobenen Gebühren zugute kommen. Die Regionalität des Vereins, die regionale Wirtschaftskreisläufe durch eine regionale Währung fördert, wird mit der Gemeinnützigkeit verknüpft. [GeM03, S. 12f.]

2.3.1.4 Wie stichhaltig sind die Einwände von Keynes?

Keynes, der sich mit der Natürlichen Wirtschaftsordnung von Silvio Gesell befasst hat, meint „Der hinter dem gestempelten Geld liegende Gedanke ist gesund“. Er hält die Idee des „gestempelten Geldes“ praktisch jedoch nicht für durchsetzbar. Er kritisiert, dass Gesell die Liquiditätsprämie des Geldes in den Mittelpunkt rückt, obwohl eine Reihe von Ersatzmitteln wie „Bankgeld, täglich abrufbare Darlehn, ausländisches Geld, Juwelen und die Edelmetalle“ ebenfalls eine Liquiditätsprämie tragen, die aber unterhalb der des Geldes liegt. Diese Ersatzmittel würden somit in die Fußstapfen des Geldes treten (vgl. [Key94, S. 302]).

Inwieweit sind diese Einwände berechtigt? Juwelen und Edelmetalle können kein Äquivalent für Geld sein. Sie sind als Recheneinheit wesentlich schwerer handhabbar als Geld. Sie mögen somit ein praktikables Wertaufbewahrungsmittel für den Hortenden

sein, aber ein Horten dieser Waren unterbricht die Geld-Güter-Kreisläufe nicht, die für ein Funktionieren einer Wirtschaft nötig sind. Denn wenn ein Wirtschaftsteilnehmer zur Wertaufbewahrung Juwelen oder Edelmetalle kauft, so ist das Geld, welches er für den Kauf verwendet, danach im Besitz des Verkäufers der Waren. Dieser hat dann die mit dem Aufbewahren dieses Geldes verbundenen Kosten zu tragen und kann es deshalb nicht zum Horten nutzen (vgl. [Cre01a, S. 574f.]).

Bankgeld (Giralgeld) kommt als Bargeldersatz wie in Kapitel 2.3.1.2 gezeigt deshalb nicht in Frage, weil die Banken für kurzfristige Geldanlagen Bargeld vorrätig halten müssen. Es wird erwartet, dass die dadurch entstehenden Kosten auf die Verursacher, also die Besitzer der Girokonten, umgelegt werden. Dies trifft auch für täglich abrufbare Darlehen zu. Zwar wäre ein solches Darlehen liquide für den Kreditnehmer, jedoch müsste auch hier die Bank aufgrund der täglichen Abrufbarkeit Bargeld vorrätig halten. Die Kosten wären somit mindestens so hoch wie die des Haltens von Giralgeld.

„Ausländisches Geld“ ist aus Sicht einer Volkswirtschaft eine Ware wie jede andere. Beim Kauf von Fremdwährungen muss sich immer ein Verkäufer dieser finden lassen, der jedoch nach dem Verkauf seiner eigenen Währung „Freigeld“ besitzt. Er wird dem Verkauf also nur zustimmen, wenn er mit diesem Freigeld etwas anzufangen weiß, da er sonst die Kosten der Hortung zu tragen hat. Entsprechend wird dieses Geld wieder in den Geld-Güter-Kreislauf der ausgebenden Volkswirtschaft zurückfließen und dort nachfragewirksam werden (vgl. [Cre01a, S. 578f.]).

Dieses Beispiel zeigt zugleich, dass eine einzelne Volkswirtschaft (oder auch eine einzelne Region) mit der Ausgabe eines Geldes mit Umlaufsicherungsgebühr beginnen kann, da der reale Abfluss von Geld aus der Volkswirtschaft nicht möglich ist – es fließt aufgrund der Kosten für den Geldhalter immer wieder in den Kreislauf zurück. Es ist also nicht nötig, wie dies z.B. bei der Tobin-Steuer auf Spekulationsgeschäfte diskutiert wird, dass mehrere Volkswirtschaften zusammen eine Entscheidung für oder gegen das neue Steuerungsmittel treffen müssen.

2.3.1.5 Unterschied zwischen Umlaufsicherungsgebühr und Inflation

Inflation einer Währung bedeutet eine Änderung des Preisniveaus, also eine allgemeine Erhöhung der Produktpreise. Sie bewirkt, dass für die gleiche Menge Geld zu einem anderen Zeitpunkt eine geringere Menge an Gütern kaufbar ist. Die Höhe der Inflation wird ermittelt, indem der Preis eines aus repräsentativen Gütern und Dienstleistungen zusammengestellter Warenkorb über die Zeit verglichen wird.

Eine Inflation wirkt auch als Umlaufsicherung des Geldes, da sie Geldvermögen bezogen auf die dafür kaufbaren Güter entwertet. Eine moderate Inflation wirkt sich somit positiv auf die Wirtschaft aus. Jedoch beeinträchtigt Inflation die Funktion von Geld als Wertmaßstab (siehe Kapitel 2.1.1.1). Sie geht mit der Erosion aller Preisvereinbarungen einher und führt zu einer Umverteilung des Vermögens von der finanziell eher unwissenden Mehrheit zu einer Minderheit, die sich gut auskennt. Nach Lietaer führt eine Umlaufsicherungsgebühr auf Geld zu den positiven Auswirkungen der Inflation, vermeidet aber die negativen (vgl. [Lie02, S. 382]).

Creutz nennt folgende Unterschiede zwischen Inflation und Geldhaltekosten:

- Geldhaltekosten beziehen sich nur auf Bargeld und Giralgeld, Inflation wirkt sich auch auf die gesparten Geldvermögen aus
- Geldhaltekosten treiben überschüssiges Geld in die Banken und vergrößern das Kreditangebot, Inflation treibt überschüssiges Geld in den Konsum und heizen das Wirtschaftswachstum an
- Geldhaltekosten stabilisieren das Preisniveau, Inflation bewirkt Preisveränderungen
- Geldhaltekosten senken die Zinsen, Inflation erhöhen diese (Inflationsausgleich)
- Geldhaltekosten fließen von den Geldhaltern zum Geldausgeber (wenn dies der Staat ist also zugunsten der Allgemeinheit), Inflations- und Zinskosten fließen von der Allgemeinheit zu privaten Minderheiten
- Geldhaltekosten können mit fester Größe eingeplant und erhoben werden, Inflation lässt sich nur bedingt konkret berechnen und noch weniger planen.

(vgl. [Cre01a, S. 282ff.])

2.3.1.6 Realisierung der Kaufkraftstabilität durch eine Indexwährung

Kaufkraftstabilität erreicht eine Währung dann, wenn die Preise eines repräsentativen Warenkorbs sich über die Zeit nicht signifikant ändern. Wird eine Einheit einer Währung durch einen festen Teil dieses Warenkorbs definiert (Indexwährung), so ist das Preisniveau definitionsgemäß stabil, da für eine Einheit der Währung eben ein Teil des Warenkorbs kaufbar ist.

Die Zentralbanken haben heute das Problem, die Geldmenge auf den Bedarf der Volkswirtschaften anzupassen. Durch die straflose Hortbarkeit von Geld unterliegt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes Schwankungen, die durch die Zentralbanken nicht beeinflussbar ist (vgl. [Cre01a, S. 211ff.]). Die Vertreter der Freiwirtschaftstheorie erwarten bei einer umlaufgesicherten Währung eine konstante Umlaufgeschwindigkeit V . Würde durch eine Indexwährung das Preisniveau Q ebenfalls konstant sein, so müsste nach der Quantitätsgleichung $M \cdot V = Q \cdot X$ (siehe Kapitel 2.1.3) die Geldmenge M an die Menge der Güterausweise X angepasst werden. Eine höhere Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft müsste somit zu einer Erhöhung der Geldmenge führen, eine geringere Wirtschaftsleistung zu einer Verringerung der Geldmenge (vgl. [Kou, Kapitel 6], [Lie02, S. 382f.], [Rey31, Kapitel 6], [Ges49, S. 244f.]).

2.3.1.7 Junge und reife Volkswirtschaften und die Höhe der Umlaufsicherungsgebühr

Man kann das heutige Geld als ein mit einer Umlaufsicherungsgebühr von 0% belastetes Geld ansehen. Der daraus resultierende hohe Zins begünstigt die Kapitalkonzentration, welche für Großprojekte sinnvoll ist. In jungen Volkswirtschaften, die mit hohen Wachstumsraten den Wohlstand der Marktteilnehmer mehren, kann dies sogar wünschenswert sein, so lange die Möglichkeit des Entzugs von Geld aus dem Geldkreislauf nicht in dem Maße geschieht, dass es zu Wirtschaftskrisen kommt. So lange die durchschnittlichen Renditen oberhalb der für Kredite zu zahlenden Zinsen liegen, entstehen in diesen Volkswirtschaften aufgrund des Geldsystems keine

sichtbaren Probleme. Die Umverteilung von Arm zu Reich und das zwangsläufige exponentielle Wachstum von Geldvermögen und Schulden müssen jedoch langfristig zu Problemen führen, wie sie in Kapitel 2.2 dargestellt wurden.

Die westlichen Volkswirtschaften kann man als reife Volkswirtschaften auffassen, deren Wachstumsmöglichkeiten und Wachstumsansprüche aufgrund des bereits erreichten hohen Niveaus wesentlich geringer ausfallen, als bei jungen Volkswirtschaften. Diesen Gegebenheiten muss sich das Geldsystem, auf welchem die Volkswirtschaften aufbauen, anpassen. Eine Erhöhung der Umlaufsicherungsgebühr von den heutigen 0% auf die Höhe der Liquiditätsprämie des Geldes könnte somit ein neues Lenkungsmittel der Geldpolitik darstellen (vgl. [KoD03]).

2.3.2 Freiland

Der Idee des Freiland liegt zum einen der moralische Standpunkt zugrunde, die Erde könne nicht das Eigentum Einzelner sein, sondern müsse allen Menschen gehören, die darauf leben. Zum anderen ergibt sich die Notwendigkeit einer Bodenreform, um den Missbrauch von Land als Spekulationsmittel zu verhindern. Da Freigeld sich zu Spekulationen schlecht eignet, weil man mit ihm nicht verlustfrei auf den richtigen Moment zum Kauf warten kann, erwarten die Vertreter der Freiwirtschaftstheorie, dass sich die Spekulanten andere Spekulationsobjekte suchen. Boden eignet sich besonders, da er von jedem Menschen gebraucht wird: Für den Anbau von Nahrung ebenso wie für einen Platz zum Leben. Entsprechend können durch die Inbesitznahme von Land besondere Knappheitsprämien erzielt werden, die in Form von Mieten oder Preisaufschläge auf die durch den Einsatz von Land produzierten Güter erhoben werden (vgl. [Cre01a, S. 575f.]).

Gesell schlug vor, der Staat (bzw. die Gemeinden) sollen ein Vorkaufsrecht für Land erhalten und dieses erwerben. Die Vergabe des Landes soll dann durch eine öffentliche Pachtversteigerung an den Meistbietenden erfolgen. Durch die laufenden Pachtkosten, deren Einnahmen dem Staat zufließen, sei sichergestellt, dass jeder nur das Land erwirbt, was er auch benötigt und kein Land um der Spekulation willen zwar kauft aber nicht bewirtschaftet. Die Einnahmen aus diesen Pachtverträgen sollen zum einen zur

Tilgung der Rückkaufsummen genutzt als auch an die Mütter verteilt werden, um deren Unabhängigkeit vom Vater zu gewährleisten und um sie auf diesem Wege für ihre Arbeit der Kindererziehung zu entschädigen. Vergleichbar ist der Pachtzins mit der heute erhobenen Grundsteuer, die Vergabe der Mittel an die Mütter ähnelt dem heutigen Kindergeld. Heute ist das Privateigentum an Boden erlaubt. Nach Gesells Vision des Freilandes ist es jedem erlaubt, Land zu pachten, auch wenn er aus anderen Nationen stammt (vgl. [Ges49, S. 92ff.]).

Die Finanzierung des Rückkaufs des Landes durch den Staat ist in einem zinsfreien Wirtschaftssystem auf der Basis des Freigeld sehr viel einfacher möglich, als bei einer Finanzierung nach heute geltenden Zinssätzen. Die Bezahlung der Rückkaufsumme wäre selbst auf Kredit aufgrund der günstigeren Zinssätze viel kostengünstiger als derzeit.

Es geht bei dem Gedanken des Freilandes nicht darum, eine Zwangsenteignung des Bodens vorzunehmen, eine solche Reform müsste natürlich unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit erfolgen. Creutz schlägt vor, die heute bereits in vielen Ländern vorhandene Besteuerung des Bodens anzupassen. In Deutschland werden derzeit die Gebäude ebenfalls besteuert. Mit einer Konzentration der Steuer auf den Boden würden die spekulativen Bodenhortungen und damit verbundenen Baulücken reduziert und damit Druck auf die Bodenpreise ausgeübt. Dadurch würde der Rückkauf des Bodens durch die Gemeinden erleichtert (vgl. [Cre01a, S. 576f.]).

Als Beispiel führt Creutz an, dass wenn die Stadt Zürich im 19. Jahrhundert das Gebiet der früheren Wallanlagen nicht verkauft, sondern verpachtet hätte, die gesamten heutigen öffentlichen Kosten der Stadt aus den Pachteinnahmen finanzierbar wären (vgl. [Cre01a, S. 577]).

2.4 Gegenüberstellung von Geldsystemen mit und ohne Umlaufsicherungsgebühr auf Geld

2.4.1 Umlaufgeschwindigkeit des Geldes

Aufgrund der Erhebung einer Gebühr auf Geld liegt auf dem Geldhalter ein psychologischer Druck, der dafür sorgt, sein Geld möglichst verlustfrei zu nutzen. Um der Gebühr zu entgehen kann er Geld entweder ausgeben, das heißt seinen Anspruch auf den entsprechenden Teil des Sozialprodukts einlösen, oder den Anspruch in Form von Kredit weiterreichen. In beiden Fällen würde nicht er mit der Gebühr belastet werden, sondern der neue Geldhalter.

Beide Lösungen sorgen für eine höhere Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, wobei Ziel der Umlaufsicherungsgebühr auf Geld weniger eine möglichst hohe, als vielmehr eine möglichst konstante Umlaufgeschwindigkeit ist. Die im heutigen Geldsystem mögliche Absenkung der Umlaufgeschwindigkeit wird durch die Möglichkeit straflosen Hortens von Geld zumindest begünstigt, beziehungsweise sogar ausgelöst. Ein Absenken der Umlaufgeschwindigkeit führt bei gleicher vorhandener Geldmenge zu einem Absinken des allgemeinen Preisniveaus, also zu Deflation, mit den entsprechenden Folgen.

2.4.2 Kostenverteilung und Investitionsbereitschaft

Volkswirtschaftlich und gesellschaftlich entstehen durch Deflation und schlechte Zahlungsmoral Kosten. Diese Kosten tragen beim heutigen Geldsystem jedoch nicht die Verursacher, also die Verzögerer der Zahlungen, sondern die Marktteilnehmer, die auf die Zahlungen warten. Die Kosten entstehen in Form von entgangenen Zinserträgen bzw. auflaufenden Zinslasten. Die entgangenen Zinserträge und auflaufenden Zinslasten dieser Marktteilnehmer kommen wiederum genau jenen Marktteilnehmern zugute, die dieses Problem durch die verspätete Zahlung erst geschaffen haben, denn sie können die länger gehaltenen Geldbeträge zinsbringend anlegen. In Form einer positiven

Rückkopplung werden hier also gesellschaftlich negativ zu bewertende Vorgänge belohnt.

Eine Gebühr auf Geld würde von all jenen Marktteilnehmern getragen werden müssen, die ihren Anspruch auf einen Teil des Sozialprodukts nicht einlösen oder übertragen. Genau wie der Anteil des Sozialprodukts in Form von Gütern und Dienstleistungen aufgrund der Nicht-Einlösung veraltet oder verfällt, würden sich die Ansprüche des Marktteilnehmers durch die Gebühr verringern. Halter großer Geldmengen würden stärker belastet als Halter kleiner Geldmengen.

Eine Aufnahme von Kredit zum Zwecke der Investition ist gesellschaftlich und volkswirtschaftlich wünschenswert. Wird der Kredit durch Kapitalkosten, also Zinsen, belegt, so verteuert sich zum einen die Investition an sich, zum anderen wird sie dadurch unwahrscheinlicher. Hohe Kreditkosten verhindern somit Investitionen. Die Kapitalkosten in Form von Zinszahlungen „bestrafen“ den Investor, obwohl Investitionen erwünscht sind, und belohnen den Kreditgeber, obwohl dieser erst durch die Nicht-Einlösung seines Anspruchs aufs Sozialprodukt eine Lücke in den Geld-Güter-Kreislauf gerissen hat.

Geht man davon aus, dass durch eine Gebühr auf Geld die Marktteilnehmer bereit wären, ihr Geld zu einem Zinssatz von 0% zu verleihen und der Zinsfuß somit auf 0% sinkt, so verbilligen sich Kredite. Die Kreditaufnahme zum Zwecke von Investitionen wird günstiger und damit wahrscheinlicher.

2.4.3 Gesamtwirtschaftliche Umverteilung durch Umlaufsicherungsgebühr bzw. Zins

Im heutigen Geldsystem wird auf die Höhe aller verliehenen Geldvermögen, also auf alle Schulden, Zins erhoben. Geld, welches ein Investor geliehen hat um damit beispielhaft eine neue Maschine zu kaufen, kann der Maschinenhersteller erneut als Kredit der Volkswirtschaft zur Verfügung stellen. Das „gleiche Geld“, welches also vom Investor geliehen wurde und vom Maschinenhersteller erneut verliehen wurde, wird also mehrfach mit Zinsen belastet: Zum einen muss der Investor für seine Schulden Zinsen zahlen, zum anderen der Schuldner, der den Kredit des Maschinenherstellers

aufnimmt. Diese Zinsen fließen privaten Geldverleihern zu, nämlich den Gläubigern Bank und Maschinenhersteller und müssen von den Schuldnern bzw. - indirekt über die Preise - von deren Kunden erbracht werden.

Bei einer durch Gebühren umlaufgesicherten Währung würden nur die real ausgegebenen Geldnoten belastet bzw. bei Giralgeld die durch die Aufbewahrung der Geldnoten anfallenden Kosten umgelegt. Die Zahlung der Gebühr hat also genau der Marktteilnehmer zu erbringen, der zum Zeitpunkt der Gebührenerhebung im Besitz dieser Banknoten bzw. für die Aufbewahrung verantwortlich ist. Da Banknoten nie gleichzeitig im Besitz mehrerer Marktteilnehmer sein können, ergibt sich eine einmalige Belastung – im Gegensatz zur Zinsbelastung, bei der, wie gezeigt, Mehrfachbelastungen auftreten können. Bei der Erhebung der Gebühren durch ein Währungsamt fließen diese nicht in private Hände sondern eben dieser öffentlichen Einrichtung zu.

3 Freiwirtschaftliche Experimente

3.1 Freiwirtschaftliche Experimente in der Vergangenheit und Gegenwart

3.1.1 Freiwirtschaftliche Experimente in der Vergangenheit

Seit Gesells Veröffentlichung seiner „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ wurden eine Vielzahl von Experimenten durchgeführt, um die Aussagen der Freiwirtschaftstheorie in der Praxis zu überprüfen. Eines der bekanntesten Experimente der Vergangenheit war die Nutzung der umlaufgesicherten „Wära“ von 1929 bis Oktober 1931, die in Schwanenkirchen zu besonderen Erfolgen führte. Ein weiteres Beispiel ist das vom Bürgermeister Unterguggenberger der Stadt Wörgl initiierte Experiment von 1932 bis 1933. Beide Experimente sind nicht gescheitert, sondern wurden durch staatlichen Einfluss gestoppt (vgl. [Sch03b, S 34ff.]). Eine endgültige Aussage über die Richtigkeit der Freiwirtschaftstheorie lässt sich damit nicht treffen, auch wenn die Erfolge der Experimente während ihrer Laufzeit beachtlich sind.

3.1.1.1 Die „Wära“

1929 gründeten Hans Timm und Helmut Rödiger in Erfurt die Wära-Tauschgesellschaft. Deren Ziel war es, durch die Ausgabe von „Tauschbons“ namens „Wära“ Absatzstockungen und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Nach zwei Jahren gehörten dieser Tauschgesellschaft mehr als 1000 Firmen aus vielen Branchen aus allen Teilen des damaligen Deutschen Reiches als Mitglieder an. Zwischen diesen Firmen liefen die Wära-Scheine um, die wie von Gesell vorgesehen mit einer Umlaufsicherungsgebühr von 1% pro Monat belegt waren. 1930 wurde der niederbayrische Ort Schwanenkirchen ein Knotenpunkt der Wära-Tauschgesellschaft, als das dortige Bergwerk mit Hilfe eines Kredits der Tauschgesellschaft wieder in Betrieb genommen wurde. Der Lohn der 45

Bergleute wurde zu 60 bis 75% in Wära ausbezahlt und die lokale Wirtschaft kam wieder in Gang.

Das Experiment musste 1931 abgebrochen werden, da eine Notverordnung die Herstellung, Ausgabe und Benutzung jeglichen Notgeldes, wozu auch die Wära zählte, verbot (vgl. [Onk97, S. 38ff.]).

3.1.1.2 Das Experiment von Wörgl

Animiert durch die Erfolge der Wära und die Schriften Silvio Gesells wurden 1932 im österreichischen Wörgl vom dortigen Bürgermeister Unterguggenberger Arbeitsbestätigungsscheine (Arbeitswertscheine) ausgegeben, die ebenfalls mit einer Umlaufsicherungsgebühr belegt waren (Abbildung 11). Diese Umlaufsicherungsgebühr war als Notabgabe für die Armenpflege gedacht.



Abbildung 11: Arbeitswertschein der Gemeinde Wörgl¹⁹

Unterguggenberger sah dieses Experiment als einzige Möglichkeit, der herrschenden Deflation und Massenarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. „Das Geldwunder von Wörgl“ ist heute Paradebeispiel für die Vertreter der Freiwirtschaftstheorie, denn während in

¹⁹ [Wör]

Österreich die Arbeitslosigkeit um 10% zunahm, nahm sie in Wörgl um 25% ab. Weiterhin wurde mitten in der Weltwirtschaftskrise die Infrastruktur Wörgls ausgebaut. Ökonomen aus aller Welt studierten das Experiment (vgl. [Onk97, S. 42ff.]). Der US-Ökonom Irving Fisher empfahl in Artikeln Gemeinden die Einführung solchen Geldes (vgl. [Sch03b, S. 46]). Edouard Daladier, damaliger Ministerpräsident von Frankreich, holte sich ebenfalls Anregungen. Das Experiment von Wörgl ist durch Zeitdokumente sehr gut dokumentiert²⁰. Es wurde am 15. September 1933 von der österreichischen Notenbank mit Hinweis auf das gesetzlich garantierte Geldmonopol verboten, obwohl es bis dato überaus erfolgreich war.

Im Schnitt waren in der 4200 Einwohner zählenden Gemeinde Arbeitswertscheine im Gegenwert von 5500 Schilling im Umlauf, das sind 1,3 Schilling pro Einwohner (vgl. [Sch03b, S. 44]). 1 damaliger Schilling entspricht dem heutigen Gegenwert von 1,72 Euro. Während des Experiments wurden somit in Wörgl zusätzliche Investitionen im Wert von 460.000 Euro ermöglicht, was einer Sozialprodukterhöhung von 5% entspricht (vgl. [Sch03b, S. 45]).

3.1.2 Freiwirtschaftliche Experimente in der Gegenwart

Derzeit laufen zwei sehr kleine Experimente mit umlaufgesicherten Komplementärwährungen in Deutschland. Der „Bremer Roland“ in Bremen sowie der „Chiemgauer“ im Chiemgau werden aus rechtlichen Gründen aber als Gutscheinsysteme geführt. Das Wort „Geld“ wird nicht genutzt.

Beide Experimente werden in der Verantwortung eigens dafür gegründeter Vereine geführt, da die Ausgabe von „Gutscheinen“ nur in „überschaubaren Personengruppen“ erfolgen darf, um die Konkurrenzsituation zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu entschärfen [GeM03, S. 10]. Die Annahme und Nutzung der umlaufgesicherten Gutscheine darf somit aus juristischen Gründen nur von Vereinsmitgliedern erfolgen. Eingesetzt werden die Alternativwährungen wie das gesetzliche Zahlungsmittel Euro.

²⁰ Siehe auch das Archiv von <http://www.geldreform.de>

3.1.2.1 „Bremer Roland“

Die Realisierung der Umlaufsicherung erfolgt beim „Bremer Roland“ seit Oktober 2001 in Form von fest vorgegebenen Wertverlusten von 1% monatlich, die auf dem Gutschein aufgeführt sind (siehe Abbildung 12). Dies erschwert jedoch die Wertbestimmung des einzelnen Scheines: Ein Schein kann so 5 Roland oder aber auch 4,75 Roland wert sein, je nachdem in welchem Monat er genutzt wird. Dies erschwert die Berechnung und Bezahlung, da jeder Schein einzeln taxiert werden muss. Das könnte einer der Gründe sein, weshalb sich der Kreis der Teilnehmer entgegen den Erwartungen des Trägervereins seit Beginn des Experiments nicht wesentlich erweitert hat (vgl. [Sch03b, S. 61]).



Abbildung 12: Bremer Roland, entnommen Gelleri/Mayer 2003, S. 1

Aktuell hat der „Roland Regional Verein für nachhaltiges Wirtschaften e.V.“ 44 teilnehmende Unternehmen, wovon 5 Mitgliedskarten und Roland-Gutscheine ausgeben [Rol03a].

3.1.2.2 „Chiemgauer“

Der „Chiemgauer“ ist die Regionalwährung des „Chiemgau Regional – Verein für nachhaltiges Wirtschaften“. Kern des Vereins ist das Schülerunternehmen „Chiemgauer“, welches von dem Lehrer der Waldorfschule Chiemgau Christian Gelleri initiiert wurde.

Die Gestaltung des „Chiemgauer“ ist verglichen mit dem „Bremer Roland“ enger an Silvio Gesells Vorschläge angeknüpft. Gesell schlug eine wöchentliche Entwertung von 0,1% vor (also 5,2% pro Jahr), die durch den Kauf und das Aufkleben von Marken realisiert werden sollte. Der „Chiemgauer“ verliert *vierteljährlich* 2% seines Wertes, was einem jährlichen Wertverlust von 8% gleich kommt. Dieser Wertverlust wird durch den Kauf und das Aufkleben einer Marke ausgeglichen, womit ein „Chiemgauer“ mit Marke immer genau den Nennwert hat, der auf dem Schein angegeben ist (Abbildung 13). Dies vereinfacht die Verrechnung von „Chiemgauern“ gegenüber dem „Bremer Roland“ und entspricht technisch gesehen dem System von Wörgl, wo die Währung 1% monatlich, also 12% im Jahr an Wert verlor (vgl. [GeM03, S. 8]).

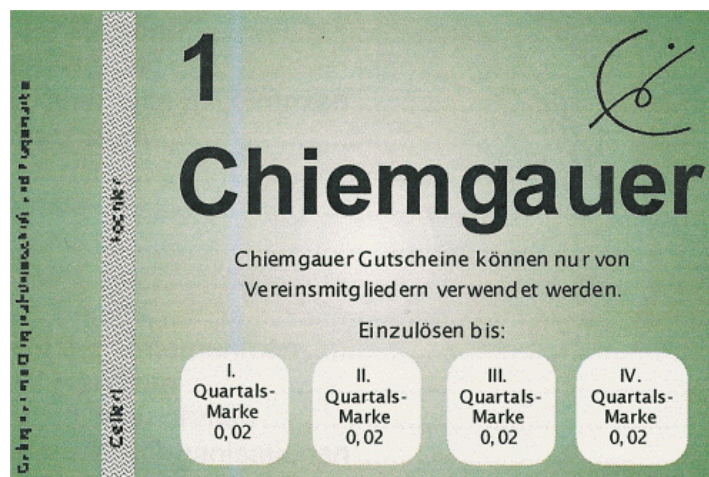


Abbildung 13: 1 Chiemgauer mit Platz für Marken im Wert von 0,02 Chiemgauer für jeweils 1 Quartal²¹

Das Experiment, welches auch die Stärkung der Region zum Ziel hat, läuft seit 30. Januar 2003. Die Ausgabe der „Chiemgauer“ erfolgt gegen treuhänderische

²¹ [GeM03, S.1]

Hinterlegung der gleichen Summe an Euro. Insgesamt wurden seitdem 34985 Chiemgauer verkauft. Davon waren Anfang September 2003 insgesamt 6500 Chiemgauer im Umlauf [Chi03].

66 Unternehmen sind derzeit Mitglieder im Chiemgau Regional e.V.²² (Stand 12.09.2003), darunter Restaurants, Cafés, Buchhandlungen, ein Reiseunternehmen, ein Friseursalon und andere. Grundsätzlich ist in kleinem Maßstab von einem Erfolg der Einführung des Chiemgauer zu sprechen. Probleme gibt es aber offenbar mit der Errichtung von geschlossenen Kreisläufen. Ein Großteil der Chiemgauer wird vor der Fälligkeit der Gebühr, zumeist von Unternehmen, bei der Ausgabestelle wieder in Euro zurückgetauscht. Beim Rücktausch fallen 5% Gebühr an, wovon 2% zur Kostendeckung des Schülerunternehmens dienen und 3% den Organisationen zugute kommen, welche die Chiemgauer zuvor gegen Euro verkauft haben.

Die Schwierigkeit bei der Etablierung geschlossener Geld-Güter-Kreisläufen liegt sicher daran, dass mit 66 Unternehmen die kritische Masse an Teilnehmern noch nicht erreicht ist, die für einen permanenten Umlauf der Regionalwährung nötig ist. Die kritische Masse an Teilnehmern ist vermutlich dann erreicht, wenn zumindest die meistgekauften Güter (Lebensmittel) und Dienstleistungen (Restaurantbesuch, Friseurbesuch) mit Regionalwährung bezahlbar sind. Dann entsteht eine Wettbewerbssituation in der die Unternehmen, welche Zahlungen in Regionalwährung akzeptieren, dem Kunden gegenüber einen Vorteil bieten. Dies fordert andere Unternehmen, ihren Kunden denselben Vorteil zu bieten, um keine Kunden zu verlieren. Aus Sicht der Unternehmen dürfte die kritische Masse an Kunden, die in Regionalwährung zahlen, dann erreicht sein, wenn der Bezahlvorgang mehrmals täglich erfolgt und damit Routine wird.

3.1.2.3 Der „Gogo“ und andere Experimente

Die Schweizer WIR-Bank bietet ihre Komplementärwährung „Wir“ in elektronischer Form als Verrechnungseinheit zwischen ihren über 60.000 kleinen und

²² eine Übersicht über die teilnehmenden Unternehmen bietet der Verein auf seiner Website unter http://www.chiemgau-regional.de/Unternehmen/body_unternehmen.htm

mittelständischen Unternehmen an. Einzelpersonen nehmen an diesen Zahlungsverfahren nicht teil. Zahlungen erfolgen unter anderem per Wir-Karte. Die WIR-Bank betrachtet ihre Wir-Guthaben als „gebundene Kaufkraft“, da die Guthaben immer wieder im gleichen Teilnehmerkreis ausgegeben werden (vgl. [Gel00] und [Wir02]). Der Sieg-Taler²³ ist als umlaufgesichertes Regionalgeld für die Region Siegtal/Siegerland in Planung [Rev03].

Die Europäische Kommission finanziert vier regionale Projekte. Das Roma-Projekt im Raum Connacht in Irland auf Papiergeld-Basis, das schottische Projekt SOCS, Amstelniet in Amsterdam sowie das Projekt „3er Sector“ in Madrid. Alle diese Komplementärwährungen nutzen keine Umlaufsicherungsgebühr, entsprechen also nicht dem Freigeld-Konzept (vgl. [Sch03b, S. 21f.]).

Der Deutsch-Kanadier Hans Eisenkolb propagiert vor allem im Internet eine eher anarchistische Variante des Freigeldes, die er „Gogo“ nennt. Hierbei soll jeder, der es wünscht, als Ausgeber von Gogos auftreten. Jeder Schein dieser Komplementärwährung ist nur 1 Jahr gültig, was durch eine Lochung in den entsprechenden Jahres- und Monatsfeldern deutlich gemacht wird (siehe Abbildung 14). Nach dem Verfallsmonat muss der Schein gegen eine Gebühr von 5% beim Herausgeber umgetauscht werden. Diese 5% stellen die Umlaufsicherungsgebühr dar.

²³ im Internet unter <http://www.sieg-taler.de/>

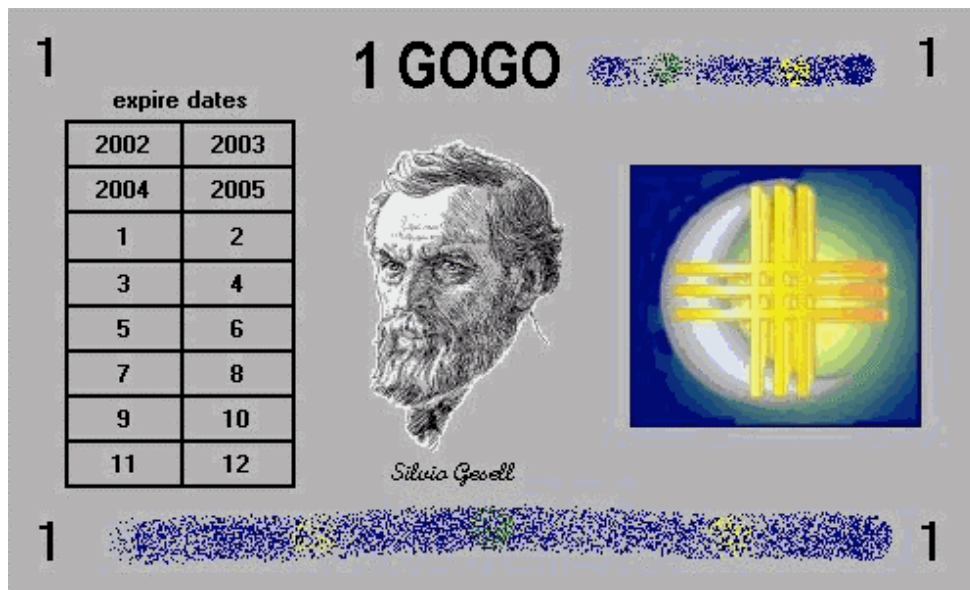


Abbildung 14: Entwurf von 1 Gogo nach dem Konzept von Hans Eisenkolb²⁴

Nach eigenen Aussagen im Internet-Diskussionsforum auf www.systemfehler.de tritt Eisenkolb im kanadischen Grand Forks als Herausgeber der Gogos auf, deren Akzeptanz aber offenbar noch zu wünschen übrig lässt. Dies könnte zum einen auf mangelnde Akzeptanz der Scheine durch fehlende behördliche Unterstützung zurückzuführen sein, als auch darauf, dass die Umlaufsicherungsgebühr nur einmal jährlich anfällt. Dadurch ist der Anreiz, die „Gogos“ auszugeben nur einmal im Jahr besonders stark.

3.1.3 Technische Gründe des Scheiterns

Obwohl es sich bei dem Konzept der Freiwirtschaftstheorie um ein relativ simples Verfahren handelt, kam es in der Vergangenheit oft zu technischen Fehlern, die ein Scheitern der Experimente nach sich zogen. Diese technischen Fehler sind zum einen auf mangelndes Verständnis der Theorie zurückzuführen zum anderen auf mangelnde Erfahrung beim Ausprobieren neuer Ansätze. Zu letzterem dürfte der Versuch zählen, den Wertverlust des Geldes nicht durch den Kauf von Marken deutlich zu machen,

²⁴ vgl. [Eis03]

sondern durch einen Aufdruck auf die Banknote selbst, wie dies z.B. beim „Bremer Roland“ erfolgt. Probst nennt dieses Konzept „Tabellengeld“ (vgl. [Pro98, S. 35]).

Zu Fehlern, die aufgrund mangelnden Verständnisses der Theorie geschahen, gehören die aufgrund der Artikel von Irving Fisher 1933 in den USA gemachten Erfahrungen. Fisher veröffentlichte mehrere Artikel über die Vorgänge in Wörgl, in denen er den Gemeinden in den USA empfahl, Freigeld herauszugeben. Bei den darauf folgenden Experimenten wurde die Höhe der Umlaufsicherungsgebühr mit 2% wöchentlich, also 104% pro Jahr, von den Verantwortlichen viel zu hoch angesetzt (vgl. [Onk97, S. 53]). Auch die Erhebung der Gebühr bei jedem Handwechsel, wie dies ebenfalls in den USA bei Experimenten nach einer Radiosendung der „National Broadcasting Corporation“ (NBC) erfolgte, widerspricht Gesells Theorie, da damit nicht die Hortung von Geld, sondern die Weitergabe belastet wird (vgl. [Sch03b, S. 62f.]).

Eine Umlaufsicherungsgebühr auf Geld soll – unabhängig von allen anderen Einflussfaktoren – eine Hortung von Geld verhindern und für eine Verstetigung des Geldumlaufs sorgen. Dabei ist es egal, wer diese Hortung vornimmt. Eine Diskriminierung einzelner Geldhalter, wie dies 1959 im französischen Ort Marans geschah, wo Kaufleute die Gebühr bezahlen mussten, Lohnempfänger jedoch nicht, widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz der Freiwirtschaftstheorie (vgl. [Sch03b, S. 63]).

3.1.4 Juristische Gründe des Scheiterns

Die beiden großen und während ihrer Laufzeit erfolgreichen Experimente von Wörgl und Schwanenkirchen sind während der Weltwirtschaftskrise mit Bezug auf das Geldmonopol durch staatliche Einrichtungen bzw. die Notenbanken verboten worden.

Auch die derzeit in Deutschland laufenden Experimente bewegen sich rechtlich in einer Grauzone, vor allem, wenn sich die Experimente als erfolgreich herausstellen und über die Region hinaus entwickeln sollten. Es ist fraglich, ob die rechtliche Etablierung als Verein Bestand haben kann, wenn der Kreis der teilnehmenden Personen nicht mehr als „überschaubar“ gilt, wie von der Deutschen Bundesbank in ihren rechtlichen Rahmenbedingungen gefordert.

3.2 Überlegungen für künftige Experimente

Eine experimentelle Überprüfung der Aussagen der Freiwirtschaftstheorie müsste im Rahmen eines Marktes geschehen, dessen Geld durch eine Umlaufsicherungsgebühr belastet ist. Um die erwarteten positiven Auswirkungen auf Konjunktur und Arbeitsmarkt zu überprüfen, ist deshalb ein Feldexperiment nötig.

Ein Experiment zur Überprüfung der Aussagen der Freiwirtschaftstheorie sollte die Fehler der bislang durchgeführten Experimente vermeiden. Zugleich kann auf die bereits getätigten Erfahrungen zurückgegriffen werden.

Aufgrund der Tragweite der Aussagen der Theorie wäre ein Experiment mit politischer Unterstützung wünschenswert. Gerade die weltweite Wirtschaftskrise, in der sich die Welt im Jahr 2003 a.D. befindet, sollte Anlass und Motivation sein, neue wirtschaftspolitische Theorien auszuprobieren. Bislang sind in der Politik der Bundesrepublik Deutschland nur wenige neue Ansätze zur Behebung der Krise zu sehen.

Vorstellbar wäre, in einer Region in Deutschland ein Experiment derart zu gestalten, dass eine umlaufgesicherte Währung (Experimentalwährung) dort allgemeines Zahlungsmittel wird. Akzeptiert werden sollte die Währung nicht nur von Unternehmen, sondern auch als Lohnzahlung von den Arbeitnehmern aber auch von öffentlichen Einrichtungen, um möglichst unterbrechungsfreie Geld-Güter-Kreisläufe zu ermöglichen.

Die Region, in der ein solches Experiment stattfindet, könnte aus einer oder mehreren Ortschaften bestehen, die an hoher Arbeitslosigkeit leiden, um die Auswirkungen auf die Beschäftigung ablesen zu können.

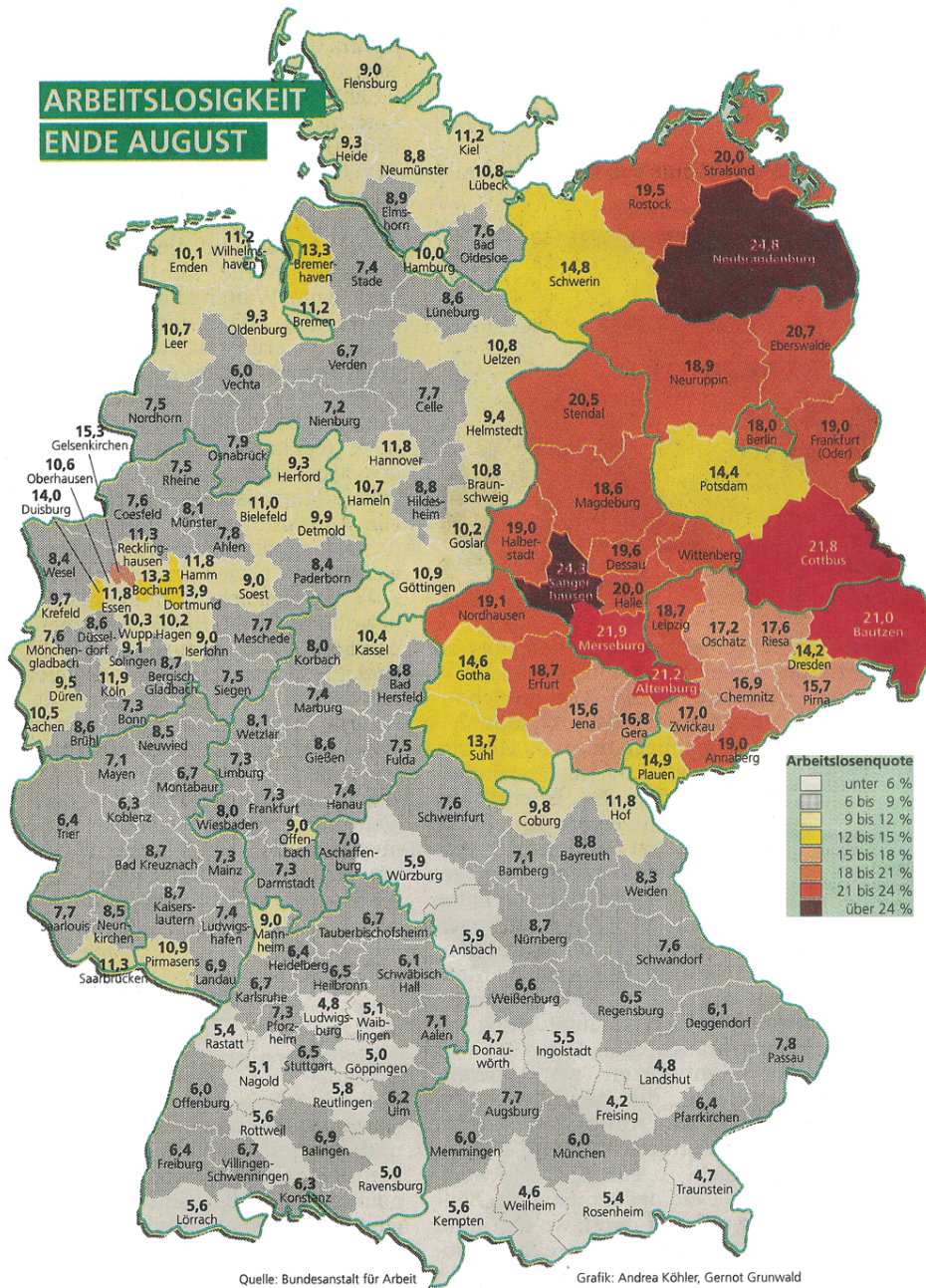


Abbildung 15: Arbeitslosenrate in Deutschland, August 2003 nach Arbeitsamtsbezirken²⁵

Wie aus Abbildung 15 zu entnehmen ist, ist die Arbeitslosenrate vor allem im Osten Deutschlands sehr hoch und dort vor allem in den Arbeitsamtsbezirken Neubrandenburg (24,8%), Sangerhausen (24,3%), Cottbus (21,8%), Bautzen (21,0%), Merseburg (21,9%) und Altenburg (21,2%).

²⁵ vgl. Säc03

Der CDU-Stadtrat Gottfried Gasse, der zum Arbeitsamtsbezirk Bautzen gehörenden Stadt Görlitz, hat am 10. Juli 2003 in einer Rede in der Stadtratssitzung auf die Geldproblematik hingewiesen. Er machte darauf aufmerksam, dass regionale Komplementärwährungen funktionierten (Wörgl) und funktionieren (WIR) (vgl. [Gas03]). Die Stadt Görlitz käme somit als potentieller Ansprechpartner für ein Experiment in Frage, was Gasse auf Anfrage bestätigte. Dieses Beispiel zeigt, dass auch einzelne Vertreter der Politik das durch die Freiwirtschaftstheorie geschilderte Problem als wichtig erkennen.

Die heutige wirtschaftliche Situation ist mit der in der Weltwirtschaftskrise, als die Experimente der Wära und in Wörgl stattfanden, kaum vergleichbar. Die Vernetzung der Wirtschaftsteilnehmer untereinander ist heute sehr viel enger, Produkte werden aus allen Teilen eines Landes aber auch aus allen Teilen der Welt angeboten. Diese Produkte müssen von den Händlern in der jeweiligen Landeswährung bezahlt werden, die Einnahmen für den Verkauf der Produkte erfolgen dann jedoch in der Experimentalwährung. Eine Region ist aus diesem Grund besonders dann für ein solches Experiment geeignet, wenn die Erbringung von Leistungen vor allem *von* Teilnehmern in der Region *für* Teilnehmer in der Region erfolgt. Dadurch ist eine Etablierung von lokalen Geld-Güter-Kreisläufen am einfachsten möglich, da die Experimentalwährung sich innerhalb der Region bewegt und deren Grenzen möglichst selten überschreitet. In jeder Region gibt es ein gewisses Maß an Wirtschaftskraft, welche immer in der Region bleibt. Ein Beispiel: Ein Bäcker kauft beim Zeitungskiosk eine Zeitung, der Betreiber des Zeitungskiosks kauft beim Fleischer Wurst, der Fleischer lässt sich beim Friseur die Haare schneiden und der Friseur kauft beim Bäcker Backwaren (vgl. Abbildung 16). Diese Art von lokalen Kreisläufen kann mit einer regionalen Experimentalwährung abgedeckt werden. Der Einsatz einer Regionalwährung fördert dabei Wirtschaftsstrukturen in der Region, da die so erbrachten Leistungen nicht abfließen, sondern eben innerhalb der Region bleiben.

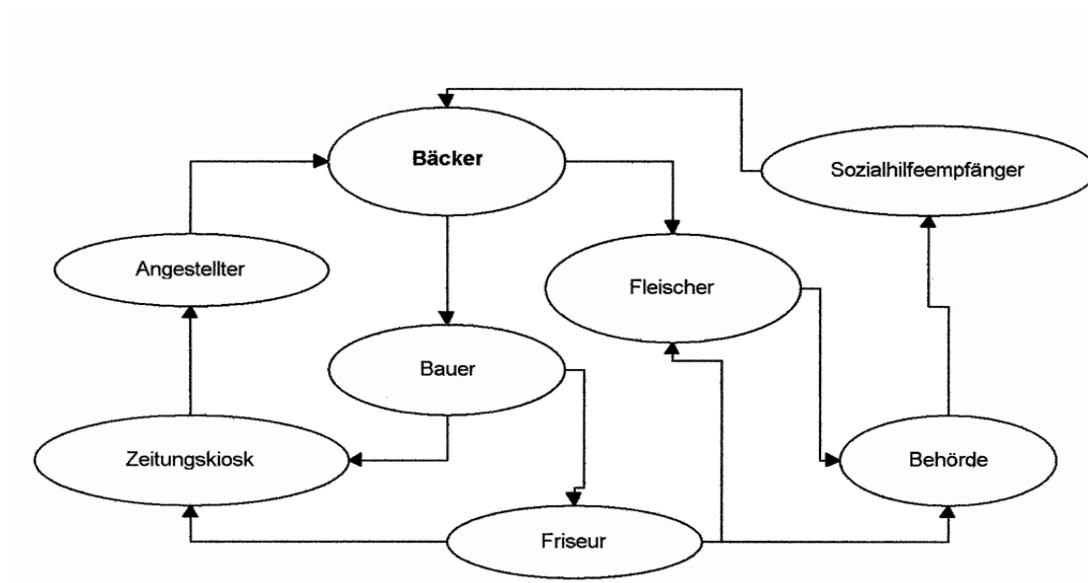


Abbildung 16: Beispiele für lokale Geldkreisläufe

Arbeitslose haben häufig Bedarf an Leistungen, die sie sich wegen Geldmangels nicht leisten können. Zugleich besitzen Arbeitslose aber die Möglichkeit, ihrerseits Leistungen anzubieten, für die andere Bedarf haben. Der Leistungsaustausch wird hierbei durch ein fehlendes Tauschmittel unterbrochen. In einer Region mit besonders hoher Arbeitslosigkeit kann deshalb durch eine regionale Ersatzwährung eine Art Selbsthilfe zwischen Arbeitslosen entstehen.

Landwirtschaftlich geprägte Regionen haben den Vorteil, dass sie bei der Nahrungsproduktion als Selbstversorger auftreten können. Da landwirtschaftliche Produkte dann nicht importiert werden müssen, können diese den Grundstein für eine Bezahlung in einer Experimentalwährung darstellen.

3.2.1 Empfehlung einer technischen Umsetzung

Zur Erreichung eines stetigen Geldumlaufs ist ein möglichst konstanter Druck auf die Geldhalter notwendig. Dabei stellen Transparenz und Planungssicherheit für Wirtschaftsteilnehmer sehr wichtige Aspekte dar. Ansätze, den Faktor „Zufall“ in die Einführung einer Umlaufsicherung zu integrieren, können schädlich sein, da nicht planbare Ereignisse zu Unsicherheit führen. Unsicherheiten der Wirtschaftsteilnehmer können Auslöser für irrationales Verhalten, wie verstärkte Geldhortung oder auch

verstärkte Geldausgabe sein. Beides widerspricht der Zielstellung einer Verstetigung des Geldumlaufs. Ein Beispiel solcher Umlaufsicherungen mit dem Faktor „Zufall“ ist das von Helmut Creutz [Cre01a, S. 560ff.] und Jürgen Probst [Pro98, S. 35] als Möglichkeit angedeutete Verrufen einzelner Geld-Serien („Seriengeld“), wie z.B. alle 5er-Scheine oder alle Scheine aus dem Jahr 2003.

Die Einführung einer Umlaufsicherung ist für alle Geldhalter am transparentesten, wenn eine Gebühr auf alle Banknoten in gleichem Maße erhoben wird. Diese von Gesell empfohlene Variante wurde bereits in Wörgl, Schwanenkirchen und beim Chiemgauer erfolgreich praktiziert.

Je stetiger die Erhebung der Gebühr erfolgt, desto stetiger ist der Druck auf die Geldhalter und entsprechend stetiger der zu erwartende Geldumlauf. Dabei ist anzunehmen, dass höhere Gebühren für die Geldhalter zum Zeitpunkt der Gebührenerhebung auch zu schnellerem Geldumlauf führen. Wird die Gebühr nur einmal jährlich erhoben, so fällt die Gebühr zum Erhebungszeitpunkt deutlich höher aus, als wenn sie monatlich oder gar wöchentlich erhoben wird.

Dieser Annahme soll in folgendem Beispiel erläutert werden: Wird die jährliche Gebühr zur Neutralisierung der Liquiditätsprämie des Geldes mit 6% festgelegt, so beträgt der Wertverlust für den Geldhalter zum Zeitpunkt der Gebührenerhebung

- bei jährlicher Gebührenerhebung 6%
- bei monatlicher Gebührenerhebung 0,5% ($\frac{1}{12}$ von 6%)
- bei wöchentlicher Gebührenerhebung $\approx 0,1154\%$ ($\frac{1}{52}$ von 6%)
- bei täglicher Gebührenerhebung $\approx 0,0164\%$ ($\frac{1}{365}$ von 6%).

Da die Gebührenerhebung zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfindet, ist der Geldhalter nach diesem Zeitpunkt um die Höhe der Gebühr ärmer als zuvor. Je höher sein Verlust zu diesem Zeitpunkt ausfällt, desto höher ist der Druck auf ihn, sein Geld zuvor auszugeben. Bei einer jährlichen Gebührenerhebung ist deshalb anzunehmen, dass die Umlaufgeschwindigkeit vor dem Stichtag der Gebührenerhebung wesentlich höher

ausfallen wird als im Rest des Jahres. Dies widerspricht der Zielstellung eines stetigen Geldumlaufs.

Bei kleineren zeitlichen Abständen zwischen den Gebührenerhebungen ist nach dieser Annahme ein gleichmäßiger Geldumlauf zu erwarten, als bei größeren Zeitabständen. Auf elektronisch geführten Konten könnte die Erhebung der Gebühr somit täglich (wie bei Zinszahlungen bislang schon praktiziert) oder sogar in Echtzeit erfolgen.

Bei der Gebühr auf Banknoten ist eine monatliche Erhebung zu empfehlen. Das Konzept des Kaufens und Aufklebens von Marken auf Banknoten scheint zur Realisierung der Umlaufsicherung am besten geeignet. Verkäufer der Marken könnten neben Banken auch Einzelhändler sein, so wie man derzeit auch Briefmarken in vielen Geschäften käuflich erwerben kann. Es sollte bereits im Eigeninteresse der Einzelhändler liegen, nur vollwertige Scheine anzunehmen. Der Einzelhändler kann, wenn ihm ein Schein mit fehlender Marke angeboten wird, dem Käufer die Abnahme des Scheines anbieten. Ob er dabei die fehlende Gebühr vom Käufer verlangt oder diese aus Kulanzgründen selbst trägt, kann der Händler entscheiden.

Es ist zu erwarten, dass die Geldhalter eine Verlustminimierung vornehmen, indem sie weniger Bargeld halten als bislang, um der Gebühr zu entgehen. Bei einer monatlichen Erhebung der Umlaufsicherungsgebühr ist das Aufkleben von Marken einmal im Monat somit ein zumutbarer Aufwand. Sollte die Menge der zu beklebenden Banknoten durch einen Erfolg eines Experiments oder durch die offizielle Einführung einer umlaufgesicherten Komplementärwährung stark steigen, so wird es sicherlich technische Möglichkeiten geben, das Aufkleben der Marken zu erleichtern. Automaten zum Zählen von Banknoten sind heute Normalität, genau wie Frankiermaschinen bei der Post. Ähnliche Technologien könnten auch bei der „Aufwertung“ von Banknoten eingesetzt werden.

Bereits heute ist es üblich, dass beschädigte oder veraltete Banknoten regelmäßig dem Verkehr entzogen und durch neue ersetzt werden. Auch mit Marken beklebte Banknoten könnten auf diesem Wege durch neue ersetzt werden.

Als Kleingeld fungieren dabei die Marken selbst und ersetzen somit das bisherige Münzgeld.

Im Rahmen der Aktivitäten um die Regionalwährung „Chiemgauer“ beschäftigt sich derzeit die Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken (GLS) mit der technischen Realisierung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs [GeZ03].

Sollte ein laufendes Experiment Größenordnungen erreichen, in denen bargeldloser Zahlungsverkehr nötig wird, so könnte auf die Erfahrungen dieser Institution bzw. der WIR-Bank zurückgegriffen werden.

3.2.2 Empfehlung einer juristischen Umsetzung

Der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Dieter Suhr erklärt, dass das heutige Geldsystem verfassungswidrig ist, wenn es praktikable Alternativen gibt: „Wenn nunmehr eine Geldordnung eingerichtet werden kann, in welcher der Mehrwert durch eine Ausgleichsabgabe auf Liquidität abgeschöpft wird mit der Folge, dass die mit dem Mehrwert-Syndrom verknüpften Abhängigkeiten verschwinden, das Geld jedoch im übrigen seine Funktionen bei dem Abschluß von Verträgen so gut erfüllt wie eh und je: Dann enthält die heutige Geldordnung eine durch keinen Grund gerechtfertigte Einschränkung der Vertragsfreiheit von Vermögenden mit illiquiden Gütern. Eine solche durch keinen Grund gerechtfertigte Freiheitsbeschränkung ist in jedem Fall auch übermässig und verfassungswidrig.“ [Suh83, S. 117f.] Suhr kommt zu dem Schluss: „Sollte sich nach allem die Ausgleichsabgabe auf Liquidität zur Abschöpfung des Mehrwertes nach eingehender Prüfung als gangbares und praktikables Mittel erweisen, die strukturellen Mängel der Geldordnung, die die Vertragsfreiheit einschränken, zu verringern oder gar zu beseitigen, dann muß diese Ausgleichsabgabe eingeführt werden, um die Mängel so weit wie irgend möglich aus der Geldordnung herauszuoperieren“ [Suh83, S. 118].

Aufgrund der gesellschaftlichen Tragweite der Auswirkungen des heutigen Geldsystems, wie sie aus der Freiwirtschaftstheorie ableitbar sind und aufgrund der rechtlichen Folgen, wie sie Suhr skizziert, ist eine breite Unterstützung eines Experiments nicht nur wünschenswert sondern Verpflichtung. Dies schließt wissenschaftliche Forschungseinrichtungen ebenso ein, wie politische Unterstützung als auch Unterstützung von Seiten der Notenbank.

In Deutschland leben zu dieser Zeit offiziell mehr als 4,5 Millionen Arbeitslose, inoffiziell rechnen Arbeitsmarktextperten mit über 7 Millionen Arbeitslosen (vgl. [Net03]). Eine Besserung der Lage am Arbeitsmarkt ist derzeit nicht in Sicht, da dafür mindestens ein Wirtschaftswachstum von 1,8% erzielt werden muss, um zu einer Belebung des Arbeitsmarktes zu führen (vgl. [Wel03]). Es gibt, wie gezeigt, Regionen in Deutschland, in denen circa ein Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos ist. Eine Auswahl einer solchen Region sollte mit Abstimmung der dortigen Behörden sowie nach Befragung der Bevölkerung erfolgen. Ein Experiment gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung ist abzulehnen, da eine Ablehnung des Experiments auch das Vertrauen in die Experimentalwährung unterminiert und damit ein Erfolg des Experiments von vornherein unwahrscheinlich ist.

Sollte sich eine Region finden, die bereit wäre, ein solches Experiment durchzuführen, so sollten die politischen Entscheidungsträger die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Durchführung schaffen. Die Konzeption eines Experiments derart, dass nur Vereinsmitglieder die Experimentalwährung nutzen dürfen, erschwert die Akzeptanz durch bürokratische Hindernisse. Derzeit müssen neue Teilnehmer beim „Chiemgauer“ oder beim „Roland“ erst Vereinsmitglieder werden, bis sie die Komplementärwährungen nutzen dürfen. Spontane Geschäftsabschlüsse mit diesen Währungen sind deshalb nicht möglich. Ein Experiment sollte unter möglichst realen wirtschaftlichen Gegebenheiten durchgeführt werden, weshalb die Nutzung der Experimentalwährung nicht durch bürokratische Hürden erschwert werden sollte. Alle Bewohner der Region sollten deshalb die Experimentalwährung nutzen dürfen.

3.2.3 Anreiz für die Teilnahme am Experiment

Onken empfiehlt, die öffentliche Hand solle einen Geldbetrag als „Versicherungssumme“ für den Fall des Scheiterns bzw. als Prämie für das Gelingen eines Feldversuchs zur Verfügung stellen: „Ein solches Mittel zum Abbau von Ängsten vor Neuerungen und zur Risikominderung entspräche der sogenannten ‚Wagnisfinanzierung‘, die die öffentliche Hand auf technologischem Gebiet schon seit längerer Zeit praktiziert“ [Onk97, S. 62].

Es ist jedoch zu vermeiden, im Rahmen des Experimentes zusätzliche Investitionen in der Region zu tätigen. Dies verfälscht das Ergebnis, da nicht feststellbar ist, ob eine konjunkturelle Verbesserung auf die Nutzung der Experimentalwährung oder auf die Investition zurückzuführen ist.

3.2.4 Steuerliche Aspekte des Einsatzes einer Komplementärwährung in Deutschland

Eine steuerliche Abrechnung von Einnahmen und Ausgaben in einer Komplementärwährung stellt kein Problem dar. Wichtig ist ein Wechselkurs der Komplementärwährung zum Euro, in welchem die Steuern gezahlt werden. Wird die gleiche Summe in Euro hinterlegt, wie in Experimentalwährung ausgegeben wird, so beträgt dieser Wechselkurs 1:1. Mit Hilfe dieses Wechselkurses kann die Komplementärwährung wie jede andere nicht-inländische Währung behandelt werden [Fre03].

Bei der Teilnahme von Kommunen und Behörden am Experiment sollte es möglich sein, zumindest kommunale Steuern (z.B. Gewerbesteuer) in der Experimentalwährung zu zahlen. Da die Kommunen selbst als Nachfrager in einer Region auftreten oder Gelder in Form von Sozialhilfe auszahlen, agieren sie selbst als weitere Marktteilnehmer im Experiment.

3.2.5 Sonstige Probleme bei einem Experiment

Probleme bei der Durchführung eines solchen Experiments liegen vor allem in der Nicht-Regionalität vieler Leistungen, die von großen Teilen der Bevölkerung in Anspruch genommen werden: Telefon- und Kommunikationsleistungen werden zwar regional erbracht, die erzielten Umsätze fließen jedoch in den meisten Fällen aus der Region ab und damit in ein Gebiet, wo die Experimentalwährung nicht gilt. Entsprechend werden solche Unternehmen Zahlungen nur mit dem gesetzlichen Zahlungsmittel Euro erlauben, wenn sie nicht zugleich Leistungen aus der Region

beziehen, die sie mit der Experimentalwährung begleichen können. Dies trifft auch auf Bundes- und Ländersteuern, Versicherungsleistungen sowie all jene Produkte zu, die als „Import“ die Region erreichen.

Andererseits stärken diese Probleme die regionalen Anbieter solcher Leistungen, da die Geldbesitzer verstärkt versuchen werden, möglichst viele Leistungen in der Experimentalwährung zu begleichen, um der drohenden Gebühr zu entgehen. Wenn jedoch die Angebote regionaler Leistungen nicht mit dem Geldangebot der Teilnehmer Schritt hält, so wird es verstärkt zu einem Rücktausch der Experimentalwährung in Euro bei der ausgebenden Stelle kommen. Dies kann das Vertrauen in die Experimentalwährung schwächen, wenn bei den Teilnehmern das Gefühl bleibt, damit nicht die Güter kaufen zu können, die sie normalerweise kaufen. Die Experimentalwährung soll die Teilnehmer nicht bei ihren Aktivitäten behindern, sondern grundsätzlich funktionieren, wie es der Euro tut.

Die Ausgabemenge der Experimentalwährung muss somit wohldosiert erfolgen. Zu wenig Geld lässt keine ausreichenden Beobachtungen zu, zu viel Geld wird immer mehr zur Ausgabestelle zurückfließen, anstatt in Geld-Güter-Kreisläufen umzulaufen. Die Lösung, die beim Chiemgauer gewählt wurde, scheint dafür angemessen. Dort abonnieren einige Teilnehmer jeden Monat eine bestimmte Menge Chiemgauer, von der sie annehmen, sie auch zu benötigen. Die Marktteilnehmer selbst bestimmen über ihre Nachfrage nach Chiemgauern, wie viel dieses Geldes die Region aufnehmen kann.

Sollten sich jedoch auf Dauer keine Geld-Güter-Kreisläufe herausbilden, in denen das Geld umläuft, ohne zur Ausgabestelle zurückzukehren, so läuft das Experiment Gefahr, auf einen kleinen Kreis an Teilnehmern beschränkt zu bleiben. In diesem Fall wären konjunkturelle Änderungen in der gesamten Region nicht zu erwarten.

3.2.6 Strukturierung eines Experiments

Ein Experiment mit einer Währung, die von dem gesetzlichen Zahlungsmittel abweicht, kann nur funktionieren, wenn das Vertrauen der Teilnehmer in diese Währung gegeben ist und wenn die Währung als allgemeines Zahlungsmittel anerkannt wird und nutzbar ist. Die Beteiligung kommunaler Behörden am Experiment ist ein vertrauensbildendes

Signal an die anderen Teilnehmer. Zudem kann über die Behörden eine Ausgabe der Experimentalwährung in den Wirtschaftskreislauf erfolgen.

Zum kommunalen Alltag gehört es, Aufträge an Firmen zu vergeben, z.B. für die Instandhaltung kommunaler Einrichtungen. Vor allem im Osten Deutschlands ist die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) inzwischen beschäftigungspolitisches Lenkungsmittel. Im kommunalen Verantwortungsbereich liegt es zudem, Sozialhilfeempfänger zu versorgen. Bei all diesen Vorgängen fließt Geld, derzeit in Form des gesetzlichen Zahlungsmittels Euro. Anstatt Euro für die Zahlungen zu nutzen, sollten diese Mittel auf ein Treuhandkonto überwiesen und eine entsprechende Menge Experimentalwährung als Zahlungsmittel genutzt werden. Die Mittel auf dem Treuhandkonto werden als Deckung für die neu ausgegebenen Banknoten genutzt, so dass – sollte es zu einem Abbruch oder einer Beendigung des Experiments kommen – die dann im Umlauf befindlichen Banknoten der Experimentalwährung zurückgekauft werden können. Die Verkäufer der Banknoten stünden dann ebenso gut da, als wenn von Anfang an mit Euro anstatt Experimentalwährung gezahlt worden wäre. Für die Kommune käme dies nur einer zeitlichen Verschiebung der ursprünglich fälligen Zahlungen in Euro gleich. Diese Vorgehensweise entspricht der der Gemeinde Wörgl 1932, bei der österreichische Schilling als Deckung für die „Arbeitsbestätigungsscheine“ bei der lokalen Bank hinterlegt und nach Beendigung des Experiments wieder gegen die eingezogenen Scheine getauscht wurden.

Den Marktteilnehmern muss die Möglichkeit geboten werden, Überschüsse in der Experimentalwährung zu sparen. Dazu ist die Zusammenarbeit mit einer lokalen Bank zu empfehlen.

Um den Rücktausch der Experimentalwährung in Euro zu erschweren, kann während des Experiments eine Rücktauschgebühr erhoben werden. Beim Chiemgauer beträgt diese „Servicegebühr“ 5% (vgl. [GeM03, S. 9]).

Die Dauer eines Experiments sollte mit mindestens 2 Jahren veranschlagt werden. Das Experiment in Wörgl lief etwa 16 Monate und seine Ergebnisse werden von der Wirtschaftswissenschaft bislang nicht allgemeingültig anerkannt.

Bei der Produktion der Währung ist auf Fälschungssicherheit zu achten. Die Stückelung der ausgegebenen Währung sollte anfänglich möglichst klein sein. Zu empfehlen sind Stückelungen im Gegenwert von 1, 2, 5, 10 und 20 Euro. Die Stückelung der Marken muss an die Stückelung der ausgegebenen Scheine angepasst sein. Bei einer Umlaufsicherungsgebühr von 0,5% monatlich müssen bei Nutzung oben genannter Stückelung entsprechend Marken im Gegenwert von 0,05, 0,10, 0,25, 0,50 und 1 Euro vorhanden sein. Größere Stückelungen sind nur sinnvoll, wenn das Geld ausreichend etabliert ist und nur selten zur ausgebenden Stelle zurückfließt. Dazu sind möglichst viele lokale Geld-Güter-Kreisläufe zu bilden.

3.2.7 Bildung von lokalen Geld-Güter-Kreisläufen

Im Chiemgauer-Experiment wurde die Experimentalwährung schon nach einigen Schritten des Umlaufs an der ausgebenden Stelle wieder gegen die dort hinterlegte Euro-Deckung zurückgetauscht. Diese Erfahrungen verdeutlichen, wie wichtig es für die Durchführung eines längerfristigen Experiments ist, Geld-Güter-Kreisläufe zu etablieren, in denen die Experimentalwährung umlaufen kann. Jeder Rückfluss der Experimentalwährung zur ausgebenden Stelle stellt eine Unterbrechung des Geld-Güter-Kreislaufes dar, was dem Ziel eines Experiments, den Umlauf der Währung im Wirtschaftskreislauf zu beobachten, widerspricht.

Geldhalter neigen immer dann dazu, die Experimentalwährung in Euro zurückzutauschen, wenn sie keine *Möglichkeit* haben, das Geld anderweitig auszugeben und so mit der Geldhaltegebühr belastet werden.

Zwei Gründe sind für ein solches Szenario denkbar:

- Es sind nicht ausreichend viele Akzeptanzstellen für die Experimentalwährung vorhanden oder
- Der Umfang der Einnahmen einzelner Marktteilnehmer übersteigt deren Möglichkeiten zur Ausgabe.

Das folgende Beispiel soll verdeutlichen, dass beide Möglichkeiten sich wechselseitig beeinflussen. Erhalten die Sozialhilfeempfänger einer Gemeinde ihre Leistungen in der

Experimentalwährung aber es gibt nur einen lokalen Lebensmittelhändler, der diese akzeptiert, so wird dieser Händler besonders viele Einnahmen in der Experimentalwährung tätigen. Hat der Händler nur wenige Möglichkeiten, seine Kosten in der Experimentalwährung zu decken, weil seine Lieferanten die Zahlung in dieser Währung nicht akzeptieren, so ist er gezwungen, sie in Euro zurückzutauschen. Dies erfolgt bei der ausgebenden Stelle, womit jedoch der Geld-Güter-Kreislauf, in welchem sich die Experimentalwährung bewegen soll, unterbrochen ist. Doch auch wenn der Händler einen Teil seiner Einnahmen für seine laufenden Kosten ausgeben kann, werden die Überschüsse durch die Umlaufsicherungsgebühr belastet. Um der Gebühr zu entgehen könnte er ebenfalls einen Rücktausch bei der ausgebenden Stelle anstreben. Um dies zu vermeiden, kann die Gemeinde es erlauben, Steuern im Voraus zu begleichen. Für den Händler hat dies den Vorteil, die Geldhaltekosten zu sparen, für die Gemeinde bedeutet dies eine geringere Abhängigkeit von der Zahlungsmoral der Unternehmen.

Allgemein besteht die Gefahr, mehr Geld in einer Experimentalwährung auszugeben, als die Region verkraften kann. Deshalb sollte die Menge der ausgegebenen Experimentalwährung anfänglich gering sein. Fließt nur eine geringe Summe zur ausgebenden Stelle zurück, so kann die ausgegebene Geldmenge sukzessiv erhöht werden.

Gelleri/Mayer empfehlen den Mitgliedern des „Chiemgau Regional e.V.“ bei einem Nettoeinkommen von 1000 Euro einen monatlichen Umtausch von 50 bis 100 Euro in die Regionalwährung (vgl. [GeM03, S. 13]).

Den Teilnehmern an einem solchen Experiment sollten also möglichst viele Alternativen zur Ausgabe ihrer Mittel zur Verfügung stehen. Dies gilt für Privatpersonen, die Händler als Akzeptanzstellen benötigen genauso, wie für Unternehmer, die in der Lage sein müssen, ihre Kosten durch die Bezahlung in der Experimentalwährung zu begleichen. Je mehr Lieferanten und Arbeitnehmer eines Unternehmers die Zahlung in der Experimentalwährung erlauben, desto flüssiger ist der Zahlungsfluss in den Geld-Güter-Kreisläufen, an denen dieser Unternehmer teilnimmt. Entsprechend geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass mangelnde Ausgabemöglichkeiten eine Unterbrechung dieser Kreisläufe hervorrufen. Akzeptiert wird die Währung von den einzelnen Teilnehmern

also nur, wenn diese ihrerseits Möglichkeiten sehen, die Währung sinnvoll ausgeben zu können.

Dazu gehört auch die Möglichkeit, Bank-Funktionen zu nutzen. Da es Teil des Experiment sein soll, zu überprüfen, ob die von der Freiwirtschaftstheorie gemachten Vorhersagen, die Zinshöhe betreffend, stimmig sind, muss es den Teilnehmern möglich sein, überschüssige Mittel zu sparen bzw. benötigte Mittel per Kredit aufzunehmen. Neben der Zusammenarbeit mit Banken kann die ausgebende Stelle die Spar- und Kreditfunktion in kleinem Rahmen auch selbst anbieten. Im Rahmen des Roland-Regional ist dabei die Software AugustanaDatenBank entstanden, welche die Kontenführung zumindest für kleinere Experimente erlaubt (vgl. [Rol03b]).

3.2.8 Informationspolitik im Experimentalgebiet

Eine „kritische Masse“ an Akzeptanzstellen der Experimentalwährung ist für ein grundsätzliches Funktionieren eines solchen Experiments unabdingbar, um den Teilnehmern überhaupt die Möglichkeit zur Weitergabe der Experimentalwährung zu geben und damit Geld-Güter-Kreisläufe zu etablieren. Erreicht werden kann diese nur durch eine entsprechende Aufklärungsarbeit und Informationspolitik im Experimentalgebiet.

Vor allem die Belastung der Banknoten durch Gebühren ist ungewöhnlich und stößt bei Menschen, die sich nur oberflächlich mit den Beweggründen für diese Gebühr befassen, auf Ablehnung. Es muss deutlich gemacht werden, aus welchen Gründen die Gebühr erhoben wird (Verhinderung der Geldhortung), welche Effekte dadurch erwartet werden (flüssiger Geldumlauf führt zu Konjunktur, Senkung der Kapitalkosten) und welche realen Kosten der Einzelne zu erwarten hat. Letzteres lässt sich anhand von Beispielen erörtern:

Ein Arbeitnehmer, der beispielhaft seinen gesamten Lohn von 2000 Euro netto in durch Gebühren umlaufgesicherter Experimentalwährung (EW) erhält, gibt 500 EW für Miete aus, 250 EW für Lebensmittel, 500 EW für Versicherungen und Automobil, 250 EW für Sonstiges, so bleiben 500 EW am Monatsende übrig. Bei einer Umlaufsicherungsgebühr von 6% pro Jahr, also 0,5% pro Monat werden diese 500 EW mit 2,50 EW belastet. Die

Belastung kann weiter verringert werden, wenn die übriggebliebene Summe anstatt sie liquide zu halten, einem anderem Wirtschaftsteilnehmer (beispielsweise einer Bank) als Kredit zur Verfügung gestellt wird. Dieses Beispiel zeigt, dass die reale Belastung für den Großteil der Bürger relativ klein ist. Die Gebühr auf Geld stellt somit eher ein psychologisches Druckmittel, als eine reale Umverteilung dar.

Den Anbietern von Leistungen sollte die Möglichkeit gegeben werden, auf einfache Art und Weise andere Anbieter von Leistungen zu finden, welche die Experimentalwährung akzeptieren. Dies erübrigt sich, wenn die Experimentalwährung allgemein akzeptiertes Zahlungsmittel ist und jeder Anbieter die Währung akzeptiert. Ist dies nicht der Fall kann zum einen eine durch Aushänge und/oder im Internet öffentlich zugängliche Datenbank dabei helfen, Akzeptanzstellen zu finden. Mit Unternehmern, die zum ersten Mal in Kontakt mit der Experimentalwährung kommen, ist ein persönliches Gespräch empfehlenswert. Hierbei kann der Zweck des Experiments erklärt werden und in Zusammenarbeit mit dem Unternehmer kann festgestellt werden, welche Leistungen er benötigt bzw. von welchen Lieferanten er diese bezieht. Ziel sollte es dann sein, vorhandene oder potentielle Lieferanten von der Annahme der Experimentalwährung nach dem gleichen Muster zu überzeugen. Dabei werden auch die regionalen Kontakte gefördert, die ein Abfließen von Geld aus der Region durch den Import von Leistungen bremsen. Gleichzeitig sollte darauf hingewiesen werden, dass die Arbeitnehmer in den Unternehmen einen Teil ihres Lohnes in der Experimentalwährung ausgezahlt bekommen können um damit anderweitig Leistungen einzukaufen.

Einzelhandelsunternehmen sollten angehalten werden, ihren Kunden die zum Aufkleben auf die Scheine der Ersatzwährung nötigen Marken zu verkaufen. Jedes Unternehmen, welches die Experimentalwährung akzeptiert, sollte dies durch Aushänge deutlich machen.

Für Informations- und Werbemaßnahmen können das lokale Amtsblatt oder Lokalzeitungen genutzt werden.

3.2.9 Zu beobachtende Parameter und Datenerfassung

Beobachtet und überprüft werden sollten bei einem solchen Experiment die in Tabelle 3 aufgeführten Parameter.

Tabelle 3: Zu beobachtende Parameter und ihre erwartete Entwicklung im Vergleich zu heute bei einer Umlaufsicherungsgebühr auf Geld

<u>Parameter</u>	<u>Erwartete Entwicklung des Parameters</u>
Umlaufgeschwindigkeit des Geldes	Stetige Umlaufgeschwindigkeit
Langfristiger Zinssatz	sinkend
Preisniveau	Stabiles Preisniveau
Zinsanteile in den Preisen	sinkend
Arbeitslosenrate	zurückgehend

Ablesbare Faktoren, die sich aber erst in der Langfristigkeit eines Experiments überprüfen lassen, sind die Entwicklung des Wirtschaftswachstums und der Arbeitslosigkeit. Laut der Theorie der Freiwirtschaftslehre sollten Krisen aufgrund mangelndem Wirtschaftswachstum ausbleiben. Die mit solchen Wirtschaftskrisen verbundenen Symptome wie Arbeitslosigkeit und Armut sollten zurückgehen. Arbeitslosigkeit ist aber auch mit anderen wirtschaftlichen Ursachen, wie mit steigender Produktivität und höherem Automatisierungsgrad verknüpft, bei dem die menschliche Arbeitskraft schlicht nicht mehr benötigt wird. Aus diesem Grund ist ein vollständiger Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten, wenn nicht zugleich eine Verringerung der Arbeitszeiten erfolgt.

Eine Veränderung der Höhe der Umlaufsicherungsgebühr lässt bestimmte Entwicklungen der oben genannten Parameter erwarten. Tabelle 4 zeigt die erwarteten Entwicklungen der Parameter bei steigender Umlaufsicherungsgebühr.

Tabelle 4: Erwartete Entwicklung der Parameter bei steigender Umlaufsicherungsgebühr

<u>Parameter</u>	<u>Erwartete Entwicklung des Parameters bei steigender Umlaufsicherungsgebühr</u>
Umlaufgeschwindigkeit des Geldes	Steigende Umlaufgeschwindigkeit
Langfristiger Zinssatz	Sinkend (auch unter 0%)
Preisniveau	Konstant, bei Indexwährung
Zinsanteile in den Preisen	sinkend
Arbeitslosenrate	sinkend

Folgende Daten sollten während des Experimentes dokumentiert werden:

- Die Summe der ausgegebenen Experimentalwährung und ihre Stückelung
- Die Summe der ausgegebenen Marken und ihre Stückelung
- Die Umsätze der teilnehmenden Unternehmen in der Experimentalwährung. Diese lässt sich entweder durch Meldungen der Unternehmer an die Verantwortlichen des Experiments realisieren oder durch Einsicht in die Umsatzabrechnungen der Unternehmen, in denen die Umsätze in der Experimentalwährung ausgewiesen sein müssen
- Soll- und Habenzinsen bei Spartätigkeit bzw. Kreditaufnahme in der Experimentalwährung
- Spar- und Kreditvolumen sowie die Summe der Kreditnachfragen
- Anzahl der Arbeitslosen, Anzahl der Bevölkerung.

3.2.10 Erwartete Ergebnisse

Direkt zu erwarten ist eine erhöhte Umlaufgeschwindigkeit (Einsatzhäufigkeit pro Jahr) der Experimentalwährung. Zur Zeit des Experiments von Wörgl lag die Umlaufgeschwindigkeit des Schilling in Österreich bei 8,58 Weitergabevorgängen pro Jahr, die der „Arbeitsbestätigungsscheine“ in Wörgl zwischen 48 und 73, je nach Interpretation der Primärdaten (vgl. [Sch03b, S. 45]).

Ist die ausgegebene Geldmenge und die damit realisierten Umsätze der Unternehmen bekannt, so kann die Einsatzhäufigkeit ermittelt werden. Erwartet wird eine wesentlich höhere Umlaufgeschwindigkeit als beim Euro. Das Bruttoinlandsprodukt in der Eurozone betrug im 2. Quartal 2003 saisonbereinigt und in Preisen von 1995 1574,97 Mrd. Euro [Eur03]. Der Bargeldumlauf betrug im 2. Quartal im Schnitt 343,7 Mrd. Euro [Bun03b]. Daraus ergibt sich, dass auf jeden Euro Bargeld 4,58 Euro Bruttoinlandsprodukt für dieses Quartal kommen. Die Umlaufgeschwindigkeit eines Bargeld-Euro innerhalb der Eurozone beträgt damit auf das Jahr 2003 hochgerechnet rund 18,3 Weitergabevorgänge pro Jahr.

Ausgehend von den Entwicklungen in Wörgl und Schwanenkirchen ist anzunehmen, dass die Wirtschaftskraft durch gleichmäßiger umlaufendes Geld gestärkt wird und ein Abbau der Arbeitslosigkeit eintritt.

Es wird erwartet, dass die Haben-Zinsen bei Spartätigkeit gegen 0% gehen, da die Geldbesitzer ihr Geld lieber verlustfrei verleihen, als die Gebühr tragen zu müssen. Im Gegenzug sollten sich Kredite verbilligen, die in der Experimentalwährung aufgenommen werden.

3.3 Zusammenfassung und Ausblick

Die Freiwirtschaftstheorie bietet interessante Ansätze für Erklärungen tiefgreifender Wirtschaftsprobleme. Eine Überprüfung dieser Aussagen in der Praxis ist deshalb wünschenswert. Vielfach existieren bereits Experimente, die aber kaum wissenschaftlich begleitet werden. Neue Experimente aufzubauen ist notwendig, aber

problembehaftet, da dies einen relativ komplexen Eingriff in die sehr vernetzten Wirtschaftsstrukturen darstellt. Trotzdem können mit Rückgriff auf die bisherigen Erfahrungen Experimente gestartet werden.

Der Geldpolitik stellt die Freiwirtschaftstheorie mit einer Umlaufsicherungsgebühr auf Geld ein weiteres Steuerungsmittel zur Verfügung. Eine optimale Höhe dieser Gebühr gilt es zu untersuchen.

Ausgehend von den Anmerkungen Werner Onkens ergibt sich ein weites Forschungsspektrum für die Wirtschaftsgeschichte. Über die Zeit der Brakteaten, einem Geld, welches im Mittelalter regelmäßig widerrufen wurde und somit einem Schwund unterlag, gibt es bislang nur wenig fundiertes Wissen (vgl. [Onk99, S. 12f.]). Dieses Geld soll verantwortlich für die Blütezeit Europas sein, in der viele der heute noch existierenden Kathedralen, wie der Kölner Dom, in Europa gebaut wurden. Lietaer führt die Blütezeit in Ägypten zur Zeit der Pharaonen auf ein Geldsystem, wie es die Freiwirtschaft darstellt, zurück [Lie02, S. 380].

Helmut Creutz hat bislang nur grobe Schätzungen für den Zinsanteil in den Preisen vornehmen können. Eine Methode zur genauen Bestimmung dieser Zinsanteile würde zugleich Informationen über die Belastung einer Volkswirtschaft durch Kapitalkosten bringen. Zugleich kann die Belastung durch Kapitalkosten auch für konkrete Produkte interessant sein.

Die Freiwirtschaftstheorie zeichnet ein Bild einer krisenfreien Wirtschaft. Jedoch sind die prophezeiten Veränderungen so stark, dass nicht auszuschließen ist, dass sich andere Probleme ergeben würden. Die heutige Wirtschaftswissenschaft ist geprägt von einer Wirtschaft mit Krisensymptomen und deshalb auf die Analyse eines Wirtschaftssystems mit Krisen eingestellt. Entsprechend schwer ist es aus heutiger Sicht die Prognose möglicher alternativer Fehlentwicklungen. Diese sollten deshalb besonderer Untersuchungsgegenstand sein.

Literaturverzeichnis

- [Bar94] Bartsch, G.: Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Gauke-Verlag, 1994
- [Bed99] Bedau, K.-D.: Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 30/99 (Verändert: 15.01.2003, Zugriff 26.09.2003 16:47)
<<http://www.diw.de/deutsch/publikationen/wochenberichte/docs/99-30-1.html#HDR2>>
- [Blu87] Blum, U.: Studienhandbuch Volkswirtschaftslehre. Von Loeper Verlag, 2.Auflage 1987
- [Bun00] Bundesbank: Monatsbericht Dezember 2000. (Ersch.: 15.12.2000, Zugriff: 15.9.2003 16:43 MESZ)
<<http://www.bundesbank.de/vo/download/mb/2000/12/200012mb.pdf>>
- [Bun03a] Bundesbank: Monatsbericht April 2003. (Ersch.: 17.4.2003, Zugriff: 15.9.2003 16:51 MESZ)
<<http://www.bundesbank.de/vo/download/mb/2003/04/200304mb.pdf>>
- [Bun03b] Bundesbank: Monatsbericht August 2003. (Ersch.: 15.8.2003, Zugriff: 15.9.2003 16:47 MESZ)
<<http://www.bundesbank.de/vo/download/mb/2003/08/200308mb.pdf>>
- [Chi03] Chiemgauer-Regional Verein für nachhaltiges Wirtschaften: Chiemgauer regional in Zahlen und Fakten. (Ersch.: 09/2003, Zugriff: 15.9.2003 18:12 MESZ)
<http://www.chiemgau-regional.de/Aktuelle_Zahlen/body_aktuelle_zahlen.html>
- [Cre97] Creutz, H.: Helmut Creutz zum neuen Buch von Gerhard Niederegger. Erstmals erschienen in „Der dritte Weg“, Oktober 1997. (Zugriff: 16.9.2003, 16:40 MESZ)
<<http://www.geldreform.de/creutz/renieder.htm>>
- [Cre99] Creutz, H.: Die Welt im Börsenfieber und Schuldentaumel. In: Zukunftsfähige Gesellschaft, INWO International 1999
- [Cre01a] Creutz, H.: Das Geld-Syndrom. Ullstein Taschenbuchverlag München, 5. Auflage 2001
- [Cre01b] Creutz, H.: Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg. In: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nummer 128, Februar 2001, Gauke GmbH
- [Cre03] Creditreform: Gesamtinsolvenzen erreichen neuen Höhepunkt. (Zugriff: 26.09.2003, 23:58 MESZ)
<<http://www.creditreform.de/angebot/analysen/0034/01.php>>

- [Eis03] Eisenkolb, H.: Gogo: A Local, Stable, Convertible Means of Exchange.
(Zugriff: 15.9.2003 20:53) <<http://www.sunshinecable.com/~eisehan/gogo.htm>>
- [Enn03] Enning, M.: Unser Zinssystem. (Zugriff: 15.9.2003 19:15)
<http://homepages.compuserve.de/abswer/politik/geld_inhalt.htm>
- [Esc01] Eschbach, A.: Eine Billion Dollar. Verlagsgruppe Lübbe GmbH & Co. KG,
Bergisch Gladbach 2001
- [Eur] eur macro data. (Zugriff: 15.09.2003 11:13 MESZ)
<<http://www.fgn.unisg.ch/eumacro/macrodta/dmtrxneu.htm>>
- [Eur03] Eurostat: Euro-Indikatoren Pressemitteilung. Erste Schätzung für das 2. Quartal
2003. (Ersch.: 9.9.2003. Zugriff: 15.9.2003, 16:42 MESZ)
<<http://europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-product/DE?catalogue=Eurostat&product=2-09092003-DE-AP-DE&type=pdf>>
- [Equ02] Equilibrius e.V.: Entwicklung und Zusammensetzung der privaten
Geldvermögen – Deutschland 1991 bis 2002. (Zugriff: 27.09.2003 22:17 MESZ)
<<http://www.equilibrius.de/de/themen/wirtschaftsordnung/grafiken/creutz103.pdf>>
- [FIH98] Flassbeck, H., Hahn, E.: Weltweite Deflationsgefahr: Rasche Zinssenkung in
Europa erforderlich. (Ersch.: 1998, Zugriff: 15.9.2003, 16:44 MESZ)
<<http://www.diw.de/deutsch/publikationen/wochenberichte/docs/98-36-2.html>>
- [Fre03] Freyboth, S.: persönliche Aussage Herr Freyboth, Steuerberater
Irmischer/Dresden, 14.07.2003
- [HeS96] Heinson, G., Steiger, O.: Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der
Wirtschaftswissenschaft. Rowohlt Verlag GmbH, 1. Auflage 1996
- [Gan02] Ganshorn, J.: Ökologisch-ethologisches Praktikum SS 2002.
Populationsökologie. (Zugriff: 27.09.2003 15:27 MESZ) <<http://www.biologie.uni-hamburg.de/zim/oeko/ger/aggrimm/populationswachstum.doc>>
- [Gas03] Gasse, G.: Rede zur Stadtratssitzung am 10.07.2003. (Ersch.: 10.07.2003,
Zugriff: 15.9.2003 16:53 MESZ) <<http://www.cdu-goerlitz.de/Aktuell/Archiv/geld4.htm>>
- [Gel00] Gelleri, C. 2000: Die WIR-Bank als Assoziationsbank. (Zugriff: 15.9.2003
16:59 MESZ) <http://www.freigeld.de/body_wir-bank_-_ein_erfolgsmodell_m.html>
- [GeM03] Gelleri, C., Mayer, T.: Regiogeld ‚So regional wie möglich, so global wie
nötig‘. Selbstverlag 2003

- [Ges49] Gesell, S.: Die Natürliche Wirtschaftsordnung. Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf, 9. Auflage 1949
- [GeZ03] Gelleri, C., Zientz, F.: Vortrag von Gelleri (Chiemgau Regional e.V. und Zientz (GLS-Gemeinschaftsbank) auf einem Vortrag in Berlin am 02.08.2003
- [Glö97] Glötzl, E.: Arbeitslosigkeit. Über die kapitalismusbedingte Arbeitslosigkeit in alternden Volkswirtschaften und warum Keynes Recht hatte und doch irrte. Erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten am 11.10.1997 (Zugriff: 15.9.2003 17:04 MESZ) <<http://www.geldreform.de/gloetzl/keynes.htm>>
- [Gre] Grether Ost GmbH: Finanzierung im Detail. (Zugriff: 27.09.2003 22:40 MESZ) <http://www.syndikat.org/go/go/go_finanzierung_detail.html>
- [Kel98] Keller, R.: Panökonomie. Die Weltwirtschaft der Zukunft. 1. und 2. Band. Pentagramm Verlag Graz, 2. Auflage 1998
- [Ken94] Kennedy, M.: Geld ohne Zinsen und Inflation. Wilhelm Goldmann Verlag München, überarbeitete und erweiterte Ausgabe 1994
- [Key94] Keynes, J.M.: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Duncker & Humblot GmbH Berlin, 7. Auflage 1994
- [Kir00a] Kirschner, M.: Freiwirtschaftslehre. (Ersch.: 02.11.2000, geändert: 23.02.2003, Zugriff: 16.9.2003 20:56 MESZ) <<http://www.idgr.de/lexikon/stich/f/freiwirte/freiwirte.html>>
- [Kir00b] Kirschner, M.: Humanwirtschaftspartei. (Ersch.: 27.10.2000, geändert: 21.01.2002, Zugriff: 15.9.2003 17:11 MESZ) <<http://www.idgr.de/lexikon/stich/h/hwp/hwp.html>>
- [KoD03] Koenig, E.F., Dolmas, J.: Monetary Policy in a Zero-Interest-Rate Economy. In Southwest Economy, Issue 4 July/August 2003. (Zugriff: 16.9.2003 21:51 MESZ) <http://www.dallasfed.org/research/swe/2003/swe0304a.html>
- [Kou] Koudela, T.: Kochbuch für eine krisenfreie Wirtschaft. Work in progress.
- [Kre03] Kreissparkasse Göppingen: Zahlungsmoral der Deutschen schlecht wie nie. (Ersch.: 4.4.2003, Zugriff: 15.9.2003 17:17 MESZ) <http://www.ksk-gp.de/runtime/dispatch_articles.asp?a=5205>
- [Lie02] Lietaer, B.A.: Das Geld der Zukunft. Über die zerstörerische Wirkung unseres Geldsystems und Alternativen hierzu. Riemann-Verlag, Sonderausgabe, 1. Auflage 2002
- [Lut73] Lutz, F. A.: Zins und Inflation. J.C.B.Mohr, (Paul Siebeck) Tübingen, 1973
- [Mar97] Martin, P.C.: Die Krisenschaukel. Wirtschaftsverlag Langen Müller / Herbig München, 1997

- [Mea72] Meadows, D.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Deutsche Verlags-Anstalt GmbH Stuttgart 1972
- [Net03] Netzeitung: Experte: Arbeitsmarktzahlen sind geschönt. (Ersch.: 9.3.2003, Zugriff: 15.9.2003 18:18 MESZ) <<http://www.netzeitung.de/servlets/page?section=2&item=229933>>
- [Ola01] Olah, N.: Die soziale Frage: Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. (Ersch.: 2001, Zugriff: 15.9.2003 17:13) <http://www.buechergilde.de/thema/projekte/olah_langtext.shtml>
- [Olt98] Olten, R.: Volkswirtschaftliche Grundprobleme. Verlag VWL-inform Kassel, 7. Auflage 1998
- [Onk97] Onken, W.: Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld. Fachverlag für Sozialökonomie Lütjenburg 1997
- [Onk99] Onken, W.: Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung. Verlag für Sozialökonomie 1999
- [Ple03] Pletter, R.: Zahlungsmoral der Behörden. Die ziehen Ihnen das letzte Hemd aus. (Ersch.: 12.9.2003, Zugriff: 15.9.2003 18:27) <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,265080,00.html>>
- [Pro98] Probst, J.: Fehlentwicklungen einer Zinswirtschaft. Selbstverlag Hannover, 2. Auflage 1998
- [Rev03] r-evolution: Überall fehlt das Geld! – Hilft der ‚Sieg-Taler‘ aus der Krise?. In: r-evolution, Nr. 18 Aug./Sept. 2003, Herausgeber INWO International Sektion Deutschland INWO e.V., Frankfurt 2003, S. 35
- [Rey31] Rey, U.: Geldanarchie. Effizienz-Verlag Leipzig 1931. (Zugriff: 27.09.2003 14:58 MESZ) <<http://www.geldreform.de/reu/geldanarchie.pdf>>
- [Rol03a] Roland-Regional Verein für nachhaltiges Wirtschaften: Händler am Roland-Gutscheinring. (Zugriff: 15.9.2003 18:10 MESZ) <<http://www.roland-regional.de/TEILNEHMER/teilnehmer.html>>
- [Rol03b] Roland-Regional Verein für nachhaltiges Wirtschaften: AugustanaDatenBank. (Zugriff: 15.9.2003 18:24 MESZ) <<http://www.roland-regional.de/ZUKUNFT/zukunft.html>>
- [Säc03] Sächsische Zeitung: Lausitz gegen den Bundestrend. Ausgabe vom 5. September 2003, S. 19

- [Sch03a] Schneider, J.: Verantwortung der Wissenschaften für eine nachhaltige Welt. Ein Beitrag zur Globalisierungsdebatte. (Zugriff: 15.9.2003 18:31 MESZ)
<http://gzg.uni-goettingen.de/forschung/abt_sediment/sed_mitarb/website_js/file/verantwortung.pdf>
- [Sch03b] Schneegans, T.: Umlaufgesicherte Komplementärwährungen. Gelingen und Scheitern in der Praxis. (Zugriff: 15.9.2003 20:41)
<<http://www.geldreform.de/diplomarbeiten/Freigeldpraxis.pdf>>
- [Sen96] Senf, B.: Zinssystem und Staatsbankrott. In: Ästhetik & Kommunikation, Heft 93, Oktober 1996, Verlag Elefanten Press Berlin, S. 19-28
- [Sen02] Senf, B.: Die blinden Flecken der Ökonomie. Deutscher Taschenbuchverlag GmbH & Co. KG München, 2. Auflage 2002
- [Sta03a] Statistisches Bundesamt: Wichtige gesamtwirtschaftliche Größen. (Aktualisiert: 21.8.2003, Zugriff: 16.9.2003 18:32 MESZ)
<<http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrtab1.htm>>
- [Sta03b] Statistisches Bundesamt: Einwohner und Erwerbstätigkeit. (Aktualisiert: 18.8.2003, Zugriff: 16.9.2003 18:33 MESZ)
<<http://www.destatis.de/indicators/d/vgr910ad.htm>>
- [Sta03c] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftswachstum. Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. (Zugriff: 15.9.2003) <<http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrgraf1.htm>>
- [Stu03] Stuttgarter Nachrichten online: Angstsparen in Deutschland. (Ersch.: 30.07.2003, aktualisiert: 02.08.2003, Zugriff: 16.09.2003 23:02 MESZ)
<<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/stn/page/detail.php/471178>>
- [Sue03] Sueddeutsche Zeitung online: Eurozone: Wachstum der Geldmenge M3 beschleunigt sich im Juli überraschend. (Ersch.: 28.08.2003, Zugriff: 27.09.2003 19:47 MESZ)
<http://finanzen.sueddeutsche.de/nws.php?nws_id=1000245969&cmp_id=&ntp_id=362,385>
- [Suh83] Suhr, D.: Geld ohne Mehrwert. Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten. Fritz Knapp Verlag Frankfurt a.M.1983
- [Wel02] Die Welt: Deutschland ist Pleiten-Spitzenreiter in Europa. (Ersch.: 5.12.2002, Zugriff: 16.09.2003 18:15 MESZ)
<<http://www.welt.de/data/2002/12/05/22482.html>>
- [Wel03] Die Welt: Experten erwarten für Juli höhere Arbeitslosigkeit. (Ersch.: 31.7.2003, Zugriff: 15.9.2003) <<http://www.welt.de/data/2003/07/31/143185.html>>

[Wir02] Wir Bank: WIR-Verrechnung. (Ersch.: 2002, Zugriff: 15.9.2003 18:15 MESZ)
<<http://www.wir.ch/index.cfm?CBD9202A3DBB11D6B9950001020761E5>>

[Wör] Stadt Wörgl: „Der Arbeitswertschein“. (Zugriff: 15.9.2003 20:48 MESZ)
<<http://root.riskommunal.net/gemeinde/woergl/gemeindeamt/html/arbeitswertschein.htm>>

Anhang

Silvio Gesells „Robinsonade“

Quelle: Silvio Gesell „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“, 9. Auflage Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf 1949, S. 309 - 313

Robinsonade, als Prüfstein für diese Theorie

Als Prüfstein für die Richtigkeit der hier entwickelten Zinstheorie, wie auch, um dem gerade in dieser Frage so sehr in uralten Vorurteilen befangenen Leser das Verständnis zu erleichtern, schicke ich folgende Robinsonade voran.

Vorbemerkung. Der Kürze halber lasse ich den hier beschriebenen Darlehnsvertrag ohne den regelnden Einfluß des Wettbewerbs sich vollziehen. Ließe ich den Wettbewerb in die Darlehnsverhandlungen eingreifen, etwa so, daß auf einen Darlehnsnehmer (Fremdling) mehrere Darlehnsgeber (mehrere Robinsons) kämen, so würde der Vertrag noch viel günstiger für den Darlehnsnehmer ausfallen können, als es hier geschieht. - Eine zweite Voraussetzung ist, daß die beiden Vertragsschließenden die Freiland-Grundsätze anerkennen, weil deren Nichtanerkennung unter den obwaltenden Verhältnissen zu Kampf und Raub, nicht zum Vertrage führen würde.

Robinson baute einen Kanal und mußte sich also auf 3 Jahre, der Dauer der ganzen Arbeit, mit Vorräten versehen. Er schlachtete Schweine, bedeckte das Fleisch mit Salz, füllte ein Loch in der Erde mit Getreide und deckte es sorgfältig zu. Er gerbte Hirschfelle und verarbeitete sie zu Kleidern, die er in einer Kiste verschloß, nachdem er als Mottenscheuche noch eine Stinktiedrüse hineingelegt hatte.

Kurz, er sorgte nach seiner Ansicht gut für die nächsten drei Jahre.

Wie er nun eine letzte Berechnung darüber anstellte, ob sein "Kapital" für das geplante Unternehmen auch ausreichen würde, sah er einen Menschen auf sich zuschreiten.

Hallo, rief der Fremdling, mein Kahn ist hier zerschellt, und so landete ich auf dieser Insel. Kannst du mir mit Vorräten aushelfen, bis ich einen Acker urbar gemacht und die erste Ernte eingeheimst habe?

Wie schnell flogen bei diesen Worten die Gedanken Robinsons von seinen Vorräten zum Zins und zur Herrlichkeit des Rentnerlebens! Er beeilte sich, die Frage zu bejahen.

Vortrefflich! antwortete der Fremdling, aber ich will dir sagen, Zins zahle ich nicht; sonst ernähre ich mich lieber von Jagd und Fischfang. Mein Glaube verbietet mir sowohl Zins zu nehmen, wie auch Zins zu geben.

R.: Da hast du eine prächtige Religion. Aus welchem Grunde aber glaubst du denn, daß ich dir Vorräte aus meinen Beständen herleihen werde, wenn du mir keinen Zins gibst?

Fr.: Aus Eigennutz, Robinson; auf Grund deines wohlverstandenen Vorteiles, weil du dabei gewinnst, und sogar ziemlich viel.

R.: Das, Fremdling, mußt du mir erst vorrechnen. Ich gestehe, daß ich nicht einsehe, welchen Vorteil ich davon haben kann, dir meine Vorräte zinsfrei zu leihen.

Fr.: Nun, ich will dir alles vorrechnen, und wenn du es mir nachrechnen kannst, so wirst du mir das Darlehn zinsfrei geben und dich noch bei mir bedanken. Ich brauche zunächst Kleider, denn du siehst, ich bin nackt. Hast du einen Vorrat an Kleidern?

R.: Die Kiste ist bis oben voll.

Fr.: Aber Robinson, wirklich, ich hätte dich für gescheiter gehalten! Wer wird denn Kleider für drei Jahre in Kisten vernageln, Hirschleder, den Lieblingsfraß der Motten! Außerdem müssen diese Kleider immer gelüftet und mit Fett eingerieben werden, sonst werden sie hart und brüchig.

R.: Du hast recht, aber wie sollte ich es anders machen? Im Kleiderschrank sind sie nicht besser geborgen; im Gegenteil, hier kommen Ratten und Mäuse noch zu den Motten hinzu.

Fr.: Oh! Auch in die Kiste würden die Ratten gedrungen sein, - sieh, da haben sie schon genagt!

R.: Wahrhaftig! Man weiß sich auch wirklich nicht davor zu retten!

Fr.: Du weißt dich nicht vor Mäusen zu schützen, und du sagst, du hättest rechnen gelernt? Ich will dir sagen, wie Leute in deiner Lage sich bei uns gegen Mäuse, Ratten, Motten, Diebe, gegen Brüchigwerden, Staub und Schimmel schützen. Leihe mir diese Kleider, und ich verpflichte mich, dir neue Kleider zu machen, sobald du welche brauchst. So bekommst du ebensoviele Kleider zurück, wie du mit geliefert hast, und zwar werden diese Kleider, weil neu, bedeutend besser sein als diejenigen, die du später aus dieser Kiste ziehen würdest. Obendrein werden sie nicht mit Stinktieröl verpestet sein. Willst du das tun?

R.: Ja, Fremdling, ich will dir die Kiste mit den Kleidern abtreten, denn ich sehe ein, daß es für mich vorteilhaft ist, dir auch ohne Zins die Kleider zu überlassen. (1)

Fr.: Nun zeige mir mal deinen Weizen. Ich brauche solchen sowohl zur Saat wie für Brot.

R.: Dort am Hügel habe ich ihn vergraben.

Fr.: Du hast den Weizen für drei Jahre in einem Erdloch vergraben? Und der Schimmel, die Käfer?

R.: Das weiß ich, aber was sollte ich machen? Ich habe die Sache nach allen Seiten überlegt und nichts Besseres für die Aufbewahrung gefunden.

Fr.: Nun bück' dich mal! Siehst du die Käferchen an der Oberfläche herumspringen? Siehst du das Gemüll? Und hier diese Schimmelbildung? Es ist die höchste Zeit, daß der Weizen herausgehoben und gelüftet werde.

R.: Es ist zum Verzweifeln mit diesem Kapital! Wenn ich doch nur wüßte wie ich mich verteidigen soll gegen diese tausendfältigen Zerstörungskräfte der Natur.

Fr.: Ich will dir sagen, Robinson, wie wir das bei uns zu Hause machen. Wir bauen einen luftigen, trockenen Schuppen und schütten auf den gut gedielten Boden den Weizen aus. Und regelmäßig alle drei Wochen wird der Weizen sorgfältig gelüftet, indem wir mit Schaufeln das Ganze umwerfen. Dann halten wir eine Anzahl Katzen, stellen Fallen auf, um die Mäuse zu fangen, versichern das Ganze gegen Feuer und erreichen so, daß der jährliche Verlust an Güte und Gewicht nicht mehr als 10 % beträgt.

R.: Aber bedenke doch, diese Arbeit, diese Kosten!

Fr.: Du scheust die Arbeit und willst keine Kosten? Ich will dir sagen, wie du es dann anfangen mußt. Leihe mir deinen Vorrat, und ich werde dir das Gelieferte aus meinen Ernten in frischem Getreide zurückzahlen, und zwar Pfund für Pfund, Sack für Sack. So sparst du die Arbeit, einen Schuppen zu bauen, brauchst das Getreide nicht umzuschaukeln und keine Katzen zu füttern, verlierst nichts am Gewicht und hast statt alten Kornes immer saftiges, frisches Brot. Willst du?

R.: Mit tausend Freuden nehme ich den Vorschlag an.

Fr.: Also du lieferst mir das Korn zinsfrei?

R.: Versteht sich, zinsfrei und mit Dank meinerseits.

Fr.: Ich kann aber nur einen Teil gebrauchen, ich will nicht alles haben.

R.: Wenn ich dir nun den ganzen Vorrat anbiete, mit der Maßgabe, daß du mir für je 10 Sack nur 9 zurückzugeben brauchst?

Fr.: Ich danke, denn das hieße ja mit Zins arbeiten - zwar nicht mit aufschlagendem (positivem), sondern mit kürzendem (negativem) Zins -, und statt des Gebers wäre der Nehmer Kapitalist. Aber mein Glaube verbietet den Wucher, er verbietet auch den umgekehrten Zins. Ich mache dir aber den Vorschlag, deinen Weizenvorrat unter meine Aufsicht zu nehmen, den Schuppen zu bauen und alles Nötige zu besorgen. Dafür wirst du mir für je 10 Sack jährlich zwei Sack als Lohn bezahlen. Bist du damit einverstanden?

R.: Mir ist es gleich, ob deine Leistung unter dem Titel Wucher oder aber als Arbeit gebucht wird. Ich gebe dir also 10 Sack, und du lieferst mir 8 Sack zurück. Einverstanden!

Fr.: Ich brauche aber noch andere Sachen: einen Pflug, einen Wagen und Handwerkszeug. Willst du mir das alles auch zinsfrei überlassen? Ich verspreche, dir alles in gleicher Güte zurückzuerstatten: für einen neuen Spaten einen neuen Spaten, für eine neue Kette eine neue, rostfreie Kette!

R.: Gewiß bin ich dazu bereit. Denn jetzt habe ich von all diesen Vorräten nur Arbeit. Neulich war der Bach übergetreten und hatte den Schuppen überschwemmt, alles

mit Schlamm bedeckend. Dann riß der Sturm das Dach fort, so daß alles verregnete. Nun haben wir trockenes Wetter, und der Wind treibt Sand und Staub in den Schuppen. Rost, Fäulnis, Bruch, Trockenheit, Licht und Dunkelheit, Holzwürmer, Termiten, alles ist unausgesetzt an der Arbeit. Noch ein Glück, daß wir keine Diebe und Brandstifter haben. Wie freue ich mich, jetzt durch Verleihen die Sachen so schön und ohne Arbeit, Kosten und Verlust für später verfügbar zu behalten.

Fr.: Also du erkennst es jetzt als einen Vorteil, mir die Vorräte zinsfrei zu überlassen? (2)

R.: Unumwunden erkenne ich es an. Aber warum, so frage ich mich jetzt, bringen drüben in der Heimat solche Vorräte dem Besitzer Zins ein?

Fr.: Die Erklärung mußt du im Gelde suchen, das drüben solche Geschäfte vermittelt.

R.: Was? Im Gelde soll die Ursache des Zinses liegen? Das kann doch nicht sein; - denn höre, was Marx vom Geld und Zins sagt: "Die Arbeitskraft ist die Quelle des Zinses (Mehrwert). Der Zins, der das Geld in Kapital verwandelt, kann nicht vom Geld herrühren. Wenn es wahr ist, daß das Geld Tauschmittel ist, so tut es nichts anderes, als die Preise der Waren bezahlen, die es kauft. Wenn es solchermaßen unveränderlich bleibt, so nimmt es nicht an Wert zu. Daher muß der Mehrwert (Zins), von den gekauften Waren herrühren, die teurer verkauft werden. Diese Veränderung kann weder beim Kauf noch beim Verkauf stattfinden; in diesen beiden Handlungen werden Äquivalente ausgetauscht. Es bleibt darum nur eine Annahme frei, daß die Änderung durch den Gebrauch der Ware nach dem Kauf und vor dem Wiederverkauf vor sich gehe." (Marx: Das Kapital, Kap. VI.)

Fr.: Wie lange bist du schon auf dieser Insel?

R.: Seit dreißig Jahren.

Fr.: Das merkt man. Du berufst dich noch auf die Wertlehre. Ach, lieber Robinson, diese Sache ist erledigt. Die Wertlehre ist ausgestorben. Es ist überhaupt niemand mehr da, der sie vertritt.

R.: Was, du sagst, die Marxsche Lehre vom Zins wäre ausgestorben? Das ist nicht wahr! Wenn auch sonst niemand mehr da wäre, - ich vertrete sie!

Fr.: Gut, so vertritt sie, doch nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat. Vertritt sie, wenn du willst, mir gegenüber. Ich trete von dem soeben geschlossenen Handel

zurück. Du hast hier in deinen Vorräten das, was nach Wesen und Bestimmung als die reinste Form dessen zu betrachten ist, was man gemeinhin "Kapital" nennt. Ich fordere dich auf, als Kapitalist mir gegenüber aufzutreten. Ich brauche deine Sachen. Kein Arbeiter ist jemals einem Unternehmer so nackt gegenübergetreten, wie ich jetzt vor dir stehe. Niemals ist das wahre Verhältnis vom Kapitalbesitzer zum Kapitalbedürftigen so rein zutage getreten, wie in unserem gegenseitigen Verhältnis. Nun versuche, ob du von mir Zins erlangen kannst! Wollen wir also den Handel wieder von vorne anfangen? (3)

R.: Ich verzichte. Die Ratten, Motten und der Rost haben meine kapitalistische Kraft gebrochen. - Aber sage, wie erklärst du die Sache?

Fr.: Die Erklärung ist einfach. Bestände hier auf der Insel Geldwirtschaft, und ich als Schiffbrüchiger bedürfte eines Darlehns, so müßte ich mich nach Lage der Dinge an einen Geldgeber wenden, um die Dinge, die du mir soeben zinsfrei geliehen hast, zu kaufen. Diesem Geldgeber aber, den Ratten, Motten, Rost, Feuer und Dachschäden nicht bedrücken, kann ich nicht wie dir gegenübertreten. Den Verlust, der mit dem Besitz der Waren verknüpft ist, - sieh, da schleppt der Hund einen von deinen, will sagen, von meinen Hirschfellen fort! - den trägt nur derjenige, der die Waren aufzubewahren hat, nicht der Geldgeber; diesen berühren all diese Sorgen und die herrlichen Beweise nicht, mit denen ich dich so mürbe gemacht habe. Du hast die Kiste mit den Fellkleidern nicht zugeschlagen, als ich dir jede Zinszahlung verweigerte. Die Natur des Kapitals machte dich zu weiteren Verhandlungen geneigt. Der Geldkapitalist aber schlägt mir die Tür des Geldschrankes vor der Nase zu, wenn ich ihm sage, ich würde keinen Zins zahlen. Dabei brauche ich das Geld an sich ja nicht, sondern die Fellkleider, die ich mit dem Geld kaufen würde. Die Fellkleider gibst du mir zinsfrei; das Geld dazu muß ich verzinsen!

R.: So wäre die Ursache des Zinses doch im Gelde zu suchen, und Marx wäre im Unrecht? Auch da, wo er sagt: Im eigentlichen Handelskapital erscheint die Form 'G.W.G' (Geld - Ware - Mehrgeld) = kaufen, um teurer zu verkaufen, am reinsten. Andererseits geht seine ganze Bewegung innerhalb der Zirkulationssphäre vor sich. Da es aber unmöglich ist, aus der Zirkulation selbst die Verwandlung von Geld in Kapital zu erklären, erscheint das Handelskapital unmöglich, sobald Äquivalente ausgetauscht werden, daher nur ableitbar aus der doppelten Übervorteilung

der kaufenden und verkaufenden Warenproduzenten durch den sich parasitisch zwischen sie schiebenden Kaufmann. Soll die Verwertung des Handelskapitals nicht aus bloßer Prellerei der Warenproduzenten erklärt werden, so gehört dazu eine lange Reihe von Mittelgliedern." (Marx, Kapital, 6. Aufl., Bd. I, S. 127.)

Fr.: Hier sowohl wie da ist er vollkommen im Irrtum. Und da er sich im Gelde irrte, diesem Zentralnerv der ganzen Volkswirtschaft, so muß er überall im Irrtum sein. Er beging - wie alle seine Jünger es taten - den Fehler, das Geldwesen aus dem Kreis seiner Betrachtungen auszuschalten.

R.: Das haben mir unsere Verhandlungen über das Darlehn bewiesen. Das Geld ist für Marx ja auch nur Tauschmittel, aber es tut, wie es scheint, mehr als nur "die Preise der Waren bezahlen, die es kauft". Daß der Bankmann dem Darlehnsnehmer den Geldschrank vor der Nase zuschlägt, wenn dieser keinen Zins zahlen will, und nichts von den Sorgen kennt, die die Besitzer der Waren (Kapital) drücken, das verdankt er nur der Übermacht, die das Geld an und für sich über die Ware hat, - und da liegt der wunde Punkt!

Fr.: Wieviel Beweiskraft doch die Ratten, Motten und der Rost haben!

(1) So selbstverständlich die Sache ist, so ist es doch Tatsache, daß bis heute noch keiner von allen Zinstheoretikern diesen Vorteil erkannt hat. Sogar Proudhon sah ihn nicht.

(2) Knut Wicksell: Wert, Kapital und Rente, S. 83: "Indessen behauptet Boehm-Bawerk, daß die gegenwärtigen Güter den künftigen mindestens gleichstehen, da sie ja nötigenfalls für die Verwendung in der Zukunft einfach "aufbewahrt werden können". Das ist gewiß eine große Übertreibung. Boehm-Bawerk erwähnt freilich eine Ausnahme von dieser Regel, nämlich in betreff von Gütern, die dem Verderb unterworfen sind, wie Eis, Obst und dergl. Allein dasselbe trifft ja in höherem oder niedrigerem Maße bei allen Nahrungsmitteln ohne Ausnahme zu. Ja, es gibt vielleicht keine anderen Güter als etwa die edlen Metalle oder Steine, deren Aufbewahrung für die Zukunft nicht besondere Arbeit und Fürsorge erheischt, wozu noch die Gefahr kommt, daß sie dennoch durch Unfälle, wie Feuer und dergl. verloren gehen können."

(Für Gold, Edelsteine, Wertpapiere gibt es jetzt in den Banken besondere Kammern für Privatgebrauch. Aber man muß hier eine Miete bezahlen, um deren Betrag "das gegenwärtige dem künftigen" Gut mindestens nachsteht.)

(3) Man beachte die Vorbemerkung!